



Plenarprotokoll

44. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 14. November 2001

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Peter Zahn.....	3259	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung	3261
Übertragung der Förderung der Ostsee-Akademie auf die Academia Baltica	3259	Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 26 a in die Tagesordnung eingereiht	3261
Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 15/1370		Fragestunde.....	3261
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 50 a in die Tagesordnung eingereiht	3259	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	3261, 3262, 3265
Verschiebung der zweiten Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002.....	3260	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	3262, 3263, 3264, 3265, 3266
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1371		Jost de Jager [CDU]	3263, 3264
Rainer Wiegard [CDU]	3260	Günther Hildebrand [FDP].....	3264
Holger Astrup [SPD]	3260	Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]	3264, 3265
		Caroline Schwarz [CDU]	3266
		Regierungserklärung zu den Milzbrand-Verdachtsfällen in Schleswig-Holstein.....	3266

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	3266	Beschluss: Gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 3, 49 und 26 a.....	3299
Werner Kalinka [CDU]	3269	Gemeinsame Beratung	3299
Arno Jahner [SPD]	3271	a) Regierungserklärung über das Ergebnis der Steuerschätzung und die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein	3299
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	3273	Antrag der Fraktion der FDP	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3274	Drucksache 15/1375	
Silke Hinrichsen [SSW]	3275	b) Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein	3299
Thorsten Geißler [CDU].....	3276	Landtagsbeschluss vom 19. Oktober 2001	
Keine Erhöhung der Tabaksteuer und der Versicherungsteuer	3277	Drucksache 15/1262	
Antrag der Fraktion der CDU		Bericht der Landesregierung	
Drucksache 15/1301 (neu)		c) Verschiebung der zweiten Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002	3299
Änderungsantrag der Fraktion der FDP		Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 15/1374		Drucksache 15/1371	
Hans-Jörn Arp [CDU]	3277	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	3299
Günter Neugebauer [SPD].....	3278	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	3303
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3280	Martin Kayenburg [CDU]	3304
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3281	Lothar Hay [SPD]	3309
Lars Harms [SSW]	3282	Klaus-Dieter Müller [SPD]	3311
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	3283	Wolfgang Kubicki [FDP]	3313
Umsetzung des Handlungskonzepts des MASGV zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Pflegeeinrichtungen	3284	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3318
Landtagsbeschluss vom 18. Oktober 2001		Anke Spoorendonk [SSW].....	3321
Drucksache 15/1269		Rainer Wiegard [CDU]	3324
Bericht der Landesregierung		Uwe Eichelberg [CDU]	3325
Drucksache 15/1342		Uwe Greve [CDU]	3326
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	3284, 3295, 3297	Manfred Ritzek [CDU].....	3327
Helga Kleiner [CDU]	3285, 3297	Beschluss: 1. Überweisung des Berichts der Landesregierung zu b) an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung	
Andreas Beran [SPD]	3287	2. Ablehnung des Antrages	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3289	Drucksache 15/1371.....	3328
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3291	Keine Erhöhung der Tabaksteuer und der Versicherungsteuer	3328
Silke Hinrichsen [SSW]	3293	Antrag der Fraktion der CDU	
Werner Kalinka [CDU]	3295	Drucksache 15/1301 (neu)	
Martin Kayenburg [CDU]	3298		
Torsten Geerds [CDU]	3298		
Holger Astrup [SPD]	3298		
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung....	3299		
Dr. Ekkehard Klug [FDP], zur Geschäftsordnung	3299		

Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1374	
Beschluss: Ablehnung.....	3328
Sonderschulen und Förderunterricht in Schleswig-Holstein.....	3328
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/1139	
Antwort der Landesregierung Drucksache 15/1336	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	3329
Sylvia Eisenberg [CDU].....	3330, 3337
Dr. Henning Höppner [SPD]	3332
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	3333
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3334
Anke Spoorendonk [SSW].....	3336
Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss zur abschließenden Bera- tung	3336

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
FamilieUte Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Technologie und VerkehrIngrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,
Landesplanung, Landwirtschaft und TourismusHeide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 17. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind nach Mitteilung der Fraktionen Frau Ministerin Ingrid Franzen und Herr Abgeordneter Peter Lehnert. Wir wünschen beiden eine baldige Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Ulrike Rodust.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 7. November verstarb der ehemalige Abgeordnete Peter Zahn aus Ostholstein. Herr Zahn war als Mitglied der SPD-Landtagsfraktion von der 10. bis einschließlich der 14. Wahlperiode Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtages. In der 12., 13. und 14. Wahlperiode war Peter Zahn zudem parlamentarischer Vertreter des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein und es wurde ihm die seltene Auszeichnung des Ehrenspielführers des FC-Landtags zuteil.

Die Arbeit von Peter Zahn war geprägt von hoher Sachkompetenz und politischer Fairness. Er wurde für dieses Eintreten und Engagement, aber auch für sein freundliches Wesen über alle Fraktionsgrenzen hinaus geschätzt. Die Präsenz am heutigen Tag macht deutlich, dass viele Kollegen die Gelegenheit nehmen, ihm heute persönlich auf seinem letzten Weg zu begleiten.

Sein engagiertes und vorbildliches Wirken wird unvergessen bleiben. Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt des ehemaligen Abgeordneten Peter Zahn in Trauer und Dankbarkeit.

Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Wir kommen jetzt zu den **Dringlichkeitsvorlagen**, und zwar zunächst zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 VL und § 14 Abs.1 Satz 1 GeschO:

Übertragung der Förderung der Ostsee-Akademie auf die Academia Baltica

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 15/1370

Ich gehe davon aus, dass zur Begründung der Dringlichkeit das Wort nicht gewünscht wird und ich daher gleich über die Dringlichkeit abstimmen lassen kann.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich weise darauf hin, dass nach § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen für die Bejahung der Dringlichkeit erforderlich ist.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist die Dringlichkeit bejaht. Ich schlage Ihnen vor, die Vorlage als Punkt 50 a in die Tagesordnung einzureihen.

Als Redezeit für die Berichterstatterin des Ausschusses sind fünf Minuten vorgesehen. Eine Aussprache soll nicht stattfinden. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Verschiebung der zweiten Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1371

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das Wort zur Begründung erteile ich für die Antrag stellende Fraktion dem Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard .

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit gestern Abend kennen wir die seit langem angekündigten und befürchteten - für manchen vielleicht auch erhofften - Auswirkungen der **konjunkturellen Entwicklung** in Deutschland, insbesondere in Schleswig-Holstein, mit durchaus gravierenden Auswirkungen auf die Beratung des uns vorliegenden Haushaltsentwurfs, den wir seit dem 10. September kennen.

Die Veränderungen haben gegenüber den bisherigen Veränderungen, die wir im Laufe des Jahres 2001 hatten, erheblichere Dimension angenommen. Ich darf daran erinnern, dass in der Mai-Steuerschätzung etwa 60 Millionen DM an **Steuermindereinnahmen** angekündigt wurden. Daraufhin hatte der Finanzminister alle Notmaßnahmen ergriffen, die nur möglich waren, nämlich Haushaltssperre und die Ankündigung eines Nachtragshaushalts.

Nun haben wir erfahren, dass wir im Jahre 2002 doppelt so viele Steuermindereinnahmen haben werden. Bis zur zweiten Lesung haben wir nur noch ganze vier Wochen Zeit.

Wenn ich mir die Deckungsvorschläge ansehe, die der Minister dazu gemacht hat, dann möchte ich einen herausgreifen, der besonders deutlich macht, dass wir die Verschiebung der zweiten Lesung vornehmen sollten. In seiner Pressemitteilung schreibt der Mini-

ster: „Gedacht ist daran, bis zu 5 % der Landesbankanteile im Rahmen eines strategischen Gesamtkonzeptes zu veräußern.“

(Holger Astrup [SPD]: Zur Dringlichkeit, Herr Kollege!)

- Herr Kollege Astrup, das ist zur Dringlichkeit! Wir kennen bis heute kein einziges Wort zum strategischen Gesamtkonzept der Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wissen einzig, dass der Landtag im September im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatungen 400.000 DM für eine externe Beratung bewilligt hat. Herr Minister, wir haben dazu im Finanzausschuss vereinbart, dass der Landtag mit seinen Gremien umfassend und permanent an diesen Beratungen beteiligt wird und auch die Beratungsleistung des Beraters in Anspruch nehmen kann. Wie Sie das alles binnen drei Wochen im Parlament umsetzen wollen, ist uns allerdings ein Rätsel. Wir glauben, wir sollten in dieser wichtigen Frage nicht so mit der heißen Nadel nähen, wie Sie das in der Vergangenheit gemacht haben. Wir bitten um Bejahung der Dringlichkeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem parlamentarischen Geschäftsführer, Herrn Abgeordneten Holger Astrup, das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wiegard, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie diesen Antrag gestellt haben, bevor Sie die Begründung kannten, die Sie gerade gegeben haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Zusatzbegründung!)

- Nein, Herr Kollege! Trotz Ihrer nicht vorhandenen Begründung bejahen wir die Dringlichkeit.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr schön!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Damit ist zweimal für die Bejahung der Dringlichkeit gesprochen worden. Gibt es weitere Stimmen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrags der Fraktion der CDU abstimmen. Nach § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Darauf habe ich bereits hingewiesen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Tagesordnungspunkt als Tagesordnungspunkt 26 a in die Tagesordnung einzureihen. Ich bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag für die Zeit des Aufrufs zu machen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

(Wortmeldung der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] zur Geschäftsordnung)

- Ja, bitte, Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Falls es die Zustimmung des hohen Hauses finden könnte, könnten wir dieses Thema heute Nachmittag um 15 Uhr, wenn wir über die Tagesordnungspunkte 3 und 49 reden, behandeln. Wir können uns darüber verständigen, ob zusätzliche Redezeit notwendig ist oder nicht. So könnten wir im Zusammenhang beraten und würden nicht zweimal über den Haushalt diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nur Angst! - Konrad Nabel [SPD]: Wir brauchen keine Angst zu haben! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe das in meine Rede schon eingebaut, weil ich das wusste! - Heinz Maurus [CDU]: Ich empfehle Abstimmung unter den parlamentarischen Geschäftsführern!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Soll dies nun per Abstimmung geklärt werden oder gibt es eine Möglichkeit, dies unter den parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen einvernehmlich zu regeln?

(Unruhe)

Ich werde das Haus später über die zwischen den Fraktionen gefundene Regelung informieren. Falls es nicht zu einer Konsensbildung kommen sollte, werden wir vor Eintritt in die Tagesordnung um 15 Uhr darüber entscheiden müssen. Das gilt für den Fall, dass dies strittig sein sollte. Ich sage dies, damit sich die Abgeordneten der Fraktionen darauf einstellen können. - Wir werden so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten

übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 7, 9, 10, 17 bis 19, 25 bis 27, 31 bis 33, 39 bis 41, 43, 45 und 46 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 8, 12, 23 und 30. Zur gemeinsamen Beratung sind die Tagesordnungspunkte 3 und 49 - Regierungserklärung über die Ergebnisse der Steuerschätzung sowie wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein -, die Tagesordnungspunkte 14 und 48 - zum Nationalpark Wattenmeer - sowie die Tagesordnungspunkte 20 und 36 - Erfolgskontrolle ASH 2000 und Arbeitsmarktbericht - vorgesehen.

Anträge zur aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 17. Tagung. Wir werden - unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause - jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

Zunächst darf ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klaus-Harms-Schule aus Kappeln. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 50 auf:

Fragestunde

Der Fragesteller, Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug, hat das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Frage lautet: Wie begründet die Bildungsministerin ihre in der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Bildungsausschusses am 8. Oktober 2001 im Hinblick auf geplante Einsparungen bei Landeszuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft die laut Ausschussprotokoll getroffene Aussage, „... dass ihr die drohende Schließung einer bestimmten Schule nicht bekannt sei,“ angesichts dessen, dass der Geschäftsführer des Vereins zur Förderung der Waldorfpädagogik Flensburg am 14. August 2001 ein Schreiben an die Ministerpräsidentin gerichtet hat, in dem es unter anderem heißt:

„Mit der bevorstehenden Kürzung wird der Waldorfschule Flensburg ein tödlicher Stoß versetzt. Als Geschäftsführer des Trägervereins bin ich mit Blick auf die mit großer Pla-

(Dr. Ekkehard Klug)

nungssicherheit prognostizierte Haushaltssituation 2002 nach aktuellem Insolvenzrecht dazu verpflichtet, dem Vorstand des Vereins zur Förderung der Waldorfpädagogik Flensburg e. V. die Anmeldung der Insolvenz zum 31. Dezember 2001 nahe zu legen“,

und angesichts dessen, dass der Staatssekretär des Bildungsministeriums den Eingang dieses Schreibens am 24. August 2001 mit der Bemerkung bestätigt hat, die darin vorgetragene Bedenken würden „Gegenstand des weiteren Entscheidungsprozesses sein“?

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zur Beantwortung der Frage erteile ich Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave das Wort für die Landesregierung.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Klug, lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung machen: Selbstverständlich prüft die Landesregierung jedes Anliegen, das schriftlich an sie herangetragen wird, ebenso wie jeden Anruf und jedes Gespräch. Sie wissen allerdings aus langjähriger Erfahrung ebenso gut wie ich, dass nicht jede Ankündigung eines Verbandes, eines Vereins oder eines Zuschussempfängers des Landes, er müsse bei einer Kürzung um den Betrag X seine Arbeit einstellen und Konkurs anmelden, weil seine Existenz in Gefahr sei, in der Vergangenheit auch immer eingetreten ist. Sie wissen auch, dass solche Ankündigungen in der Regel nicht - jedenfalls bestimmt nicht immer - dazu geführt haben, dass die Regierung - und anschließend das Parlament - Kürzungen zurücknahm. Ich will Ihre Frage auch lieber nicht so verstehen, dass Sie uns nahe legen wollten, dass wir so verfahren sollten. Dann wären Ihre Sparappelle leer und unglaubwürdig.

Nun zum Sachverhalt! Der von Ihnen zitierte Brief von Herrn Fitsch, dem Geschäftsführer des **Vereins zur Förderung der Waldorfpädagogik** in Flensburg, ging am 16. August im Ministerium ein. Ich war zu dieser Zeit im Urlaub. Der Staatssekretär hat den Brief abgezeichnet. Am 24. August - also weniger als zehn Tage später - wurde dieser Briefeingang bestätigt und beantwortet. Dies erfolgte ganz in meinem Sinne, nämlich dass wir als Landesregierung Kritik und Forderungen von Betroffenen genau prüfen und sie in unsere Entscheidungen einbeziehen. Genau das ist in der Folgezeit geschehen.

Der Inhalt des Briefes ist zusammen mit den etwa 35 anderen Stellungnahmen und Briefen, die zur Ände-

rung des Haushaltsgesetzes eingegangen sind, zusammenfassend geprüft worden.

Da mir die Nöte der privaten Schulen aus diesen Briefen natürlich bekannt sind, habe ich in der Sitzung des Finanz- und des Bildungsausschusses am 8. Oktober darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen Kürzungen bei der **Privatschulförderung** in der Tat zu erheblichen finanziellen Engpässen bei den Schulen in freier Trägerschaft führen werden.

Der Wortlaut eines einzelnen Briefes, der neben 35 anderen Stellungnahmen eingegangen ist, war mir zu dieser Zeit nicht präsent, zumal auch nicht konkret nach einer bestimmten Schule, sondern sehr allgemein gefragt wurde. Ich erinnere mich aber sehr gut an die zusammenfassende Stellungnahme der Landesregierung für die entscheidende Kabinettsitzung. Im Übrigen sind die Existenzsorgen der Waldorfschulen Gegenstand diverser Beratungen in der Landesregierung gewesen.

Ihnen wird aber auch nicht entgangen sein, Herr Dr. Klug, was im „Flensburger Tageblatt“ vom 31. Oktober nachzulesen war. Dort wird nämlich der Geschäftsführer des Vereins zur Förderung der Waldorfpädagogik folgendermaßen zitiert: „Die Waldorfschule wird keinen Konkurs anmelden.“ Und weiter: „Wir gehen nicht Pleite. Die Schule wird nicht zumachen.“

Für mich folgt daraus, dass wir uns im Verfahren absolut korrekt verhalten haben. Das Beispiel von Herrn Fitsch, der sein Anliegen aus für mich nachvollziehbaren Gründen sehr drastisch dargestellt hat, führt uns in aller Deutlichkeit vor Augen, dass wir uns richtig verhalten haben. In dem Brief ist von Dolchstößen und von Insolvenz die Rede und zehn Wochen später kann von Konkurs oder Schließung keine Rede mehr sein.

Sie sehen, dass es richtig ist, diese Eingaben mit Sachlichkeit und Besonnenheit zu behandeln, womit ich das vorgetragene Anliegen jedoch nicht kleinreden will.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort zu seiner ersten Nachfrage.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Ministerin, sieht die Landesregierung eine politische oder rechtliche Verpflichtung, die Zuschüsse an **Schulen in freier Trägerschaft** in jedem Falle so zu bemessen, dass Schließungen von Schulen vermieden werden?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Dr. Klug, auch in der Vergangenheit hat es in den Haushalten einzelner Privatschulen Deckungslücken gegeben. Es sind immer wieder schwierige Situationen entstanden, die die Schulen aber gemeistert haben. Die Landesregierung ist in der Pflicht - auch nach dem entsprechenden Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** -, das Privatschulwesen in seiner Existenz zu erhalten; das ist richtig. Diese Pflicht bezieht sich aber nicht auf einzelne Schulen, sondern auf das Privatschulwesen insgesamt.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu seiner zweiten Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Ministerin, haben Sie oder hat der Staatssekretär, nachdem die Stellungnahmen der betroffenen Schulträger bei Ihnen eingegangen sind - Sie haben die Zahl 35 genannt -, mit diesen Betroffenen über die von deren Seite vorgetragenen Sorgen, die auf Existenzgefährdungen in mehreren Fällen hinweisen, persönliche Gespräche geführt, um diesen Sachverhalt mit den Betroffenen und unter Hinzunahme weiterer Informationen von Ihrer Seite zu klären?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Dr. Klug, mein Gespräch mit dem Verband der Waldorfschulen, mit Herrn Hadewig und dem Vorstand, wird in der nächsten Woche stattfinden. Es ist - das können Sie sicherlich nachvollziehen - angesichts der Fülle von Stellungnahmen zu unterschiedlichen Kürzungen, die vorgenommen werden, kaum möglich, in der Zeit zwischen erster Lesung und endgültigem Beschluss Gespräche mit einzelnen Schulen zu führen. Wohl aber besteht für das entsprechende Fachreferat im Ministerium die Pflicht, die Situation der Schulen angesichts der bevorstehenden Kürzungen sehr intensiv zu betrachten.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einer ersten Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Jost de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Ministerin, uns liegt eine rechtsgutachterliche Stellungnahme vor, aus der hervorgeht, dass ein Verfahren dann grob fehlerhaft ist, wenn der Gesetzgeber und derjenige, der es beantragt - das ist beim Haus-

haltsbegleitgesetz die Landesregierung -, nicht richtig ermittelt, welche Auswirkungen die gesetzlichen Bestimmungen haben.

Die Frage ist: Hat die Landesregierung beziehungsweise Ihr Ministerium die Auswirkungen ermittelt oder will sie die Auswirkungen - und zwar auch für die einzelnen Schulen, da die einzelnen Schulen in der Summe das freie Schulwesen ausmachen - in den bevorstehenden Gesprächen mit den Waldorfschulen klären?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ich weiß nicht, von welchem Rechtsgutachten Sie sprechen. Mir liegt es nicht vor. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns das zur Verfügung stellen könnten, dann könnte ich auf den Inhalt dessen, was Sie gesagt haben, eingehen.

Selbstverständlich sind die finanziellen Auswirkungen geprüft worden. Ich könnte Ihnen für jede einzelne Schule den Betrag nennen, der durch die **Absenkung des Förderschulanteils** bei den Waldorfschulen - von denen ist bei Ihnen jetzt vermutlich die Rede - im nächsten Jahr auf sie entfällt. Selbstverständlich sind die finanziellen Auswirkungen exakt berechnet worden.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einer zweiten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Welche Auswirkungen haben denn die Kürzungen nach Ihren Ermittlungen? Teilen Sie die Auffassung, dass die Auswirkungen darin bestehen, dass entweder die Schulbeiträge der Eltern drastisch erhöht oder Lehrkräfte an den Waldorfschulen entlassen werden müssten?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ich glaube, dass man diese Frage so pauschal nicht bejahen kann. Auch die Festschreibung der Fördermittel in den vergangenen Jahren hat in den Schulen zu sehr unterschiedlichen Maßnahmen geführt, übrigens nicht nur zur Erhöhung der Beiträge, sondern auch zur Aufnahme von Krediten.

Ich habe Ihre Frage nicht so verstanden, dass ich Ihnen jetzt vorlesen soll, um welchen Betrag bei welcher Waldorfschule gekürzt wird. Das kann ich jedoch tun.

(Jost de Jager [CDU]: Oder schriftlich!)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Ich kann Ihnen das auch gern schriftlich geben. Je nach Größe der Schule - insofern muss man den Betrag immer in Beziehung zur Schülerzahl setzen - sind es 50.000 bis 159.000 DM pro Schule und Jahr.

Diese Absenkung - ich will es gern noch einmal erklären - beruht auf dem Haushaltsgesetz 1995, mit dem beschlossen worden war, den Förderschulanteil an den Schülerkosten schrittweise abzusenken.

(Jost de Jager [CDU]: Sie haben meine Frage nicht beantwortet!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einer ersten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Ministerin, welches Konzept verbirgt sich dahinter, dass das Land der Schülerschule in Schenefeld für Kauf, Umbau und Anbau der Schule in diesem Jahr einen Zuschuss von rund 2,5 Millionen DM bewilligt, die Schule aber durch die zu geringen Zuweisungen zum laufenden Betrieb gezwungen wird, den Betrieb einzustellen, worauf beispielsweise der Paritätische Wohlfahrtsverband mit Schreiben vom 28. Juli 2001 hingewiesen hat?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ich bin Ihnen dankbar dafür, Herr Abgeordneter, dass Sie auf die erheblichen Beiträge, die das Land zum Ausbau der freien Schulen in den vergangenen Jahren geleistet hat, hingewiesen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt gerade für die Schülerschule Schenefeld.

Was die Stellungnahme des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes angeht, so ist sie genauso zu werten, wie es in der allgemeinen Wertung, die ich zu Beginn der Fragestunde abgegeben habe, zum Ausdruck kommt. Wir befinden uns noch im Haushaltsverfahren. Ob die Schule wirklich von der Schließung bedroht ist, wie es zum Teil formuliert wird, bleibt - so denke ich - abzuwarten.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu seiner letzten Zusatzfrage hat Herr Kollege de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Eigentlich ist es nur die Wiederholung der Frage, die ich eben gestellt habe, die aber noch nicht beantwortet worden ist, nämlich ob die Ministerin die Auffassung teilt, dass die Auswirkungen der Kürzungen an den einzelnen Schulen darin bestehen, dass entweder Lehrkräfte entlassen werden die Elternbeiträge drastisch erhöht werden müssen.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr de Jager, ich habe in meiner Antwort darauf hingewiesen, dass den Waldorfschulen unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um das bei ihnen entstehende Defizit auszugleichen. Ich habe sowohl von Elternbeiträgen, Fördervereinsbeiträgen als auch davon gesprochen, dass die Schulen, wenn sie in der Vergangenheit Defizite in ihren Haushalten oder Wirtschaftsplänen hatten, diese durch Kredite ausgeglichen haben. Aber dies pauschal für jede einzelne Schule zu bejahen, wäre falsch.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu ihrer ersten Zusatzfrage hat Frau Kollegin Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Frau Ministerin, weshalb hat die Stellungnahme des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes - mein Kollege, Herr Hildebrand, hat daraus zitiert - die Kultusministerin nicht veranlasst, zur Frage eventuell drohender Schließungen solcher Schulen in der Sitzung des Finanzausschusses und des Bildungsausschusses am 8. Oktober dieses Jahres eine andere Stellungnahme abzugeben als die, dass ihr die drohende Schließung einer bestimmten Schule nicht bekannt sei?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, Sie gestatten, dass ich erst einmal das Protokoll über die Sitzung zur Hand nehme. - Wenn ich mich richtig erinnere, ist die Frage der Kürzung der Privatschulförderung in ungefähr fünf Minuten behandelt worden. Es ist nach den Begründungen für die Kürzungen und nach den Auswirkungen gefragt worden. Es ist nicht die Rede von der **drohenden Schließung einer bestimmten Schule** gewesen. Dazu stehe ich auch. Wir haben nicht die Stellungnahmen einzelner Verbände zur Situation einzelner Schulen besprochen. Niemand der Abgeordneten hat nach einer bestimmten Schule gefragt, auch nicht nach einer bestimmten Stellungnahme eines Verbandes. Insofern

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

konnte meine Antwort zu diesem Zeitpunkt auch nicht anders ausfallen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einer zweiten Zusatzfrage erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Hat das Ministerium aufgrund der verschiedenen, auf eine drohende Insolvenz- oder Existenzgefährdung von Schulen in freier Trägerschaft bezugnehmenden Stellungnahme zu den Kürzungsplänen Anlass gesehen, dieser Frage nachzugehen und was im Konkreten hat das Ministerium veranlasst?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Es ist nicht **jeder einzelnen Ankündigung**, dass eine **Existenzgefährdung** vorhanden sei oder gar eine **Schließung** drohe, nachgegangen worden. Dies konnte auch nicht der Fall sein. Dann hätte man in jedem einzelnen Fall die Wirtschaftspläne überprüfen müssen, wie dies in regelmäßigen Abständen geschieht. Dann hätte eine Wirtschaftsprüfung vorgenommen werden müssen. Bei solchen Wirtschaftsprüfungen ist das Ministerium dabei. Auch Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater sind dabei. Ich glaube, es ist nicht vorstellbar, dass in einer solchen Phase die Situation jeder Waldorfschule und ihrer spezifischen Wirtschaftlichkeit aufgrund dieser Stellungnahmen überprüft wird.

In der Tat ist aber die Frage der Bedrohung und die Frage der schwierigen Situation, in die die Waldorfschulen kommen, Gegenstand mehrerer Beratungen gewesen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu seiner letzten Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Ministerin, ist angesichts der Tatsache, dass nach den Vorlagen der Landesregierung die Zuschüsse pro Schüler pro Jahr - jedenfalls bei den Waldorfschulen - vom nächsten Jahr an unter den Stand des Jahres 1991 zurückfallen werden, in Ihrem Hause anhand einer Modellrechnung geprüft worden, ob eine solche Schule in der Lage ist, unter diesen finanziellen Voraussetzungen den Schulbetrieb auch unter Einhaltung der Genehmigungsaufgaben zu gewährleisten?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Abgeordneter, Sie fragen jetzt zum wiederholten Male nach demselben Sachverhalt. Ich kann nur sagen: Natürlich setzt sich bei jeder Waldorfschule die Finanzierung durch Elternbeiträge, durch Fördervereinsbeiträge und durch die Finanzierung des Landes auf sehr unterschiedliche Art und Weise zusammen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie geht hinter 1991 zurück!)

Wir haben keine einheitlichen Beiträge quer durch das Land, sondern wir haben sehr unterschiedliche Situationen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Einheitliche Schülerkostensätze!)

- Aber einheitliche Schülerkostensätze! Selbstverständlich! Die sind auch gesetzlich festgelegt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie fallen zurück hinter den Stand von 1991!)

Nun will ich das einmal etwas genauer erklären. Also: Dass die Schülerkostensätze gekürzt werden, ist Ausfluss des **Haushaltsgesetzes von 1995**. Seinerzeit ist in den Schülerkostensätzen der Förderschulanteil auf 18 % angehoben worden, weil nämlich der den Schülerkostensätzen zugrunde liegende Gesamtschülerkostensatz sehr niedrig war. Die Gesamtschule war eine junge Schulart. Die Pensionslasten waren noch sehr niedrig und die Schülerkostensätze wären für die Waldorfschulen sehr niedrig gewesen. Deshalb hat man einen **Förderschulanteil** von 18 % einbezogen, gleichzeitig aber beschlossen, diesen Förderschulanteil im Laufe der Jahre bis einschließlich 2003 abzusenken. Die **Senkung** im nächsten Jahr ist immer noch Ausfluss dieses Haushaltsgesetzes.

Seit 1998 sind nun die Schülerkostensätze festgeschrieben. Sie sind seitdem aufgrund der steigenden Schülerzahlen in bestimmten Schularten gesunken. Wenn wir die Festschreibung etwa bei den Waldorfschulen, die den Gesamtschülerkostensatz zur Grundlage haben, im nächsten Jahr nicht mehr festgeschrieben, sondern die Festschreibung aufheben, würde das bedeuten, dass sie geringere Zuschüsse bekämen als 1998, weil sich der zugrunde liegende Schülerkostensatz verändert hat. So ist die Lage.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu ihrer ersten Zusatzfrage erteile ich der Frau Abgeordneten Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Frau Ministerin, verfassungsrechtlich relevant ist, ob das Existenzminimum der freien Schulen unterschritten wird. In diesem Zusammenhang frage ich Sie: Wurde von der Landesregierung jemals das Existenzminimum der Waldorfschulen ermittelt? Wenn ja: Wo liegt es und wird es jetzt unterschritten?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ich habe vorhin bereits ausgeführt, dass das Bundesverfassungsgericht - die entsprechenden Urteile zu verlesen oder zu prüfen, kann nicht Gegenstand einer Fragestunde sein - sinngemäß ausgeführt hat, dass die **Existenz des Privatschulwesens** zu sichern ist und nicht - ich wiederhole mich jetzt - die der einzelnen Schule. Ein Existenzminimum für die einzelne Schule - mir ist nicht bekannt, wie das definiert werden sollte. Ich bin gern bereit, das noch einmal zu prüfen. Dann können wir uns im Ausschuss noch einmal darüber unterhalten.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Fragestunde abgeschlossen.

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt sind wir jedenfalls schlauer geworden! Das finde ich gut!)

Bevor ich Tagesordnungspunkt 2 aufrufe, möchte ich eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Gestern Abend hat es im Schleswig-Holsteinischen Landtag, im Landeshaus aufgrund einer Verdachtssituation im Keller einen so genannten Milzbrandalarm gegeben. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, der Landtagsverwaltung, aber auch den zuständigen Beamten der Polizei und der Feuerwehr für ihr sehr umsichtiges und sehr zügiges Eingreifen zu danken.

(Beifall im ganzen Haus)

Der erste Zwischenbericht, der vorliegt, zeigt, dass es nichts Besorgnis Erregendes ist, sondern dass es sich um Baumaterial handeln könnte. Die endgültige Analyse wird aufgrund der notwendigen Form der Untersuchung noch etwas auf sich warten lassen. Also: Kein Grund zur Panik, aber gleichwohl Grund zum Dank für das umsichtige Handeln!

Ich darf jetzt Tagesordnungspunkt 2 aufrufen:

Regierungserklärung zu den Milzbrand-Verdachtsfällen in Schleswig-Holstein

Für die Landesregierung darf ich Frau Gesundheitsministerin Moser das Wort erteilen.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hält es für nötig, trotz des letztlich glücklicherweise negativen Ergebnis der Beprobung der verdächtigen **Paketfunde in Neumünster** den Landtag detailliert über die **Informations- und Entscheidungsabläufe** in diesem Milzbrand-Verdachtsfall zu informieren.

Die Zuständigkeit für die Bekämpfung einer übertragbaren Krankheit beim Menschen liegt nach dem Infektionsschutzgesetz bei den Gesundheitsbehörden. Folgerichtig hat das Gesundheitsministerium nach den bioterroristischen Anschlägen in den USA und der generellen Gefahreinschätzung die Kreisgesundheitsbehörden in Schleswig-Holstein bereits am 9. Oktober um erhöhte Wachsamkeit gebeten, im Benehmen mit den Laboren, den Ärzten in niedergelassener Praxis und den Krankenhäusern, und zur schnellen Übermittlung und Meldung über ungewöhnliche Krankheitsbilder aufgefordert.

Mit einem **Erlass** des Gesundheitsministeriums vom 12. Oktober erhielten die **Kreisgesundheitsbehörden** und die **Medizinaluntersuchungsämter** in Kiel und Lübeck umfangreiche Hinweise zum Vorgehen beim Verdacht auf bioterroristische Anschläge besonders in Bezug auf Milzbrand. Um angesichts der sich abzeichnenden Vielzahl von Fällen möglichst zeitnah aufklären zu können, wurden neben den Medizinaluntersuchungsämtern auch das Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt des Landes in Amtshilfe als Untersuchungsmöglichkeit angegeben. Die Informationen wurden ergänzend dem Innenministerium zur Unterrichtung der Polizei und der Feuerwehr zur Verfügung gestellt und es gab am 25. Oktober eine aktualisierte Information an die genannten Stellen. Diese umfassten insbesondere die Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes vom 24. Oktober und den Erlass des Innenministers vom 25. Oktober.

In den vergangenen drei Wochen sind in allen drei genannten Untersuchungseinrichtungen insgesamt 120 **verdächtige Funde auf Milzbrand** getestet worden. Gestern ist einer dazu gekommen, seit dem Zeitpunkt, an dem wir die 120 festgestellt haben, wahrscheinlich noch ein paar mehr. 55 von den 120 Funden wurden in Kiel, 35 in Lübeck und 30 in Neumünster untersucht. Die Pakete in Neumünster zählen selbstverständlich als ein Fund und nicht als 30 Funde.

Am Montag, dem 29. Oktober 2001, wurden zwei weiß angestrichene Pakete in Neumünster mit zum Teil pulverisierter weißer Substanz gefunden. Hinterher wurde zerbröselter Gips festgestellt. Das Ordnungsamt der Stadt Neumünster hat das Lebensmittel-

(Ministerin Heide Moser)

und Veterinäruntersuchungsamt des Landes um Untersuchung der Pakete gebeten. Das Institut hat das für dieses Gesundheitsamt in Amtshilfe durchgeführt.

Der **Ablauf der Untersuchungen** und die **Bewertung der Ergebnisse** fand wie folgt statt - ich versuche das einmal im Telegrammstil -:

Montag, 29. Oktober: Anlieferung zweier Pakete, anders als in Thüringen Beginn der sofortigen Beprobung, Untersuchung durch Anlegen einer Bakterienkultur, die 24 Stunden dauert.

Dienstag, 30. Oktober: Das Untersuchungsergebnis der beiden ersten Pakete ist negativ, das heißt keine verdächtigen Bakterien in der Kultur vorhanden. Die Kriminalpolizei Neumünster stellt die Pakete dennoch sicher. Es erfolgt die Anlieferung weiterer 19 Pakete. Wieder wird eine Bakterienkultur angelegt, Dauer 24 Stunden. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft, nachdem sich ein Anwalt bei der Polizei Neumünster mit dem Hinweis gemeldet hat, sein Mandant, den er namentlich nicht nennen wolle, habe 30 weiße Pakete in der Stadt verteilt.

Mittwoch, 31. Oktober: Das Untersuchungsergebnis zeigt verdächtige Bakterienkolonien in zwei Proben; Anlegen einer Sekundärkultur zur biochemischen Charakterisierung, Dauer: weitere 24 Stunden; parallel dazu entsprechende mikroskopische Präparate sowie Antibiogramm.

Donnerstag, 1. November: Das Untersuchungsergebnis zeigt: Kulturelle, biochemische und mikroskopische Eigenschaften der Probe können „bacillus anthracis“ nicht ausschließen, also Milzbrandverdacht. Das LVUA veranlasst noch vormittags die Übersendung der Probe per Kurier an das nationale Referenzlabor für Milzbrand im Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin in Jena. Im Rahmen der Ermittlungen wird am Abend in Neumünster eine Wohnung durchsucht - nicht die des später ermittelten Tatverdächtigen. Es werden keine Beweismittel gefunden.

Freitag, 2. November: Um circa 12 Uhr wird das LVUA vom BGVV - das ist das Institut in Jena - benachrichtigt, dass der so genannte Ascoli-Test - ein Test von 1913, wenn ich richtig informiert bin -, ein speziell zum Nachweis von Milzbrandregenern entwickelter Test, positiv sei. Damit sei das Isolat, die Probe, mit 98-prozentiger Sicherheit Milzbrand. Es erfolgt die Weiterleitung an das Robert-Koch-Institut in Berlin gleichzeitig mit der ebenfalls in demselben Institut positiv getesteten Probe aus einem thüringischen Postamt. Mit einem Ergebnis wird nach Aussage der Fachleute im Laufe des Abends gerechnet, wenn es denn keine Komplikationen bei der Untersuchung

gäbe. Etwa zeitgleich unterrichtet das LVUA seine Fachaufsicht im Landwirtschaftsministerium, dieses informiert das zuständige Gesundheitsministerium, die Staatskanzlei und das Innenministerium. Um 14 Uhr findet eine erste Lagebesprechung statt. Unter Führung des Gesundheitsministeriums wird der interministerielle Leitungsstab eingesetzt, der um 16 Uhr seine Arbeit aufnimmt.

Inzwischen, meine Damen und Herren, ist über **dpa** die **Meldung** gelaufen, dass in Thüringen ein Milzbrandfall aufgetreten sei und die dortige Landesregierung um 16:30 Uhr eine Pressekonferenz abhalten werde. Das Gesundheitsministerium unterrichtet das Bundesgesundheitsministerium. Bundesgesundheitsministerin Schmidt ruft persönlich an und wird von mir über das geplante Vorgehen und auch über die für 18 Uhr vorgesehene Pressekonferenz informiert. Um 17:24 Uhr läuft eine dpa-Meldung über einen Milzbrandfall in Schleswig-Holstein. Um 18 Uhr habe ich die Presse informiert, auf die 98-prozentige Wahrscheinlichkeit eines positiven Milzbrandbefundes hingewiesen und die von uns für nötig gehaltenen Vorichtsmaßnahmen vorgestellt.

Auf Nachfragen nach weiteren **Konsequenzen** habe ich mehrfach den von Fachleuten zwar gering eingeschätzten, aber dennoch vorhandenen Vorbehalt der endgültigen Überprüfung durch das Robert-Koch-Institut benannt, ohne damit irgendeine Frage bei irgendetwem auszulösen.

Zeitgleich zur Pressekonferenz hat sich ein **Tatverdächtiger** mit seinem Anwalt bei den Ermittlern gemeldet und ist in Anwesenheit der zuständigen Staatsanwältin verhört worden. Gegen ihn wird zunächst wegen Vortäuschens einer Straftat ermittelt. Im Laufe des Abends werden die restlichen neun der 30 Pakete, von denen die Rede war, gefunden. Um 20 Uhr wird das Bürgertelefon geschaltet.

Um 20:20 Uhr erfahre ich vom BMG den **Negativbefund** des Robert-Koch-Institutes, der in einer zweiten Pressekonferenz den wartenden Journalisten unmittelbar mitgeteilt wird. In dieser Pressekonferenz muss ich mich einerseits dafür rechtfertigen, dass wir nicht bereits am Donnerstag bei dem allerersten Verdacht nach dem ersten Test durch das LVUA die Öffentlichkeit informiert hätten, und mich andererseits fragen lassen, warum wir nicht die endgültige Referenztestung durch das RKI abgewartet hätten. Dies macht schon deutlich, worum es eigentlich geht.

Die Antwort auf beides, meine Damen und Herren, ergibt sich nach wie vor zwingend aus dem dargestellten Ablauf. Eine Nichtunterrichtung der Öffentlichkeit wäre angesichts des positiven Befundes unverantwortlich gewesen, denn dieser Test gilt - ich sage

(Ministerin Heide Moser)

besser: galt - unter Fachleuten als zu 98 % zuverlässig. Es wäre vor allem deshalb unverantwortlich gewesen, weil es die Aufklärungs- und Schutzpflichten gegenüber Betroffenen und der Bevölkerung insgesamt missachtet hätte. Wir mussten angesichts der 98-prozentigen Wahrscheinlichkeit Maßnahmen einleiten. Das konnten und wollten wir nicht heimlich tun.

Von dem Zorn der Medien und dem der Opposition im Landtag, wenn sich dieses Ergebnis denn wirklich positiv bestätigt hätte und wir die Öffentlichkeit und die Betroffenen nicht informiert hätten, will ich hier gar nicht reden -, das könnte peinlich werden.

Was folgt aus den geschilderten Abläufen, die ich jetzt natürlich ex post dargestellt habe? - Für mich folgt daraus: Das Risiko, in einem solchen Krisenfall von neunmalklugen Hinterher-Besserwissern oder Menschen mit einem oppositionellen Reflex, der auf jedem Trittbrett Fuß fasst, gescholten zu werden, ist nicht auszuschließen. Aber dieses Risiko wiegt leicht gegenüber der verantwortungsvollen Abwägung und sachlichem Vorgehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was folgt daraus für die weitere Entwicklung zur Abwehr von Gefahren durch den Einsatz gefährlicher Krankheitserreger? - Ich denke, angesichts der Duplizität der Falschpositivtestung in Jena ist es richtig, dass das Robert-Koch-Institut eine **Standardisierung der Testverfahren** angekündigt hat. In der gestrigen Kabinettsitzung wurde für Schleswig-Holstein bereits geklärt, dass das so genannte PCR-Verfahren, das ist die so genannte Polymerase-Kettenreaktion, ein molekularbiologisches Verfahren, zukünftig auch im Land selbst durchgeführt werden kann.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hört! Hört!)

- Zukünftig, Herr Dr. Klug; wirklich klug! -. Dazu ist das Medizinaluntersuchungsamt der CAU nach Überlassung des entsprechenden DNA-Materials durch das Institut für Umwelt und Tierhygiene der Universität Stuttgart-Hohenheim ebenso in der Lage wie das LVUA in Amtshilfe für die Gesundheitsbehörden.

Ich glaube, wir sind gut beraten, zukünftig bei Auffinden verdächtiger Gegenstände eine polizeiliche Plausibilitätsprüfung zu machen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wäre sinnvoll!)

- „Wäre sinnvoll“, richtig, man lernt ja auch.

Wenn ein **verdächtiger Gegenstand** beprobt wird, sollten wir uns auf ein **einheitliches Verfahren** verständigen. Wir werden es so machen: Das zuständige Gesundheitsamt sendet die entsprechend gesicherte

Probe an das Medizinaluntersuchungsamt Kiel. Sollten die dortigen Kapazitäten erschöpft sein, geht es ans LVUA in Neumünster. Ergibt die Untersuchung nach kultureller Anzüchtung den konkreten Verdacht auf Vorliegen von Milzbrandbakterien, unterrichtet das Labor das zuständige Gesundheitsamt und das Gesundheitsministerium. Nach Bestätigung des konkreten Verdachts aufgrund des PCR-Verfahrens teilt das untersuchende Labor dies dem zuständigen Gesundheitsamt und dem Ministerium mit. Dies dauert im Regelfall 30 Stunden. Das heißt, die zweite Untersuchungsstufe auf biochemische Stoffwechselprodukte, die man diesmal noch eingeschaltet hat, kann ohne Einbuße an Sicherheit entfallen.

Die Information der Öffentlichkeit erfolgt nach der PCR-Analyse im Lande, allerdings nicht durch das Labor, sondern selbstverständlich durch die zuständigen Behörden. Zur endgültigen Absicherung sendet das Labor die Probe an das Robert-Koch-Institut.

Dies entspricht auch weitgehend dem, was die Gesundheitsminister der Länder am Rande der ASMK schon einmal besprochen haben. Wir wollen ein einheitliches Vorgehen. Wir haben die **Bund-Länder-Arbeitsgruppe Gesundheitsschutz**, die nach dem 11. September eingerichtet worden ist, gebeten, Eckpunkte für ein einheitliches Verfahren zu erarbeiten. Dieses einheitliche Verfahren soll dazu führen - das sage ich mit allem Nachdruck -, dass die fachlich gebotene Verantwortung ohne Rücksicht auf parteipolitischen Schlagabtausch wahrgenommen werden kann. Herr Kalinka, Sie hätten rote Ohren gekriegt, wenn sie den der CDU angehörenden Staatssekretär aus dem Saarland zu diesem Thema und seine Einschätzung zu bestimmten Äußerungen im Lande Schleswig-Holstein gehört hätten.

(Arno Jahner [SPD]: Aha! - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich danke für Ihre Geduld.

Im Übrigen erwarten wir Gesundheitsminister eine bundesweite Analyse der Laborkapazitäten und der Gefährdungspotenziale durch Bioterrorismus von dieser Arbeitsgruppe ebenso wie eine Strategie zur Bevorratung von Medikamenten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass weiterhin alle präventiven Möglichkeiten zur Gefährdungsminimierung genutzt werden. Die Landesregierung wird sich darin jedenfalls nicht beirren lassen, von niemandem.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung, wenn die Landesregierung die angemeldete Redezeit überschreitet, in gleicher Form die Fraktionen dahin gehend betroffen sind, dass ihnen die Dauer der Überschreitung als zusätzliche Redezeit zur Verfügung steht. Das ist keine Kritik, sondern die Vorstellung der Vorschriften unserer Geschäftsordnung. Da die Landesregierung ihre Redezeit um vier Minuten überschritten hat, stehen jeder Fraktion vier Minuten zusätzliche Redezeit zur Verfügung.

Zur Aussprache sind im Ältestenrat bis zu zehn Minuten Redezeit angemeldet worden. Die Fraktionsgeschäftsführer haben sich in ihrer Verantwortung für die Abwicklung der Tagesordnung in zügiger Form nach dem Ältestenrat darauf verständigt, eine Aussprachezeit pro Fraktion von fünf Minuten anzustreben. Ich will darauf hinweisen, dass diese zweite Runde nur eine Empfehlung sein kann. Es gilt die im Ältestenrat beschlossene Redezeit. Vielleicht können wir uns aber darauf verständigen, dass sie nicht noch darüber hinausgeht. Rein formal stünden jeder Fraktion bis zu 14 Minuten zur Verfügung. Wenn es zwischen fünf und zehn Minuten abgehen könnte, würde dies einer zügigen Beratungsleistung folgen. Die Geschäftslage ist aber so, wie ich sie dargestellt habe.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein erster Satz gilt dem Dank all jener, die vor Ort in den letzten Wochen gute Arbeit geleistet haben und uns in harter Zeit Sicherheit geben.

(Beifall)

Diese guten Noten, die wir hier ausstellen dürfen, hätte ich auch gern der Regierung gegeben. Frau Moser, dem faden Inhalt, den Sie uns hier vermittelt haben, habe ich aber nicht abgewinnen können, warum eine spektakuläre **Pressekonferenz** stattfinden musste, obwohl zweieinhalb Stunden später das endgültige Ergebnis bekannt gewesen wäre. Sie haben durch Ihre Regierungserklärung keinen Nachweis dafür erbringen können und der Vorwurf bleibt: Schlagzeilen hatten den Vorrang vor Seriosität.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen dazu einige Punkte auflisten. Beginnen wir mit dem Freitag. In Ihrer Regierungserklärung heißt es zur Presse:

„Um 17:24 Uhr lief eine dpa-Meldung, um 18 Uhr habe ich die Presse informiert.“

Dies ist leider nur die halbe Wahrheit. Denn dpa meldete um 15:57 Uhr, dass die **Pressestelle der Landesregierung** den Milzbrandverdacht bereits bestätigt habe. Dies hat den Pressedruck erst maßgeblich erzeugt.

Die Kernfrage war die: Bestand Gefahr für Personen?
- Dies konnten Sie mit einer Pressekonferenz nicht mehr verhindern.

Das Robert-Koch-Institut hat in seinem Leitfaden für potenziell exponierte Personen drei Punkte genannt: Personen, die direkten Kontakt zum verdächtigen Gegenstand hatten, Personen, die sich nach dem Öffnen des Gegenstandes im selben Raum aufgehalten haben, falls der konkrete Verdacht besteht, dass die Raumluft kontaminiert ist; dies schließt alle Personen ein, die sich in den Räumen aufgehalten haben, welche von diesem Raumbelüftungssystem versorgt werden.

Alle drei Kriterien haben bei den Paketen nicht zugehört. Sie wussten am Abend um 18 Uhr genau, wer die acht Personen waren, die theoretisch überhaupt in Betracht kamen, damit in Kontakt getreten zu sein. Daher lässt sich eine Pressekonferenz nicht begründen, Frau Moser.

(Unruhe)

- Hören Sie sich doch einfach einmal an, was wir zu sagen haben, bevor Sie dazwischenreden.

In Ihrer Darstellung heißt es weiter, Freitagmittag sei die Regierung informiert worden. - Ist das wirklich so oder wurde das Ministerium schon am Donnerstag informiert, Frau Moser? Diese Frage hätte ich von Ihnen gern beantwortet gehabt. Denn wenn Sie am Donnerstag informiert waren, hätten Sie zeitiger konkrete Vorsorgemaßnahmen in die Wege leiten müssen.

Dies gilt im Übrigen auch für die Frage, in welcher Hektik Sie am Abend agiert haben. In einer Pressemitteilung, nämlich der von 18:19 Uhr, ist die Bürgertelefonnummer 0431/160666, um 21:17 Uhr ist es eine andere **Bürgertelefonnummer**. Für das Bürgertelefon war eine Leitung geschaltet, für die Medien waren es vier. Auch von daher gesehen war die Hektik, mit der Sie agiert haben, nicht gut, Frau Moser.

Dies alles ist wenig überzeugend, vor allen Dingen, weil es um eines gegangen ist und geht: um Ängste von Menschen. **Ängste von Menschen** sind hier ganz tief berührt, junge Leute, ältere, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, die gefragt haben, nach dem, was ist in Afghanistan und Amerika: Kommt dies zu uns? In einer solch sensiblen Situation ist ein besonders hoher

(Werner Kalinka)

Sorgfaltsmaßstab angeraten, bevor man die Öffentlichkeit informiert.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Ich bin überzeugt davon, dass unsere Presse im Lande verantwortlich damit umgegangen wäre, wenn man gesagt hätte: Hier gibt es Hinweise, aber sie sind noch nicht endgültig abgeklärt. Ich habe Vertrauen in die Presse im Lande und dies hätten auch Sie haben sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dies will ich mit einem weiteren Punkt ergänzen. Spätestens seit Dienstag waren Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft tätig. Sie haben Ermittlungen geführt. Es war wohl so, dass zunächst zwei Pakete untersucht wurden und dann vonseiten der Kripo und der Staatsanwaltschaft angeordnet wurde, weitere 19 zu untersuchen.

Dann frage ich mich, Frau Ministerin: Haben Sie eigentlich von allen diesen Dingen bis Donnerstag nichts gehört? - Das kann ich mir nicht vorstellen.

Ich denke, wenn sich am Dienstag der Anwalt bei der Polizei gemeldet hat und am Donnerstag Abend eine Wohnung durchsucht worden ist, dann werden Sie doch wohl im Laufe der Tage erfahren haben, um welche Dimension es gehen könnte. Von daher glaube ich, dass die gesamte Regierung betroffen ist und die Frage beantworten muss, was sie zu welchem Zeitpunkt als Reaktion getan hat.

Ich kann mir nicht vorstellen, Frau Ministerin der Justiz, dass die Staatsanwaltschaft und die Kripo Sie nicht informiert haben.

Es stellt sich dann die Frage, welche Plausibilität hinzukommt. Meinen Sie wirklich, dass es dann, wenn jemand Pakete in Neumünster auslegt, wenn sich der Anwalt am Dienstag meldet und dann die ersten Untersuchungen keinen Hinweis ergeben, sehr plausibel ist, dass dies einer jener Terroristen sein könnte, die hier bei uns zuschlagen wollten? Ich glaube, diese Plausibilitätsüberlegung hätten Sie anstellen müssen.

Frau Simonis hatte dann erklärt, das Krisenmanagement habe geklappt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nicht das Krisenmanagement hat geklappt, sondern die Laboruntersuchungen haben geklappt. Erst waren Sie tagelang auf Tauchstation und nachher konnte es Ihnen nicht schnell genug gehen. Dies passt nicht zueinander.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Sie haben ein konkretes Vorsorgekonzept vermissen lassen, obwohl Sie die Möglichkeit gehabt hätten, über Tage hinweg genauere Vorkehrungen zu treffen.

Da gibt es ja auch manches, was man hört: Nachdem das am Freitagabend um 18 Uhr, 19 Uhr bekannt geworden war, soll ja sogar überlegt worden sein, ob man einen Baumarkt räumt. Das alles ist eigentlich sehr wenig überlegt gewesen. Gott sei Dank haben die es nicht getan. Kollege Möller hätte dazu sonst wegen Schadenersatzforderungen schon heute Morgen einiges erwarten können.

(Widerspruch bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Umso befremdlicher ist es, Frau Moser, wenn Sie in dieser Situation dennoch meinen, uns als Opposition mit einem verklausulierten Hinweis auf Trittbrettfahrei indirekt attackieren zu müssen. Ich habe das sprachlich und inhaltlich als sehr unangemessen empfunden.

Wenn ein Kollege aus Ihren Reihen unsere berechtigten Nachfragen im Ausschuss - diesen Weg haben wir zuerst gewählt - als - verzeihen Sie, Herr Präsident, wenn ich dieses Wort benutze, aber ich muss es tun - Korinthenkackerei bezeichnet, dann zeigt dies, dass diesem Kollegen die notwendige Sensibilität bei diesem Thema fehlt.

(Beifall bei der CDU)

Trittbrettfahrer gehören bestraft, aber sie gehören bestraft, wenn ihre Schuld und das Ausmaß der Schuld festgestellt sind. Ich habe es nicht als hilfreichen Beitrag empfunden, dass die Frau Ministerpräsidentin noch aus Hongkong meinte erklären zu müssen, welche Schuld hier vorliegen könnte. Dies ist einem Rechtsstaat nicht angemessen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Sie, Frau Moser, haben im Gegensatz zu Ihrem schriftlichen Manuskript, das Sie uns gestern Abend übermittelt haben, nun heute aus dem „Täter“ einen „Tatverdächtigen“ gemacht. Das ist in diesem Land immer noch ein Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Bewertungen und Bemerkungen wären unvollständig, wenn wir uns nicht dem zuwenden würden, was notwendig ist. Dies habe ich im Kern in Ihrer Regierungserklärung völlig vermisst. Sie haben überhaupt nichts dazu gesagt, was diese Regierung jetzt für

(Werner Kalinka)

die nächste Zeit tun will; denn Gott sei Dank ist der Ernstfall hier nicht eingetreten. Aber er könnte es doch. Auf diesen Fall müssen wir doch vorbereitet sein.

Erstens. Sind wir wirklich für den Ernstfall gerüstet? - Ich glaube, nur bedingt. Wir müssen uns die Frage stellen: Was ist für den **Zivil-**, den **Katastrophen-** und den **Brandschutz** notwendig? Wie werden alte Wagen ersetzt, die seit 15, 20 Jahren überaltert sind? Diese Überalterungen gibt es nicht erst seit zwei, drei Jahren.

Sind genügend ABC-Züge vorhanden? Haben wir genügend Wagen, um Infektionsfälle zu erkennen und an sie aktiv heranzugehen? Hierzu hat der Landesfeuerwehrverband ja gute Vorschläge gemacht und Sie wären gut beraten, diese Vorschläge aktiv aufzugreifen und umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Haben wir im Land genügend Arzneimittelvorräte? Was ist mit den Hilfskrankenhäusern? Meine Kollegin Scheicht hat dazu eine Kleine Anfrage gestellt, deren Antwort eigentlich mehr als ernüchternd war, dass nämlich fast gar nichts mehr stattfindet.

Haben wir genügend Schutzräume? - Hier erwarten wir von Ihnen eine Bestandsaufnahme und eine klare Nennung der Dinge, die notwendig sind, um ein Vollzugsdefizit zu vermeiden.

(Zuruf des Abgeordneten Arno Jahner [SPD])

Drittens. Ab heute können in Neumünster auf einer L 3-Ebene, also auf einer hohen Form, Proben untersucht werden. Dies bezieht sich vor allen Dingen auf Veterinärbereiche, auf den Bereich des Milzbrandes beispielsweise. Die Frage ist ja: Was passiert, wenn - wir wollen dies nie hoffen - ein Pockenverdachtsfall aufträte? Hier geht es um eine Untersuchungsgrößenordnung, die im Augenblick nur in Marburg und in Hamburg bewältigt werden kann. Wir müssen uns also die Frage stellen, ob wir die Logistik haben, um in einem solchen Fall schnell das Notwendige tun zu können.

Viertens. Die Abwicklung dieser Krise hat gezeigt, dass es in der Regierung ein Nebeneinander gegeben hat. Ich meine, meine Damen und Herren, es wäre vernünftig, wenn diese Landesregierung mit den Hilfsorganisationen und mit der kommunalen Seite einen zentralen **Krisenstab** einrichten würde, bei dem ganz klar geklärt ist, welche Kompetenzen bestehen und welche Maßnahmen zu treffen sind. Dies halte ich für einen zentralen Punkt. „Jeder ist für sich verantwortlich“, wie es Herr Staatssekretär Fischer im Ausschuss gesagt hat, ist mir zu wenig.

Fünftens. Wie gehen wir mit der Bevölkerung um, die seit den Terroranschlägen in Amerika in einer neuen psychologischen Lage ist? Dies ist ein Punkt, der uns alle vor Herausforderungen stellt.

Zu all diesem, Frau Moser, haben wir von Ihnen nichts gehört. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie nicht nur eine Regierungserklärung als Zustandsbeschreibung, sondern auch zu den Folgerungen abgegeben hätten. Von daher kann ich nur hoffen - ich erwarte das -, dass Sie die Vorschläge, die wir jetzt eingebracht haben, aktiv aufnehmen und - auch im Gespräch mit den Ausschüssen - Vorstellungen entwickeln, wie wir im Krisenfall eine höchstmögliche Sicherheit in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Abgeordneter Arno Jahner.

Arno Jahner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vorab will ich kurz auf die Sitzung des Sozialausschusses vom letzten Donnerstag zu sprechen kommen. Der Ausschuss befasste sich mit diesem Thema. Der Beitrag der Kollegin Tengler, in dem sie Deeskalation, Ruhe, Besonnenheit und die nötige Sensibilität einforderte, hat mir imponiert. Ich schließe mich dem grundsätzlich an.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber so ist das dann, meine Damen und Herren: Man will diese Freundschaft ja auch nicht beschädigen. Dann sagt man sich, vielleicht passiert ja heute nichts.

Ich muss einfach noch einmal Folgendes an meinen guten Herrn Kalinka zurückgeben: Wissen Sie, wenn man Sie in der entsprechenden Ausschusssitzung erlebt hat, gesehen hat, mit welcher Akribie Sie dort nachgefragt haben - zum Beispiel haben Sie den Staatssekretär gefragt, wie wer wo wann denn mit wie viel Personen welchen Transport gemacht hat -, dann muss ich Sie daran erinnern, dass Sie von der Kollegin Heinold einmal so freundlich als „Spürnase“ bezeichnet wurden. Ich setze einen drauf: Ich glaube mittlerweile wahrhaftig, Sie haben in Ihrer Jugend zu viele Nick-Knatterton-Hefte gelesen, Herr Kalinka!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Arno Jahner)

Zur Sache! Deeskalation, Ruhe, Besonnenheit und die nötige Sensibilität - genau das hat die Landesregierung bewiesen. Ich will hier in diesem hohen Hause namens der SPD-Fraktion der Landesregierung und besonders dem Ministerium für Gesundheit sowie dem Innenministerium für die besonnene, ruhige und informative Handhabung dieser Angelegenheit gratulieren und unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren, ich sage es ausdrücklich: Dies war ein sehr gutes **Krisenmanagement** des Landes

(Martin Kayenburg [CDU]: Was? - Gar nichts war das!)

und ein gutes Krisenmanagement der Stadt Neumünster.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie recht herzlich bitten, meine Damen und Herren des Ministeriums: Richten Sie diesen Dank auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus.

Uns haben die Aussagen des Herrn Kollegen Dr. Klug irritiert, der die Regierung als „Panikorchester“ bezeichnete, und des Herrn Kollegen Kalinka, der behauptete, die zuständige Ministerin Moser hätte den Schlagzeilen den Vorrang vor Seriosität gegeben. Ja, was wäre wohl gewesen? Sie hätten bei der kleinsten Unterlassung auf den Barrikaden gestanden. Sie hätten kein gutes Haar an der Regierung gelassen. Sie wären diese „Neunmalklugen, hinterher Besserwisser“ gewesen! Das ist Ihr Stil!

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole: Das Vorgehen der Landesregierung war korrekt und richtig. Und nun, Herr Dr. Klug, kommt Ihre Wahrscheinlichkeitsberechnung mit dem Vulkanausbruch auf der Hallig Gröde! Ich habe das gelesen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Dr. Klug, gestatten Sie mir ein bisschen Kirchturmspolitik.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das machen Sie doch nur!)

Als Neumünsteraner will ich meine Heimatstadt hier nicht salonfähig für Terroranschläge reden. Das sage ich hier ganz deutlich. Wer aber hätte bei der Auseinandersetzung, die unsere Stadt mit dem „Club 88“ hatte, gedacht - das hat mit diesem Thema nichts zu

tun, bitte nehmen Sie das zur Kenntnis -, dass wir innerhalb einer Woche bundes- und europaweit im Blickpunkt stehen würden. Ich will Ihnen ganz offen sagen: Nach meinen Informationen gab es in der Stadt **Neumünster** nicht wenige, die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen solchen Anschlägen und dem „Club 88“ gesehen haben. Das sollten Sie fairerweise wissen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich war in meiner 20-jährigen kommunalpolitischen Arbeit oft genug mit so genannten Rieselfeldern konfrontiert gewesen - ich weiß nicht, ob Sie das wissen -, wohin milzbrandhaltige Gerbereischlämme verbracht wurden. Ich gebe ganz ehrlich zu: Als ich das erste Mal davon gehört habe, habe ich ganz automatisch - das hat wohl auch etwas mit Sensibilität zu tun - an diese Rieselfelder gedacht. Gott sei Dank ist aber nichts passiert.

Wenn Sie, Herr Dr. Klug und Herr Kalinka, sachlich an die Angelegenheit herangehen, statt von Panikmache zu reden, müssten Sie feststellen: Bei zwei Proben der am 29. Oktober gefundenen Pakete bestätigte das LVUA den Verdacht auf **Milzbrandspuren**. Bei der Untersuchung am 2. November durch das nationale Referenzbüro in Jena wurde dieser Verdacht zu 98 % bestätigt. Eine Bestätigung zu 98 % ist ein echter Verdachtsfall.

Mangelnde Seriosität? „Panikorchester“? Selbst das Robert-Koch-Institut in Berlin als kompetenteste und endgültige Prüfstelle teilte in seiner Pressemitteilung vom 3. November mit, dass erst die abschließende Untersuchung unter dem Elektronenmikroskop, die technisch nur dort stattfinden konnte, ergeben hat, dass vorwiegend begeißelte Bakterien gefunden wurden, wogegen Anthraxbakterien keine Geißeln haben.

Ich bin kein Biochemiker und Gott sei Dank verlief der entscheidende Test letztlich negativ. Ist es aber in diesem Falle nicht schon fast unverschämt, in diesen nachvollziehbaren Verdachtsfällen von „Panikorchester“ oder mangelnder Seriosität zu sprechen?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wiederhole: Wir denken, dass sich die Verantwortlichen richtig verhalten sowie ruhig und besonnen gehandelt haben. Ich frage mich wirklich, meine Damen und Herren von der Opposition, warum in dieser schweren verantwortlichen Stunde nicht einmal Solidarität mit der Regierung oder ein Stück Gemeinsam-

(Arno Jahner)

keit gezeigt wird. Das würde Ihnen in diesen Zeiten wahrhaft gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heute von Frau Moser vorgetragene Regierungserklärung bringt immerhin eine gute Nachricht: Die Landesregierung hat aus ihren Fehlern beim Milzbrandfehlalarm vom 2. November gelernt.

(Beifall bei der FDP)

In Zukunft sollen kriminelle Trittbrettfahreraktionen dieser Art schneller und zuverlässiger als solche entlarvt werden können. Analysen nach der PCR-Methode, der so genannten Polymerase-Kettenreaktion - das ist die einzig zuverlässige Untersuchungsmethode -, werden künftig auch hier in Schleswig-Holstein durchgeführt, und zwar zügig.

Da es ja durchaus nicht üblich ist, dass Regierungen aus Fehlern lernen, und da dies erst recht nicht in Schleswig-Holstein der Normalfall ist - wie wir wissen -, wollen wir die Landesregierung für ihre Einsicht und Lernfähigkeit ausdrücklich loben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn sich Situationen, wie wir sie in der vorletzten Woche erlebt haben - auch unter Einschluss dessen, was die Regierung in ihren Reaktionen auf das Problem in Neumünster mit dazu beigetragen hat -, nicht wiederholen, ist schon viel erreicht.

Zu den Ritualen einer **Regierungserklärung** zählt selbstverständlich auch die Bemühung, die Handlungsweise unserer hohen **Landesregierung** trotz aller mehr oder weniger offen eingestandenen Unzulänglichkeiten zu rechtfertigen. Der Kern der vorgetragenen Rechtfertigung lautet: Welche Vorwürfe hätte sich die Landesregierung wohl eingehandelt, falls sie die Öffentlichkeit am Abend des 2. November nicht alarmiert hätte, sich der **Milzbrandverdacht** aber dann doch als zutreffend erwiesen hätte? Diese Rechtfertigung ist etwas für schlichte Gemüter und mag deshalb manche beeindrucken. Uns beeindruckt sie nicht.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU] und Werner Kalinka [CDU])

Man stelle sich vor, in Zeiten des Kalten Krieges hätte eine der Nuklearmächte aufgrund eines Fehlalarms im Frühwarnsystem erst einmal sicherheitshalber die eigenen Atomraketen mit der Rechtfertigung gestartet,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

es hätte ja auch ein echter Alarm sein können. Diese Begründung hätte vernünftige Leute in einer solchen Situation wahrscheinlich auch nicht beeindruckt.

(Jutta Schümann [SPD]: Peinlich! - Lars Harms [SSW]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Selbst unter Anerkennung der Pflicht, dass die Bevölkerung vor möglichen Gefahren gewarnt werden muss, bleibt die Frage nach der Angemessenheit des Regierungshandelns in der konkreten Situation, wie sie sich in der vorletzten Woche ergeben hat. Zum einen war man sich in der Sache ja durchaus nicht sicher. Wäre man sich sicher gewesen, hätte es der dritten Analyse, der Untersuchung nach der PCR-Methode im Berliner Robert-Koch-Institut, überhaupt nicht bedurft. Zum anderen lag den Behörden seit Dienstag, dem 30. Oktober, die Mitteilung eines Rechtsanwalts vor, sein namentlich nicht genannter Mandant habe im Stadtgebiet von Neumünster 30 weiße Pakete verteilt. In der „Tageszeitung“ vom 5. November wird dieser Anwalt mit folgenden Worten zitiert: „Am Abend des 30. Oktober unterrichtete ich bereits die Polizei Neumünster, dass die schon gefundenen Kartons zu einer Kunstaktion gehören.“

Hinsichtlich der Bewertung einer solchen so genannten Kunstaktion sind wir uns sicherlich einig: Mit der Angst der Menschen darf man unter dem Deckmantel der Kunst keine makaberen Spielchen treiben, erst recht nicht in der gegenwärtigen Lage.

(Beifall bei der FDP)

Ist es aber nicht die Pflicht einer Regierung, bei der Information der Öffentlichkeit auch ausdrücklich solche ihr mitgeteilten Erklärungen zu erwähnen und somit auch begründete Zweifel am Milzbrandalarm zu kommunizieren?

(Beifall bei der FDP)

Trägt das nicht notwendigerweise auch zur Besonnenheit und zur Deeskalation in einer solchen Situation bei? Diese Frage stellt sich nach unserer Ansicht erst recht angesichts der doch sehr bizarren Umstände des ganzen Vorgangs. Es ist schlimm genug, dass angesichts der Entwicklung der letzten Wochen **Terror** mit **biologischen Kampfstoffen** in vielen Staaten - und so auch hier in Deutschland - im Bereich des Denkbaren und Möglichen liegt. Ist aber die Vorstellung, ein derartiger Terrorangriff in Deutschland könne mit der

(Dr. Ekkehard Klug)

Auslegung von 30 weiß angemalten Päckchen auf den Freiflächen einer holsteinischen Mittelstadt beginnen, auch nur ein annähernd realistisches Szenario? Ich bleibe bei meiner dazu bereits am vorletzten Sonntag abgegebenen Erklärung: Für eine solche Annahme spricht ein ähnliches Maß an Wahrscheinlichkeit wie für die Vermutung, auf der Hallig Gröde werde demnächst ein Vulkan ausbrechen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [FDP])

Dass die Landesregierung solche nach vernünftiger Überlegung begründete und gut begründbare Zweifel in ihrer Pressekonferenz am 2. November nicht mit kommuniziert hat, dass sie sie entweder gar nicht erkannt oder, wenn sie diese Erkenntnisse gehabt hatte - was noch schlimmer wäre -, der Öffentlichkeit vorenthalten hat, zeugt nach meiner Auffassung von einer nicht angemessenen und nicht umsichtigen Handlungsweise der Regierung.

Ein weiterer Kritikpunkt ergibt sich aus der von der Landesregierung inzwischen eingeräumten Ungenauigkeit der hier, aber auch in Jena angewandten Analyseverfahren, auf die man sich zunächst gestützt hatte.

Dass dies jetzt zu Änderungen führt - das habe ich schon gesagt -, ist eine gute Nachricht. Aber warum nicht gleich so? Wenn das Gesundheitsministerium, wie Frau Ministerin Moser vorgetragen hat, bereits seit dem 9. beziehungsweise 12. Oktober diverse zuständige Stellen zu erhöhter Wachsamkeit im Hinblick auf bioterroristische Anschläge - insbesondere im Hinblick auf Milzbrand - aufgefordert hat, stellt sich die Frage: Warum hat man sich nicht gleichzeitig um wirklich zuverlässige Analyseverfahren vor Ort bemüht, die nach der Erklärung von Frau Ministerin Moser nun, nach der gestrigen Kabinettsitzung, in Schleswig-Holstein ganz schnell bereitgestellt werden können? Warum nicht gleich so?

Die hohe Zahl von Trittbrettfahrerreaktionen wurde erwähnt. Wenn man weiß, dass dies ein Thema ist, das immer wieder auf die Behörden und zuständigen Stellen zukommen wird, dann muss man doch verdammt noch mal sofort dafür sorgen, dass man die bestmöglichen und zuverlässigsten Analyseverfahren hier vor Ort zur Verfügung hat. Man kann sich nicht auf eine Dreierstaffel verlassen, wobei eine erste Analyse in einem schleswig-holsteinischen Labor unternommen wird, dann eine weitere Versendung an ein Labor in Jena erfolgt, in dem auch eine nicht endgültig zuverlässige Untersuchungsmethode angewendet wird, und sodann in einer dritten Stufe, nachdem die Aufregung schon riesengroß ist, das Robert-Koch-Institut in Berlin bemüht wird. Hier hätte sehr wohl schon früher auf eine wirklich sinnvolle und absolut zuverlässige Ana-

lysemöglichkeit in Schleswig-Holstein hingearbeitet werden müssen.

Auf dieses Thema hat die Landesregierung, wie es scheint, vor dem 2. November überhaupt keinen Gedanken verschwendet. Auch dies ist aus meiner Sicht ein Kritikpunkt, der hier zu nennen ist.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU])

Lassen Sie mich abschließen: In dieser Sache ist vieles schief gelaufen. Es gibt berechtigten Grund zur Kritik an der Landesregierung. Gleichwohl möchte ich anerkennen, dass aus diesen Fehlern gelernt wurde und dass nicht abgestritten wird, dass es solche Fehler gegeben hat. Wir sind zufrieden, wenn sich solche Dinge, wie wir sie am 2. November erlebt haben, in Zukunft nicht wiederholen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Guten Morgen, Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Klug, nicht jedes hinkende Argument ist ein Vergleich. Das ist die Zusammenfassung Ihres Vortrags.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich glaube, wir können noch viele Halligen und Vulkane bemühen. Dadurch wird das, was Sie an Kritik haben, nicht besser. Die widersprüchlichen Anforderungen der Öffentlichkeit, die in einem brisanten Fall bestehen, sind ein bekanntes Phänomen. Ich glaube, die Ministerin hat hier sehr zutreffend ihre Abwägung erläutert. Aus meiner Sicht und aus der Sicht unserer Fraktion hat sie richtig gehandelt, indem sie nicht bis in die späten Abendstunden gewartet hat, sondern frühzeitig, zu einer Zeit, zu der die Medien Informationen auch noch weitergeben konnten, ihre bis dato vorliegenden Erkenntnisse aufgrund der hohen Verdachtswahrscheinlichkeit weitergegeben hat.

Herr Kollege Jahner hat in seiner sehr ausführlichen und sehr angemessenen Rede vieles gesagt, was ich nicht wiederholen möchte. Ein Argument, das uns alle beschäftigen sollte, wurde noch nicht angeführt: Ich meine damit die sehr hohe Zahl von offensichtlichen Trittbrettfahrerinnen und Trittbrettfahrern, die diese Situation zum Anlass nehmen, ein Süppchen zu kochen und sich für etwas zu rächen, was ihnen vielleicht in ihrem Leben widerfahren ist. Vielleicht wollen sie sich

(Angelika Birk)

in irgendeiner Form wichtig machen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich denjenigen danken, die gestern Abend im Landeshaus sehr besonnen gehandelt haben. Ich möchte aber auch all denjenigen danken, die in den letzten Wochen nichts anderes zu tun hatten und noch haben, als sich in den unterschiedlichsten Behörden mit diesen Proben und Verdachtsfällen auseinander zu setzen. Ich kann mir vorstellen, wie viel Arbeit dabei liegen bleibt und wie schwierig es ist, täglich eine solche Abwägung zu treffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Parlament sollten - gerade in einer solchen Situation - zur **Besonnenheit** beitragen und keine weiteren Ängste schüren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug
[FDP])

Das, was Sie hier vonseiten der Opposition - insbesondere vonseiten der CDU - geliefert haben, war überhaupt nicht geeignet, zu dieser Besonnenheit beizutragen. Es war vielmehr ein nochmaliges Rühren in möglicherweise vorhandenen Ängsten in der Bevölkerung. Diese Menschen verfolgen nicht täglich alles so, wie wir hier es tun. Sie haben nicht die Informationen, die uns vorliegen. Ich finde, Sie sollten dies sein lassen. Sie sollten sich endlich der Frage zuwenden, wie man der Antwort auf die Frage näher kommt, wieso so viele Menschen offensichtlich von diesem Unglück profitieren wollen. Das ist offensichtlich ein Phänomen. Was ist denn da los? Es ist nicht nur in Schleswig-Holstein, es ist bundesweit, europaweit, ja sogar weltweit der Fall, dass sehr viele Menschen offensichtlich meinen, dass dies die einzige Möglichkeit sei, auf sich aufmerksam zu machen. Dieses psychologische Phänomen kann man natürlich nicht mit einer Hauruckantwort lösen. Man sollte dieser Frage jedoch genauso nachgehen wie der sorgfältigen Überprüfung der eigenen Laborkapazität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich hätte nicht wissen mögen, was die Opposition gesagt hätte, wenn die Landesregierung wenige Stunden oder Tage nach den ersten Milzbrandfällen angefangen hätte, riesige **Laborkapazitäten** einzurichten, die entsprechende Millionenbeträge gekostet hätten. Wir haben im Bereich der BSE-Behandlung sehr sorgfältig abgewogen, was zu tun ist. Es hat eine Lösung gegeben, die auch mit Umorganisationen verbunden war. Jetzt ist in Schleswig-Holstein - ohne großen Aufwand - die Möglichkeit da, direkt zu prüfen. Das begrüßen wir natürlich.

Ich sage an dieser Stelle aber auch sehr deutlich: Es ist hier sehr schnell gehandelt worden. Die letzten Informationen vom Robert-Koch-Institut, die ein einheitliches Verfahren in Deutschland sicherstellen sollen, kamen erst am 24. Oktober 2001. Wenn eine Woche später noch nicht alles sofort so läuft, wie wir es jetzt nach diesem - wenn ich das einmal so sagen darf - Probefall haben, dann habe ich der Landesregierung keinen Vorwurf zu machen. Ich betone: Das Phänomen **Milzbrand** ist für zivile Labors kein Alltagsproblem. Ich hoffe, dass es auch zukünftig zu keinem Alltagsproblem wird. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus unserer Sicht besteht also kein Anlass zu Kritik. Wir sind erleichtert darüber, dass es sich um einen Fehlalarm gehandelt hat. Angesichts unserer knappen Haushaltskassen unterstreichen wir die Notwendigkeit, eine gute und zügige Form der Labornutzung zu finden. Ich begrüße es, dass auf Fachebene alle Bundesländer gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft in allen Bundesländern ein besonnenes Vorgehen vorfinden werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Frau Abgeordneter Silke Hinrichsen das Wort. Ich nutze vorher jedoch noch die Gelegenheit, auf der Tribüne neue Gäste zu begrüßen. Ich begrüße ebenfalls Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer der Klaus-Harms-Schule. Ein herzliches Willkommen an Sie auf der Tribüne!

(Beifall)

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es dauert tatsächlich etwas länger, bis man mit den Krücken hier oben ankommt. - Alle Menschen sind klug. Die einen vorher, die anderen nachher und die Dritten auch vom Namen her. Hinterher weiß man immer alles besser und die Kollegen Kalinka und Klug wissen es offensichtlich am besten. Wirklich weitergebracht hat es uns aber nicht, dass CDU und FDP - kurz nach der erfreulichen Entwarnung - gleich unterstellt haben, die Landesregierung habe unseriös und hysterisch gehandelt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug
[FDP])

Darüber hinaus habe ich mich bei der Rede des Kollegen Kalinka gefragt, warum uns der Staatssekretär im

(Silke Hinrichsen)

Ausschuss Antworten auf unsere Fragen zu genau diesen Vorfällen gegeben hat; denn von den Ergebnissen, die er uns mitgeteilt hat, hat man in Ihrer gesamten Rede nichts gemerkt. Sie haben dieselben Unterstellungen wiederholt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Selbstverständlich macht es Sinn, nachher zu fragen, ob man besser hätte reagieren können und was man in Zukunft besser machen sollte. Eine vernünftige Selbstkritik ist die einzig sinnvolle Grundlage für eine Weiterentwicklung der Politik. So etwas kann man allerdings nur seriös betreiben, wenn man die Regierung im damaligen Zusammenhang und nicht anhand dessen bewertet, was wir heute wissen.

Wenn man den Ablauf der Geschehnisse Revue passieren lässt, wie es die Ministerin bereits getan hat, dann kommt man ohne viel Verstand zu dem Schluss, dass man gar nicht anders hätte handeln können.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben ja schon von dem schlichten Gemüt gesprochen, das Sie auch mir unterstellt haben.

Eine frühere Veröffentlichung wäre wirklich Panikmache gewesen und das Verschweigen eines 98-prozentig positiven Befundes wäre ein Entlassungsgrund gewesen. Am 2. November nachmittags waren die **Milzbrand-Verdachtsfälle** zudem in aller Munde und auf allen Kanälen. Dem Interesse an einem möglichst sicheren Befund stand das Interesse der Öffentlichkeit an einer möglichst frühzeitigen Warnung gegenüber. Ich finde, dass die Gesundheitsministerin es gut gehandelt hat.

(Beifall bei SSW und SPD)

In der schwierigen Abwägung zwischen Information und Sicherheit hat sie richtig entschieden.

Vielleicht waren die Worte der Ministerpräsidentin etwas voreilig gewählt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist öfter so!)

Aber es war sicherlich auch schwierig, aus dem fernen China die Lage in Kiel zu bewerten. Für mich ist nicht ersichtlich, dass die Regierung in der aktuellen Situation Fehler gemacht hat. Offensichtlich ist jedoch, dass zwei Politiker der Opposition danach außerordentlich unseriös reagiert haben. Entscheidend ist, dass wir uns darauf konzentrieren, was beim nächsten Mal anders gemacht werden sollte, auch wenn wir hoffen, dass es niemals eintritt. Wir haben gelernt, dass zwei positive Tests allein noch nichts über die konkrete Gefahr aussagen. Wir wissen jetzt auch mehr darüber, wie wir in Deutschland mit solchen Verdachtsfällen umgehen

sollten. Wir können jetzt in Schleswig-Holstein selbst den PCR-Test durchführen. Es wird ein bundeseinheitliches Verfahren bei Verdachtsfällen entwickelt und andere wichtige Maßnahmen werden ergriffen.

Besonders gefällt mir aber, dass in Zukunft ein Weg gefunden werden soll, der parteipolitisches Geplänkel in so wichtigen Situationen von vornherein vermeidet. Ich bin zuversichtlich, dass die Verantwortlichen ihren Teil dafür tun, um möglichst viel aus den Milzbrand-Verdachtsfällen in Thüringen und Neumünster zu lernen. Letztlich kann man auf eine solche Situation aber nie 100-prozentig vorbereitet sein. Deshalb möchte ich abschließend den Herren Kalinka und Klug einen Vers von Friedrich Rückert ans Herz legen:

„Am Abend wird man klug
für den vergang'nen Tag,
doch niemals klug genug
für den, der kommen mag.“

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Thorsten Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Hinrichsen, Sie haben gewiss Recht mit Ihrer Einschätzung, dass es für die Ministerpräsidentin schwierig gewesen ist, die Lage aus dem fernen China zu beurteilen. Aber, meine Damen und Herren, wenn man eine Lage nicht beurteilen kann, dann ist man gut beraten, den Mund zu halten und nicht einfach etwas in die Welt hinauszuplaudern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Kollege Kalinka hat völlig zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht Aufgabe einer Landesregierung sein kann, vor dem Abschluss von Ermittlungen aus Tatverdächtigen Täter zu machen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Die Feststellung von Täterschaft ist unabhängigen Gerichten vorbehalten.

Es ist auch fraglich, ob es Aufgabe eines Ministerpräsidenten oder eines Innenministers sein kann, bereits vor dem Abschluss von Ermittlungen beziehungsweise bevor diese Ermittlungen überhaupt aufgenommen worden sind, von einem Gericht die Verhängung bestimmter Strafen zu fordern. Das ist verantwortungslos. Es erweckt den Eindruck von Aktionismus. Es erweckt auch den Eindruck, als würden solche Taten mit Höchststrafen belegt werden, was in der Regel überhaupt nicht der Fall ist.

(Thorsten Geißler)

Wenn seitens der Frau Ministerpräsidentin und des Herrn Innenministers damit jedoch zum Ausdruck gebracht werden sollte, dass auf solche Taten angemessene strafrechtliche Sanktionen folgen müssen, dann kann ich dem nur zustimmen; denn es handelt sich um Delikte von hoher Sozialschädlichkeit. Insbesondere die Vortäuschung der Verwendung **biologischer Kampfstoffe** führt regelmäßig zu umfangreichen Einsätzen von Polizei und Rettungsdiensten und belastet in außerordentlichem Umfang die Arbeitskapazitäten von Fachinstituten und Laboren. Sie blockiert die zur **Gefahrenabwehr** zur Verfügung stehenden Kräfte durch im Ergebnis unsinnige Kontrolltätigkeiten und Rettungseinsätze.

Im Übrigen wird durch solche Ereignisse das **Sicherheitsgefühl** der Öffentlichkeit in höchstem Maße einträchtigt. Die Täter wissen regelmäßig, dass sie mit ihren Aktionen die Sicherheitskräfte zum Einschreiten veranlassen. Sie wollen - neben der tief greifenden Verunsicherung einzelner, konkreter Adressaten und der breiten Öffentlichkeit - genau dies erreichen. Das **Strafrecht** muss dafür harte Sanktionen vorsehen. Die Entscheidung darüber, welche im Einzelfall verhängt werden, ist Aufgabe von Gerichten. Genau da liegt das Problem; denn der gegenwärtige Strafraumen ist nicht angemessen. Geldstrafe oder aber Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, das klingt zunächst so, als würde der Strafraumen ausreichen. Wir alle aber wissen, dass der Strafraumen nur dann ausgeschöpft werden kann, wenn Mehrfachdelikte vorliegen oder wenn eine besondere Form der Tatbegehung vorliegt, die die Verhängung der Höchststrafe rechtfertigt. Das wird selten der Fall sein.

Es ist daher richtig, dass der Freistaat Thüringen im Bundesrat einen Gesetzentwurf zum verbesserten Schutz der Öffentlichkeit vor angedrohten und vorgetäuschten Straftaten eingebracht hat, durch den der Strafraumen erweitert werden soll, indem § 126 StGB zu einem Verbrechenstatbestand aufgewertet wird und damit auch die Versuchsstrafbarkeit begründet wird. Bei Delikten von so hoher Sozialschädlichkeit ist das allemal angemessen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, beachten Sie bitte die Redezeit.

Thorsten Geißler [CDU]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Ich möchte die Frau Justizministerin auffordern, diese Initiative des Freistaats Thüringen im Bundesrat nicht zu blockieren, sondern sie nachdrücklich zu unterstützen. Wir brauchen keine kraftmeierischen Sprüche von Ministerpräsidenten und Innenministern, sondern wir

brauchen konkrete Taten. Dazu gibt es jetzt eine Möglichkeit. Es wäre gut, wenn Handeln und Worte der Landesregierung in diesem Falle einmal übereinstimmen. Ich fordere Sie nachdrücklich auf, diese Möglichkeit zu nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Keine Erhöhung der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1301 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1374

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion der CDU erteile ich dem Kollegen Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 11. September 2001 hat unsere Welt verändert. Die Ereignisse haben uns alle tief getroffen und wir verfolgen alle Tag für Tag die weiteren Schreckensmeldungen. Deshalb ist es richtig, dass auch wir in Deutschland alle Anstrengungen unternehmen, um die Menschen in Deutschland so gut wie möglich vor terroristischen Gewaltakten zu schützen. Dass dies nicht zum Nulltarif zu haben ist, war und ist klar.

Gleichwohl bedeutet diese Einsicht nicht ein weiteres automatisches Drehen an der Steuerschraube; denn während Amerika trotz sehr viel größerer Folgekosten die Steuerlasten senkt, erschöpft sich die Fantasie der rot-grünen **Bundesregierung** offensichtlich in **Steuererhöhungen**. Dabei ist es schon bedenklich, wenn man feststellt, dass trotz eines Gesamthaushalts mit einem Volumen von rund 500 Milliarden DM nicht einmal 3 Milliarden DM für die Bekämpfung des **Terrorismus** aufzubringen sind. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis, sondern obendrein leider auch eine Mogelpackung. Offiziell soll für Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei und Staatsschutzorgane ein Betrag von 3 Milliarden DM über zusätzliche Steuern neu erhoben werden, ein Betrag, der allein der Bundeswehr in den letzten Jahren durch Fehlentscheidungen der amtierenden Bundesregierung entzogen beziehungsweise nicht bewilligt wurde.

(Hans-Jörn Arp)

Festzustellen ist: Im Ergebnis beschafft sich der Bundesfinanzminister durch die Erhöhung von Tabak- und Versicherungssteuern nicht 3 Milliarden DM, sondern allein durch die Erhöhung der Tabaksteuer in zwei Stufen 5,6 Milliarden DM, gerechnet auf einen Verbrauch von 1.400 Milliarden Zigaretten im Jahr und einer Tabaksteuererhöhung von 4 Pfennig. Dabei müsste auch Rot-Grün klar sein, dass durch die Zusatzsteuer der kleine Mann besonders betroffen wird, während der lebensfrohe Nochkanzler weiterhin beschwingt kubanische Zigarren rauchen kann.

Aber damit nicht genug. Auch die Versicherten sollen zur Kasse gebeten werden. 1.000 Millionen DM jährlich soll der Beitrag der Versicherungsnehmer sein. Auch hier ist wieder der kleine Mann besonders getroffen.

Addiert man die so gerechneten Beträge, kommt man auf 6,6 Milliarden DM zusätzliche Mehrbelastung pro Jahr - netto, versteht sich von selbst. Schlägt man die Mehrwertsteuer richtigerweise oben drauf - was Ihnen, Herr Möller, als Landesfinanzminister auch bei der Ökosteuer ganz recht ist -, dann beläuft sich der Gesamtbetrag auf rund 7 Milliarden DM.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das Konzept einer so spürbaren Steuererhöhung dürfte dabei schon längst vor der Katastrophe von New York in den Schubladen von Herrn Finanzminister Eichel gelegen haben. Hier entsteht ein besonders bitterer Beigeschmack. Sie, meine Damen und Herren von der hiesigen Regierungsbank, unterstützen ihn dabei auch noch. Dabei wissen Sie doch selbst um die schädliche Signalwirkung einer solchen Steuererhöhung.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Denn jede Steuererhöhung - Herr Kollege Neugebauer, hören Sie jetzt einmal einen Augenblick zu - schöpft Werte ab und senkt die Kaufkraft.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber Rauchen gefährdet die Gesundheit!)

Das ist aber genau das, was Deutschland im Moment nicht gebrauchen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Gegenteil. Wir brauchen weniger Vorschriften, niedrigere und gerechtere Steuersätze, damit zusätzliche Arbeitsplätze gesichert werden beziehungsweise entstehen können.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sehr richtig!)

Demgegenüber wirken Steuererhöhungen auf das Konjunkturklima dämpfend. Dies ist insbesondere in

den Zeiten einer bevorstehenden Rezession mehr als kontraproduktiv.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb muss sich auch Schleswig-Holstein gegen solche Pläne wehren. Wenn Sie dies nicht tun und einmal wieder bedingungslos dem rot-grünen Bündnis in Berlin folgen, dann tragen Sie, meine Damen und Herren von der rot-grünen Landesregierung, eine direkte Mitverantwortung für eine weitere Abflauung der Konjunktur auch bei uns in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Über 400 Millionen DM weniger Einnahmen in diesem und im nächsten Jahr allein für Schleswig-Holstein sind das Ergebnis falscher rot-grüner **Finanzpolitik** im Bund wie im Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sind pleite, verkaufen Tafelsilber, erhöhen die Kreditaufnahme und bekommen trotz steigender Steuereinnahmen die Enden nicht zusammen. Das geschieht nach dem Motto: Paffen für Waffen und Rasen für die Rente. - Das sind nicht die Patentrezepte zur Genesung unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Dass es auch anders geht, zeigen die leidgeprüften Vereinigten Staaten von Amerika. Sie haben als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September ein Investitionsprogramm zur Stärkung der Binnennachfrage eingeleitet, eingebettet in umfangreiche Steuersenkungen der Regierung Bush. Wir sollten von Amerika lernen, denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Geldwertstabilität dort beweisen die finanzpolitische Kompetenz.

Wir werden den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen und bitten Sie, alle Möglichkeiten zu nutzen, diese Steuererhöhungen zu verhindern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von mir ansonsten sehr geschätzte Kollege Arp hat wieder einmal mehr bewiesen, wie schlecht es um das Erinnerungsvermögen - zumindest in CDU-Kreisen - gestellt ist.

(Heinz Maurus [CDU]: Ach, Herr Neugebauer!)

(Günter Neugebauer)

Deswegen will ich den Ausführungen, Herr Maurus,

(Heinz Maurus [CDU]: Wessen Ausführungen?)

zwei Fakten entgegenhalten. Erster Fakt: Die 1998 abgewählte Bundesregierung von CDU/CSU und FDP hat in Ihrer Regierungszeit von 1983 bis 1998 die Steuern in Deutschland 19-mal erhöht. Sie haben es fertig gebracht, den Nachkriegsrekord in der Steuerbelastung für Normalverdiener zu erreichen, die kleinen Leute, die Sie, Herr Arp, jetzt eben hervorgehoben haben. Die haben Sie belastet wie noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Heinz Maurus [CDU]: Unsere Steuerreformvorschläge sind an Ihnen total vorbeigegangen!)

Von diesen 19 **Steuererhöhungen** entfallen zwei auf die Tabaksteuer und eine auf die Versicherungssteuer.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweiter Fakt: Die eigentlichen Steuersenkungsparteien in Deutschland sind Rot und Grün.

(Widerspruch bei der CDU - Heinz Maurus [CDU]: Mit der Ökosteuern an der Spitze!)

Wie alle klugen Leute in Deutschland wissen Sie, dass Rot und Grün oder SPD und Grüne 1998, unmittelbar nach dem Regierungswechsel, die größte **Steuerreform** in der deutschen Geschichte auf den Weg gebracht haben.

(Heinz Maurus [CDU]: Nachdem sie vorher blockiert haben bis zum Geht-nicht-mehr! Das müssen Sie aber auch sagen!)

Allein in diesem Jahr werden die Steuerzahler und Unternehmen in Deutschland um 45 Milliarden DM entlastet.

(Zuruf von der CDU: Das merkt keiner!)

In den letzten Tagen haben wir leider Einbrüche bei den Steuereinnahmen verzeichnen müssen. Das liegt doch nicht nur an der konjunkturellen Entwicklung, sondern auch daran, dass die Steuerreform im Volumen viel höher ausgefallen ist als vorher prognostiziert.

Weil das so ist, weil SPD und Grüne die eigentlichen Steuersenkungsparteien in Deutschland sind, fällt es uns - daraus mache ich gar kein Hehl - besonders schwer, der moderaten, maßvollen Erhöhung von Tabaksteuer und Versicherungssteuer zuzustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Im Übrigen, Herr Gerg

(Zurufe: Garg!)

- Garg, Entschuldigung! -, sage ich gern als Nichtraucher: Man kann sich der Erhöhung der Tabaksteuer auch dadurch entziehen, indem man es so macht wie ich und nicht raucht. Das ist keine Steuerhinterziehung, die strafbar ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heinz Maurus [CDU]: Das ist das eingeschränkte Blickfeld des Herrn Kollegen!)

- Herr Maurus, gewöhnen Sie sich endlich an: Man kann nicht beides haben, eine Steuerentlastung und gleichzeitig Mehraufwendungen des Staates zum Beispiel zur Bekämpfung des Terrorismus, zur Verstärkung der äußeren und inneren Sicherheit der Menschen in Deutschland.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ihnen scheint die Dimension des 11. September völlig entgangen zu sein. Sie wissen wie wir alle - das sage ich nach den Ergebnissen der Steuerschätzung ganz bewusst -, dass Bund, Länder und auch Gemeinden zusätzliche Aufgaben, die durch die Geschehnisse des 11. September fällig geworden sind, nicht einfach aus der Portokasse bezahlen können, sondern es dazu zusätzlicher **Steuereinnahmen** bedarf.

(Beifall der Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mehr Sicherheit ist nicht kostenlos zu haben. Zur Handlungsfähigkeit des Staates, die Sie zu Recht immer einfordern, gehört auch die Finanzierbarkeit des Staates.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Herr Arp, Ihre Empörung - die FDP hat sich der abgeschlossen - ist völlig unangebracht. Sie weinen Krokodilstränen. Sie wissen ganz genau, dass sich die Menschen - mehr als Sie in diesem hohen Haus - daran erinnern können, dass es die Regierungen von FDP und CDU in Bonn gewesen sind, die zweimal die **Tabaksteuer** und einmal die **Versicherungssteuer** erhöht haben. Die Tabaksteuer haben Sie noch vor der Wende 1989 erhöht

(Martin Kayenburg [CDU]: Das Einzige, was bei Ihnen stimmt, ist das Archiv!)

(Günter Neugebauer)

und Sie haben sie 1992 zum zweiten Mal erhöht. Damals haben Sie das mit der Finanzierung des Golfkrieges begründet.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! Milliarden!)

Der Golfkrieg ist längst zu Ende. Bis 1998 haben Sie sich nicht veranlasst gesehen, diese Erhöhung der Tabaksteuer zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wenn Sie ein bisschen Anstand haben, frage ich Sie: Auf welcher Grundlage wollen Sie eigentlich die jetzt vom Bundestag beschlossenen moderaten Erhöhungen kritisieren?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ausgerechnet! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Arp?

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, ich scheue mich nicht. Sie haben mir aber nur wenig Zeit gegeben und die Uhr läuft. Von daher können wir das vielleicht in einer zweiten Runde diskutieren.

CDU und FDP haben im Deutschen Bundestag 1992 gejubelt, als der von Ihnen gestellte Finanzminister zur Begründung der damaligen Erhöhung der Tabaksteuer ausgeführt hat - ich kann das nur in wenigen Sätzen zitieren -:

„In Europa kann es nur Stabilität geben, wenn die Gefahr politischer Unruhen gebannt wird. Der steuerliche Beitrag kommt deshalb unseren Bürgern als Friedensinitiative zugute.“

(Holger Astrup [SPD]: Dem ist nichts hinzuzufügen!)

Machen Sie aus „Friedensinitiative“ „Sicherheitsinitiative“. Waigel hatte damals Recht. Eichel hat heute Recht. Deswegen kann ich Sie nur bitten: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück! Das gilt gleichermaßen für die FDP.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Frau Kollegin Christel Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines vorweg: Wir haben offensichtlich geahnt, was die Bundesregierung vorhat. Herr Dr. Garg und ich haben längst aufgehört zu rauchen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach „Rasen für die Rente“ kommt jetzt „Rauchen für die Sicherheit“. Wie mit der Ökosteuer gelingt es der rot-grünen Bundesregierung auch diesmal wieder, ein potenziell sinnvolles Instrument durch unsachgemäße Anwendung zu missbrauchen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wieder macht die Bundesregierung den gleichen Fehler wie bei der Ökosteuer: Zwei voneinander völlig unabhängige Ziele sollen mit einem Instrument verwirklicht werden. Die doppelte Dividende der Tabaksteuererhöhung wird sich in Rauch auflösen, so wie die doppelte Dividende der **Ökosteuer** im Auspuffqualm verfliegt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, wir sagen: Wider diesen wirtschaftspolitischen Unsinn - keine Erhöhung der **Tabaksteuer!**

Herr Kollege Neugebauer, das haben Sie vielleicht nicht bedacht: Hinzu kommt die Rezession, in der wir uns wahrscheinlich schon befinden. Die vor einem Jahr begonnene Konjunkturschwäche hat sich durch die Unsicherheit nach dem 11. September erheblich beschleunigt. Die Ausgaben für langlebige Konsumgüter und Investitionen sinken weltweit. Deshalb sinken auch bei uns Export und Binnennachfrage. In dieser Lage verringern Steuererhöhungen das verfügbare Einkommen der Menschen zusätzlich und verstärken den Nachfragerückgang. Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft, in einer **Rezession** umso stärker. Deshalb sagen wir heute hier: Wider diesen makroökonomischen Unsinn - keine Erhöhung der Tabaksteuer!

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, der Bundeshaushalt 2002 hat ein geplantes Volumen von 485 Milliarden DM. Die Erhöhung der Tabaksteuer soll - angeblich - 3 Milliarden DM einbringen. Wenn Herr Eichel in Berlin wegen 6 % zusätzlicher Aufwendungen

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

in einer Rezession die Steuern erhöhen muss, und zwar aufgrund einer Entwicklung, die nach landläufiger

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Meinung das Antlitz der Welt für immer verändert hat, dann zeigt das nur, wie brüchig die Finanzierungskonzepte der Bundesregierung sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen und werden dieses halsbrecherische Finanzgebaren nicht unterstützen. Deshalb sagt die FDP: Wider diesen finanzpolitischen Unsinn - keine Erhöhung der Tabaksteuer!

Wenn es überhaupt eine Begründung für eine Erhöhung der Tabaksteuer gäbe, dann nur die der paternalistischen Zwangsbeglückung der Menschen durch den Staat. Rauchen schädigt - Herr Kollege Neugebauer, ich glaube, wir sind uns einig - langfristig die **Gesundheit** des Rauchers; ich habe darauf hingewiesen, dass wir die Konsequenzen gezogen haben. Die Tabaksteuer könnte den Raucher vor der unwissentlichen oder gewissenlosen Selbstschädigung bewahren, indem sie Tabak verteuert. Das senkt die nachgefragte Tabakmenge, insbesondere langfristig, denn - das wissen wir - kurzfristig reagieren die Tabaksüchtigen eben sehr unelastisch. Sie bezahlen für jede Zigarette mehr, rauchen aber nur bedingt weniger. Langfristig ändert sich das durchschnittliche **Rauchverhalten** dann etwas stärker. Wenn also die Einschränkung des Rauchens das Ziel der Tabaksteuer sein sollte, dann müsste die Steuer richtig hochgeschraubt werden, um die Nachfrage abzuwürgen. Das wäre gesundheitspolitisch konsequent. Aber zufälligerweise schwankt der Tabaksteuersatz immer um den Steuersatz, der die zu erwartenden Einnahmen maximiert. Komisch eigentlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr komisch!)

- Genau, sehr komisch.

Das theoretisch gesundheitspolitisch begründbare Ziel wird dem Geldhunger des Fiskus geopfert. Deshalb sagen wir: Wider diese undurchsichtige Geldwäschelei - keine Erhöhung der Tabaksteuer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst wenn es für die Gesundheit des Einzelnen besser wäre, nicht zu rauchen, so ist das noch lange kein Grund für den Staat, das Rauchen zu verbieten oder zu maßregeln. Alle von uns legen regelmäßig gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen an den Tag. Wir würden diese nicht verbieten und wir würden auch, selbst wenn wir den ganzen Tag zu Hause blieben und im Bett lägen, immer noch gesundheitsgefährdend handeln, denn das ist ganz schlecht für den Kreislauf und ganz schlecht für den Stoffwechsel.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch das Argument der durch das Rauchen verursachten Krankheitskosten ist kein Grund, das Rauchen für die innere Sicherheit zu besteuern. Wenn die Krankheitskosten der Grund für die Steuern wären, dann sollte die Tabaksteuer in einen zweckgebunden Beitrag umgewandelt werden, der zur Finanzierung des Gesundheitswesens eingesetzt wird.

Rauchen für die Sicherheit ist ein unsinniges Konzept. Deshalb stimmen wir dem CDU-Antrag zu. Wir haben uns allerdings gefragt, lieber Herr Kollege Arp, warum Sie die **Versicherungsteuer** in Ihrem Antrag vergessen haben. Sie haben schon gesagt, Sie werden unserem Antrag zustimmen. Wir danken dafür und finden das absolut in Ordnung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Wenn es denn so unsinnig ist, was wir heute tun, müssten Sie zumindest sehr deutlich sagen, dass auch das, was Sie in Bonn damals beschlossen haben, Unsinn war. Ich hätte kein Problem damit, wenn Sie sagen, es war damals unsinnig und erst heute, wo auch wir es tun, hätten Sie dies erkannt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das wäre eine Änderung des Denkens. Das sollten Sie aber in dieser Klarheit benennen, zumal es nicht der einzige Punkt ist, wo Sie heute anders als gestern reden.

Es ist politisch unstrittig - auch das ist sehr deutlich gesagt worden -, dass die zusätzlichen Maßnahmen im Sicherheitspaket im Interesse der inneren oder äußeren **Sicherheit** in unserem Lande Geld kosten und dass wir dafür finanzielle Mittel werden aufwenden müssen und auch wollen. Wir sind uns alle einig, dass die Bekämpfung des **Terrorismus** und die zusätzliche Sicherheit nicht zum Nulltarif zu haben sind. Auch das hat die Opposition erkannt. Wir sollten uns hier auch einmal ansehen, welche Forderungen in den Ländern erhoben werden. Beispielsweise fordert die CDU in Hamburg Maßnahmen im Polizeibereich in einer Größenordnung von 50 Millionen DM. Daran sehen wir, was die Forderungen der CDU nach mehr Sicherheit

(Monika Heinold)

kosten würden und dass es vonseiten der CDU darauf überhaupt keine finanzielle Antwort gibt.

Die jetzt von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen sind inklusive der daraus folgenden Ausgaben nicht einmalig, sondern auf Dauer angelegt. Daher ist es richtig, mit der Erhöhung der **Tabak- und Versicherungssteuer** auch im Einnahmehereich etwas auszuwählen, was auf Dauer angelegt ist. Ich finde diesen Weg richtig, zumal ich nach wie vor dazu stehe, dass Einnahmen und Ausgaben miteinander in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Die Einzigen, die das immer nicht so ganz glauben, sind die Abgeordneten der CDU in Schleswig-Holstein. Wie zwiespältig die Debatte in der schleswig-holsteinischen CDU ist, ist in dem Antrag von Herrn Arp noch einmal deutlich geworden. Er lobt die Staaten und sagt: Ja, wir sollten auch in Deutschland mit den Steuern noch weiter herunter. Es gäbe also noch weniger Einnahmen. Auf der anderen Seite fordert er noch mehr Investitionen, also noch mehr Ausgaben. Schon dies widerspricht der Aussage von Herrn Kayenburg, von dem heute Morgen in einem Zeitungsinterview zu lesen war, dass wir mit der **Neuverschuldung** doch heruntergehen sollten. Das werden wir nicht schaffen, Herr Arp, wenn wir Ihre Forderung nach mehr Investitionen erfüllen. Ich bitte also um eine gewisse Gradlinigkeit in der Argumentation. Das würde uns ein Stück weiterhelfen.

Die Verschuldung des Bundes und die dramatische Zinsbelastung des Bundes brauche ich hier nicht zu erwähnen, sie ist allen Beteiligten klar. Ich sage sehr deutlich, dass mir ein Konzept mit einer Finanzierung über die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer lieber ist als ein Konzept mit einer Gegenfinanzierung über erneute Verschuldung; die kann sich der Bund nicht leisten. Zudem gibt es zum ersten Mal unter Rot-Grün - das könnte auch die Opposition einmal würdigen - tatsächlich ein solides Konsolidierungskonzept für den Bereich der Finanzen des Bundes, welches die Nettoneuverschuldung senken wird. Dafür gibt es natürlich die ausdrückliche Unterstützung der Grünen-Fraktion hier in Schleswig-Holstein.

Ich gehe davon aus, dass die Konsumenten die erhöhte Tabaksteuer als vertretbar empfinden werden, und wenn sie sich ärgern, dann ärgern sie sich über uns nicht mehr, als sie sich damals über Sie geärgert haben. Insofern war der Vergleich von Herrn Neugebauer an dieser Stelle richtig.

Ich möchte noch darauf hinweisen, was mit den zusätzlichen Einnahmen bezahlt werden soll. Dabei wissen wir, dass die Summe dieser Einnahmen nicht real für das andere ausgegeben wird. Vielmehr sind es Einnahmen im Rahmen des Gesamthaushaltes, um die

Einnahmen insgesamt zu erhöhen und dann die Ausgaben insgesamt zu decken. Die Ausgaben, die zusätzlich finanziert werden sollen, finde ich richtig. Es sind die zusätzlichen Maßnahmen bei der Bundeswehr, beim Bundesgrenzschutz, beim Bundeskriminalamt und erfreulicherweise auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. Wenn es eine Kritik meiner Partei an diesen Maßnahmen gibt, dann die, dass der Beitrag, den wir im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und im Bereich der humanitären Hilfe zukünftig zahlen wollen, zu gering ist. Dort muss nachgebessert werden. Das ist unsere Kritik.

Ansonsten lehnen wir den Antrag von CDU und FDP ab. Er löst keines der anstehenden Probleme und wird auch der Diskussion in der Bevölkerung nicht gerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich will kurz einen geschäftsordnungsmäßigen Hinweis geben. Wir haben jetzt noch zwei Redner auf der Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt. Das sind der Abgeordnete Harms für den SSW und Herr Minister Möller für die Landesregierung. Für den Fall, dass es dann keine weiteren Wortmeldungen gibt, ist das Prozedere in diesem Verfahren wie folgt: Wir würden danach den Tagesordnungspunkt unterbrechen, da es aufgrund des Paring-Abkommens wegen der gleichzeitig stattfindenden Beisetzung erforderlich ist, mit der Abstimmung zu warten, bis die Kollegen um 15 Uhr wieder im Hause sind.

Ich erteile jetzt für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Der SSW ist nicht grundsätzlich gegen Erhöhungen im Bereich der Tabaksteuer oder der Versicherungssteuer. Wir sind auch grundsätzlich nicht gegen andere notwendige Steuererhöhungen. Allerdings sollten Steuererhöhungen inhaltlich immer vernünftig begründet sein, sozial ausgewogen sein und auch für die Bürgerinnen und Bürger logisch erklärbar sein. In diesem Sinne kann man durchaus die Erhöhung der Tabaksteuer und die gleichzeitige Erhöhung der Versicherungssteuer zur Finanzierung der Terrorbekämpfung infrage stellen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

(Lars Harms)

Eine Tabaksteuererhöhung, die dazu dient, den Verbrauch von Zigaretten einzudämmen, und deren Steueraufkommen dann im Gesundheitswesen verwendet werden würde, hätte unsere volle Unterstützung. Dazu ist es sicherlich nicht von der Hand zu weisen, dass eine Verbrauchsteuererhöhung in der jetzigen konjunkturellen schlechten Lage natürlich nicht gerade ein positives Signal für die Wirtschaft ist, auch wenn die erwartete Belastung zwischen 3 Milliarden und 4 Milliarden DM pro Jahr liegt und somit kaum wirklich ernsthaft auf die konjunkturellen Entwicklung Einfluss nehmen wird.

Das wichtigste Argument gegen eine Tabaksteuererhöhung aber ist für den SSW, dass sich der inhaltliche Zusammenhang zwischen Terrorbekämpfung und dem Rauchen von Zigaretten für viele Menschen nur sehr schwer erschließt. Das gilt übrigens nicht in gleichem Maße - wie vorhin gesagt wurde - bei der Ökosteuern, auch wenn das CDU und FDP immer gern vergleichen. Hier scheint uns die Finanzierung der Rente durch die Ökosteuern und somit die Senkung der Kosten des Faktors Arbeit und der Erhöhung des Faktors Umwelt wirtschaftspolitisch in sich schlüssig zu sein.

Anstelle der Erhöhung mehrerer einzelner Steuern zur Gegenfinanzierung von plötzlich auftretenden Problemstellungen befürworten wir eher die Wiedereinführung der Vermögensteuer zur Finanzierung der Haushaltslöcher einschließlich der Ausgaben für die Terrorbekämpfung statt die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer. Denn der Einbruch der Steuereinnahmen, insbesondere durch die von der Bundesregierung beschlossene Steuerreform, die der SSW immer abgelehnt hat, ist schon dramatisch und kann im Übrigen von den Ländern und Kommunen kaum aufgefangen werden. - So weit die inhaltliche Stellungnahme zu diesem Thema.

Für uns stellt sich aber insgesamt die Frage, warum sich der Landtag mit diesem Thema beschäftigen soll. Statt dieser Anträge hätte es eigentlich eine Pressemitteilung oder eine Pressekonferenz der CDU und der FDP zu diesem Thema geben können. Das hätte genügt. Denn wir alle wissen, dass die Erhöhung von Steuern, die nur dem Bund zufallen - was ja hier der Fall ist -, ausschließlich Sache des Deutschen Bundestages ist. Der Bundesrat hat mit Steuererhöhungen nur dann etwas zu tun, wenn die Steuereinnahmen der Länder berührt sind.

Deshalb steht natürlich auch im Gesetzentwurf zur Erhöhung der **Tabak- und der Versicherungssteuer** in der Begründung auf Seite vier, dass das Gesetz nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Wenn jetzt durch einen Kunstgriff mit Hinweis auf das Verfahren nach Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes ver-

sucht wird, den **Bundesrat** mit dieser Sache zu befassen, schießt man weit über das Ziel hinaus. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Bestimmungen des Artikels 77 Abs. 3, wonach der Bundesrat Einspruch gegen ein Bundesgesetz erheben kann, für solch einen verhältnismäßig unbedeutenden Fall wie die Erhöhung dieser Steuer, die zirka 3 Milliarden DM pro Jahr einbringt, gedacht sind. Deshalb - und nur deshalb - lehnt der SSW die Anträge von CDU und FDP ab.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den Wochen seit den Terroranschlägen vom 11. September war uns doch allen bewusst, dass wir verstärkte Anstrengungen zur wirksamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zur Erhöhung der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik unternehmen müssen. Es war uns allen klar, dass das nicht zum Nulltarif zu haben ist, auch nicht in Schleswig-Holstein. Darum haben wir das **Sicherheitspaket** immerhin mit einem Umfang von 12 Millionen € allein im nächsten Jahr vorgelegt.

Sehr schnell hat die Bundesregierung mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen hierfür ab 1. Januar 2002 3 Milliarden DM zur Verfügung gestellt, zweckgebunden. Mit der prompten Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel für die jetzt notwendigen Maßnahmen wurden auch Forderungen der Opposition aufgegriffen: Rückgängigmachen der Kürzungen für die Bereitschaftspolizei und zum Beispiel - wenn ich an die Regierungserklärung von heute Morgen denke - zusätzliche Fahrzeuge für den Katastrophenschutz im Falle des Einsatzes von B- und C-Waffen auch für Schleswig-Holstein.

Aber auch in schwieriger Lage müssen die vorgegebenen finanziellen Restriktionen berücksichtigt werden. Die finanzpolitischen Aufgaben in der aktuellen weltpolitischen Lage sind: Vertrauen schaffen und konjunkturschwächende Maßnahmen vermeiden. Die letzte Vorgabe ist umso schwieriger einzuhalten, als die unerwarteten Steuermindereinnahmen und die hohen Steuerentlastungen durch die Bundesregierung alle öffentlichen Kassen sehr stark belasten. Um unerwartete Nachfragerückgänge an anderer Stelle zu vermeiden und um das Vertrauen nicht durch Verlassen des Konsolidierungskurses zu belasten, hat der Bundestag am letzten Freitag die Anhebung der Ta-

(Minister Claus Möller)

bak- und Versicherungsteuer beschlossen. Die Prozentsätze will ich hier nicht nennen.

Konjunkturpolitisch sind diese moderaten Steuererhöhungen unbedenklich. Die gewählten Belastungen treffen Steuern, die kaum Einfluss auf die **Konjunktur** haben, sie also nicht zusätzlich stören werden. Es handelt sich nicht um flächendeckende Steuererhöhungen, sondern um Erhöhungen der Besteuerung einzelner Wirtschaftsgüter. Damit bleiben die Auswirkungen der Erhöhungen auf das Preisniveau überschaubar und es entstehen keine unzumutbaren Belastungen für die Betriebe.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch durch die Herausnahme der Lebensversicherung aus der Erhöhung der Versicherungsteuer werden zudem unerwünschte sozialpolitische Auswirkungen vermieden.

Ich will hier ganz deutlich sagen: Ich hätte mich gefreut, wenn wir auch eine Mehrheit für eine moderate Anhebung der Feuerschutzsteuer bekommen hätten, wie es die Feuerwehrverbände bundesweit fordern, damit auch wir durch diese zweckgebundene Ausgabe den Katastrophenschutz und das Brandwesen besser unterstützen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich weiß genau, dass auch viele Innenminister der CDU für diesen Vorschlag waren. Sie sind aber aus Parteiloyalität zurückgepfiffen worden.

Wer fordert, die Antiterrorstrategie müsse durch Umschichtungen im Bundeshaushalt und nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden, der muss sagen, welche Leistungen des Bundes er bei welchen Investitionen abbauen möchte, und darf nicht nach Steuerensenkungen rufen oder pauschal sagen, dass gekürzt werden soll.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Verzichten Sie auf Ihre Blockadeposition in Schleswig-Holstein und in Berlin und verzichten Sie auf Stimmungsmache und Wahlkampf mit Ihrer ach so großen Entrüstung über die geplanten, überschaubaren Erhöhungen der Tabaksteuer!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, Kollege Neugebauer hat es gesagt: 1991 hat nicht die jetzige Bundesregierung, sondern hat die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung in

Bonn zur Finanzierung des Golfkrieges die Steuern um 27 Milliarden DM im Jahr erhöht. Auf einen Schlag hat sie damals den Solidaritätszuschlag eingeführt, zum Beispiel die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um 22 Pfennig, für verbleites Benzin um 25 Pfennig erhöht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie reden auch nur über gestern! Sie haben sich überlebt, Herr Möller!)

Das allein entspricht vom Umfang her allen bisherigen Ökosteuerstufen, über die Sie sich so echauffieren. Die Versicherungsteuer wurde damals nicht um einen Prozentpunkt, sondern um drei Prozentpunkte erhöht und auch die Tabaksteuer wurde erhöht.

Meine Damen und Herren, in Abwägung der verschiedenen Finanzierungsoptionen und angesichts der derzeitigen Ausnahmesituation sind die beschlossenen Steuererhöhungen eine angemessene und vernünftige Antwort auf die aktuellen Erfordernisse. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wir werden den Tagesordnungspunkt an dieser Stelle abbrechen und ich werde ihn zur Abstimmung nach der Mittagspause wieder aufrufen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 44:

Umsetzung des Handlungskonzepts des MASGV zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Pflegeeinrichtungen

Landtagsbeschluss vom 18. Oktober 2001

Drucksache 15/1269

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1342

Ich erteile der Ministerin für Arbeit, Soziales Gesundheit und Verbraucherschutz, Frau Moser, das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der dem Landtag zur heutigen Sitzung vorgelegte Bericht über die Umsetzung des Handlungskonzeptes des Sozialministeriums zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Pflegeeinrichtungen enthält die erbetenen Antworten auf die der Landesregierung von der CDU-Fraktion sehr detailfreudig gestellten Fragen. Aus meiner Sicht bedarf er hier keiner weiteren inhaltlichen Erläuterung oder Ergänzung.

(Ministerin Heide Moser)

Ich möchte mich deshalb auf einige wenige eher grundsätzliche Anmerkungen beschränken. Die parlamentarische Begleitung der gegenwärtigen Qualitätssicherungsbemühungen hilft allen, die sich auf den unterschiedlichen Verantwortungs- und Handlungsebenen insbesondere um eine Verbesserung der stationären Pflege bemühen; sie ist auch für die Landesregierung hilfreich, weil wir hier eine in der Sache parteiübergreifende Übereinstimmung feststellen können, wenn wir einmal von einigen Scharmützeln insbesondere seitens der CDU-Fraktion absehen.

Ich werde mich weiterhin intensiv um den Erhalt dieses Konsenses bemühen - hier im Parlament und auch draußen im Land.

Dass die Landesregierung dem Landtag jederzeit zu diesem Thema Rede und Antwort steht, ist für mich selbstverständlich - nicht nur selbstverständlich; ich stelle mich sehr bereitwillig und immer wieder gern der öffentlichen Debatte, weil diese Landesregierung in Sachen Pflege nicht nur nichts zu verbergen hat, sondern im Gegenteil dazu viel vorweisen kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stichworte Aktionsprogramm des Landespflegeausschusses und Pflegequalitätsoffensive mögen genügen. Vergleichbares finden wir in anderen Ländern nicht.

Mit dem **Handlungskonzept** des Sozialministeriums vom 4. September haben wir vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Kurzprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung die Qualitätsmängel noch einmal ungeschminkt benannt und auch andere kritische Punkte hervorgehoben. Wir haben klar und eindeutig Position bezogen. Wir haben die notwendige Richtungsbestimmung vorgenommen und zugleich auch - das ist mir sehr wichtig - auf die Zukunftsprobleme der Pflegeversicherung hingewiesen.

Ich glaube, alles zusammen bietet eine gute Grundlage für eine weiterhin sachbezogene und von Parteipolitik weitgehend freie Diskussion über das, was zur Sicherung und zur Weiterentwicklung der **Pflegequalität** im Land zu tun ist und darüber hinaus auch auf Bundesebene in nächster Zeit ansteht.

Offener, als wir es hier tun, kann man diese Debatte nicht führen. Deshalb, sehr geehrte Frau Kleiner, kann ich Ihren Vorwurf nicht so recht verstehen, wir hätten die CDU-Fraktion beziehungsweise die Opposition in diesen Fragen nachrangig unterrichtet.

Lassen Sie mich wirklich auch mit Rücksicht auf den Landespflegeausschuss eine Richtigstellung zu Ihrer Presseerklärung aus dem Oktober abgeben. Der **Lan-**

despflegeausschuss ist nicht - wie der Bundespflegeausschuss - ein Beratungsorgan der Regierung; er ist das zentrale Beratungsgremium, wie es im Gesetz festgelegt ist, der im Land für die Umsetzung der Pflegeversicherung zuständigen verantwortlichen Organisationen.

Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Frau Kleiner, hat dieser Ausschuss einen Anspruch darauf, dass seine Geschäftsordnungsregelungen von uns als Ministerium beachtet werden, dass wir seine Selbstständigkeit respektieren und mit ungenehmigten Protokollen entsprechend vorsichtig umgehen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Anmerkung zur Verantwortlichkeit bei der Qualitätssicherung in der Pflege machen. Nach allem, was wir an **Pflegemängeln** zur Kenntnis nehmen mussten, ist es sicherlich richtig, darauf zu achten, dass Kontroll- und Aufsichtszuständigkeiten auch tatsächlich effektiv wahrgenommen und optimiert werden. Wir sollten uns aber davor hüten - ich sage das hier nicht zum ersten Mal -, mit ständig wiederholten Hinweisen auf Heimaufsicht, auf den Medizinischen Dienst und auf Pflegekassen in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck zu erwecken, es gehe darum, Qualität „hineinzukontrollieren“. Dies ist nicht möglich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei der FDP)

Das ist keine Erkenntnis der Landesregierung, sondern das ist Allgemeingut in Fachkreisen. Wir können Pflege nicht - wie es die CDU gern formuliert - auf administrativem Wege sicherstellen, sondern wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die direkt Verantwortlichen für Pflegequalität diese Qualität auch tatsächlich erbringen. Das heißt, es gilt unverändert der Satz: Unterstützung, Beratung und Prävention rangieren vor Kontrolle und Intervention, ohne dass man Letzteres vernachlässigt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die Debatte in diesem hohen Haus diesen Aspekt besonders deutlich setzen würde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Kleiner.

Helga Kleiner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, fahren wir mit den notwendigen Scharmützeln fort!

(Helga Kleiner)

Wer das Handlungskonzept der Sozialministerin vom 4. September 2001 zur Qualität in der stationären Pflege und den heute zur Diskussion stehenden Bericht vom 1. November 2001 mit den Antworten auf die ergänzenden Fragen unserer Fraktion sorgfältig und vergleichend liest, kommt nach meiner Ansicht zu folgender Gesamtbewertung: Die Sozialministerin bemüht sich zwar, die vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung aufgedeckten Missstände in den schleswig-holsteinischen Pflegeheimen zu beseitigen; sie hat hierzu auch bereits eine Reihe von nützlichen Maßnahmen eingeleitet oder jedenfalls angekündigt.

Aber im Ganzen fehlen ihr die politische Kraft und die persönliche Entschlossenheit, das Ruder wirkungsvoll herumzureißen

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

und einen neuen Kurs mutig anzusteuern.

Bleibt die Landesregierung im jetzigen Fahrwasser, so wird es noch sehr viele Monate, wenn nicht sogar Jahre dauern, bis wir endlich unser Ziel erreicht haben werden, in allen stationären Einrichtungen den pflegebedürftigen älteren Menschen eine sorgfältige und zugleich auch freundliche Pflege zu gewährleisten.

Auf diesem Weg werden wir noch erhebliche Lasten schultern müssen, aber - so füge ich auch veranlasst durch die Bekanntgabe der neuen Steuerschätzung nachdrücklich hinzu - nicht alle Maßnahmen, die wir von der Sozialministerin zur Sicherung der Pflegequalität in den **stationären Einrichtungen** dringlich verlangen, kosten Geld. Vieles könnte schon bewirkt werden, wenn sich die Sozialministerin endlich entschließen würde, von den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in politischer und rechtlicher Hinsicht angemessen Gebrauch zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Greve [CDU])

Unverbindliche Gespräche an runden Tischen können eben kein Regierungshandeln ersetzen. Ihr Politikstil, Frau Ministerin Moser, ist ein überständiges Relikt aus Schönwetterzeiten.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Oh, oh!)

Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen die Mitglieder der Landesregierung mit Bewilligungsbescheiden in der Hand gern gesehene Gäste bei allen Verwaltungen und Verbänden waren. Sie sind, Frau Ministerin Moser - ist sage es unumwunden -, konfliktscheu!

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

- Keine Diskussion! Aber ein Zwischenruf wird gern gehört!

(Beifall bei der CDU)

Das allein ist der wahre Grund, warum meine Forderung an Sie, das Instrument der Ihnen zustehenden Fachaufsicht endlich gegenüber den **Heimaufsichtsbehörden** angemessen einzusetzen, auf taube Ohren und ständigen Widerspruch stößt.

Ihre Antworten auf unsere Fragen Nummer 1 und 8 zeigen dies deutlich. Ich kann ja noch verstehen, dass Sie die Hoffnung haben, die Heimaufsichtsbehörden würden jetzt, wo die Bildung entsprechender Arbeitsgemeinschaften ab 1. Januar 2002 durch die Heimgesetznovelle gesetzlich vorgeschrieben wird, auch bereit sein, an der Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften mitzuwirken und den Vorsitz zu übernehmen. Warum sich aber die Sozialministerin nicht bereit findet, den Heimaufsichtsbehörden eine entsprechende **Berichtspflicht** aufzuerlegen, bleibt mir nach wie vor unerklärlich, es sei denn, ich nähre die Vermutung, die Sozialministerin will sich nicht bösgläubig machen lassen. Dabei ist der Sozialministerin selbstverständlich klar, dass die Heimaufsichtsbehörden mit dem Inkrafttreten der Heimgesetznovelle eine erheblich größere und damit personalintensivere Aufgabenlast übernehmen müssen. Die Sozialministerin wäre daher schon aus diesem Grunde gut beraten, wenn sie sich regelmäßig berichten ließe, wie die Landkreise und die kreisfreien Städte mit dieser neuen Aufgaben- und Haushaltslast fertig werden.

Die Antwort auf unsere Frage Nummer 2 betreffend **Fortbildungsmaßnahmen** ist ein weiterer Hinweis auf die Neigung der Sozialministerin, Schwierigkeiten auszuweichen, die jenseits des Verteilens von Haushaltsmitteln liegen. Wir sind aber nicht die Fachberater der Sozialministerin. Sie mag daher durch die Referenten ihres Hauses die Frage bedenken lassen, welche rechtlichen Folgen es haben kann und muss, wenn sich die Träger von Pflegeeinrichtungen auf Dauer weigern, ihre Leitungskräfte in den stationären Pflegeeinrichtungen an notwendigen Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen zu lassen. Wir werden zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Doch nun zu dem für mich besonders wichtigen Punkt der besseren **Einbindung der Ärzte** in die Sicherung der Pflegequalität, nämlich zu unserer Frage Nummer 5. Auch ich halte eine bessere Einbindung derjenigen praktizierenden Ärzte, die in Pflegeheimen lebende Patienten behandeln, in die **Qualitätssicherung** für geboten. Das haben meine vielen Gespräche mit Altenpflegerinnen und Altenpflegern in den letzten Monaten ergeben. Aber ich bin weit davon entfernt, die Ärzte in einer solchen Form zu kritisieren, wie es die Sozialministerin für nötig hält. Ihre Behauptung, manche Pflegemissstände hätten durch eine aktivere

(Helga Kleiner)

Rolle der behandelnden Ärzte verhindert werden können, hat sie bislang durch nichts belegt. Es ist jedenfalls nicht die feine Art, von eigenen jahrelangen Versäumnissen abzulenken, indem man andere beschimpft, die sich nicht sofort gegen derartige Vorwürfe wehren können.

(Beifall bei der CDU)

Aber lassen wir die Frage von Takt und Stil beiseite.

Was also will die Sozialministerin tun? - Sie greift wieder zu ihren alten Instrumenten, die nach meiner Ansicht langsam ausgedient haben sollten. Die Sozialministerin führt - wie sie es formuliert - ein umfassendes Grundsatzgespräch mit dem Präsidenten der Ärztekammer und dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung mit dem banalen Ergebnis, dass alle an diesem Gespräch Beteiligten feststellen, „dass den behandelnden Ärzten im Gesamtbereich der Pflege eine wichtige und weiter auszubauende Rolle zukommt.“ Eine wahrhaft zukunftsweisende Perspektive der Politik. Sie will „unter Erweiterung des beteiligten Kreises die Möglichkeiten der modellhaften Entwicklung eines Heimarztkonzepts prüfen.“ Und sie will weiter prüfen, „ob und in welcher Weise Vertreterinnen oder Vertreter der ärztlichen Organisationen an der Arbeit im Landespflegeausschuss beteiligt werden können.“ Da sind sie wieder, die alten Hüte der Sozialministerin: Gespräche an runden Tischen, neue Modellversuche und Erweiterung der Beratungsgremien.

Dabei kann das Ziel doch leicht und ganz konkret beschrieben werden: Es muss sichergestellt werden, dass wirklich alle Ärzte, die in Pflegeheimen lebende Patienten zur medizinischen Behandlung aufsuchen, stets auch Feststellungen darüber treffen, ob diese Patienten an Dekubitus, an Austrocknung oder an mangelhafter Ernährung leiden. Es muss weiterhin sichergestellt werden, dass derartige Pflegemängel gegebenenfalls unter Einschaltung und Mitprüfung eines **Amtsarztes** zur Kenntnis der Heimaufsichtsbehörden gelangen. So einfach ist das! An die „Haushälter“ der Fraktionen gewandt: ganz ohne die Bereitstellung weiterer Haushaltsmittel!

Gingen wir diesen Weg, würden wir das Prinzip der freien Arztwahl in keinem Punkt antasten und wir würden den Ärzten die erforderliche Rückendeckung gegenüber den Pflegedienstleitungen und gegenüber den Heimträgern geben. Natürlich reicht ein Erlass der Landesregierung dafür nicht aus. Es müssen vermutlich Bestimmungen des Bundes- und des Landesrechts geändert oder ergänzt werden. Es müssen möglicherweise darüber hinaus auch Vereinbarungen mit und unter den im Pflegebereich tätigen Institutionen und Organisationen geändert und ergänzt werden. Die

Landesregierung verfügt über eine große Anzahl erfahrener und tüchtiger Gesetzgebungsreferenten. Sie sollten sich an die Arbeit machen und danach sollte die Landesregierung die erforderlichen Initiativen ergreifen.

Zu den Antworten auf unsere Fragen 10 und 11 muss ich mich leider ganz kurz fassen. Erwartungsgemäß steht nunmehr fest, dass vor der Bundestagswahl 2002 mit weiteren Schritten zur Verwirklichung der Grundsätze „ambulant vor stationär“ und „Prävention und Rehabilitation vor Pflege“ nicht zu rechnen ist. Auch wird es keine Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Dynamisierung der von den Pflegekassen zu zahlenden Leistungsbeträge geben.

Dabei ist sich die gesamte Fachwelt einig: Die ständige Nachfrage nach Plätzen in stationären Pflegeeinrichtungen kann nur durch grundlegende Verbesserungen in der Prävention und Rehabilitation sowie durch weitere strukturelle Änderungen in der Pflegeberatung, also im Case-Management, abgebrems werden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Helga Kleiner [CDU]:

Ich komme zum Schluss.

Ich kann diesen Bericht zu einem wichtigen Thema in zehn Minuten leider nicht angemessen behandeln. Ich kann hier insbesondere auch die zustimmenden Aspekte nicht ansprechen. Ich beantrage daher für meine Fraktion Ausschussüberweisung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Beran.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kleiner, bei allem Respekt, manchmal hat man nur eines gemeinsam, nämlich, dass man auf dem gleichen Planeten lebt. So weit zum Thema Wahrnehmung. Warum das so ist, werde ich in meiner Rede etwas näher auszuführen versuchen.

Grundlage unserer Erörterung ist der Bericht der Landesregierung zum Thema Umsetzung des Handlungskonzepts des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz - von mir im Folgenden Sozialministerium genannt - zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Pflegeeinrichtungen.

(Andreas Beran)

Es ist gut, dass wir durch diesen Bericht nach der ganzen negativen Berichterstattung im Sommer diesen Jahres in die Lage versetzt werden, auch einmal über positive Dinge in diesem Bereich reden zu dürfen.

Doch zuerst möchte ich mich bei der zuständigen Ministerin, Frau Moser, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die schnelle Beantwortung der CDU-Anfrage bedanken. Bei einer heutigen Überweisung an den Sozialausschuss haben wir so die Chance, unsere Beratung bereits am 29. November 2001 fortzusetzen und zu intensivieren.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

An diesem Tag haben wir eine Ausschusssitzung, in der wir beabsichtigen, uns intensiv und fast ausschließlich mit Pflege Themen auseinander zu setzen.

Der vorliegende Bericht zeigt uns, dass das Sozialministerium seine im SGB XI enthaltene Mitverantwortung sehr ernst nimmt, aber auch - so lange nicht erforderlich - nicht zu regulierend eingreift. Die Verantwortung soll vor Ort wahrgenommen werden, wo sie auch hingehört.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dabei versäumt das Ministerium nicht, die ihm gesetzlich zugeordnete Verantwortung auch zu tragen. Grundlage der CDU-Anfrage und des Berichts der Landesregierung ist das vom Ministerium veröffentlichte **Positions- und Handlungskonzept** des Sozialministeriums. Hier werden einige Aussagen getroffen, die wir bereits in der letzten Landtagsdebatte zu diesem Thema erörtert haben. Es passt jedoch gut, an dieser Stelle noch einmal auf die Pflegequalitätsoffensive der Landesregierung hinzuweisen, dokumentiert sie doch in eindrucksvoller Weise, dass diese Landesregierung durch diese Pflegequalitätsoffensive weit über ihre eigentliche Verantwortung hinausgeht, denn sie bietet ein Angebot an Hilfsinstrumenten, das vielen stationären Einrichtungen in unserem Lande bei der Erreichung guter Qualitätsstandards hilft.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Genannt sei hier nur beispielhaft die Förderung von Fort- und Weiterbildung und die Förderung der Beratung von Pflegeeinrichtungen. Wenn ich mir die von der CDU gestellten Fragen anschau, drängt sich mir der Eindruck auf, der Fragesteller oder die Fragestellerin sucht händeringend nach Ansätzen, um der Landesregierung Pflegemissstände in die Schuhe schieben zu können. Die Antworten haben eindrucksvoll verdeutlicht, dass sich die **Landesregierung** ihrer **Verantwortung** bewusst ist und sie auch wahrnimmt. Gleich-

zeitig wird deutlich, wo die Verantwortung im Einzelnen hingehört. Wir müssen von diesem Schwarzer-Peter-Spiel aber wegkommen. Alle Partner - ob Einrichtungen, Pflegekräfte, Pflegekassen, MDK oder wir, die Politik - sind gefordert, unsere Kräfte zu bündeln, damit sich die Situation der zu Pflegenden weiter verbessert.

Auf einige Aspekte des Berichts möchte ich hier gern eingehen. Zunächst zur ersten Fragestellung:

„Wird die Sozialministerin an die ihrer Fachaufsicht unterstehenden Heimaufsichtsbehörden verbindliche, auf rasche Bildung der vorgesehenen Arbeitsgemeinschaften abzielende Weisungen erteilen und diesen Behörden einschlägige Berichtspflichten mit genauen Terminen auferlegen?“

Das ist eine Frage, die bei mir aufgrund der Art der Fragestellung den Eindruck vermittelt, hier gäbe es bei der Landesregierung ein Handlungsdefizit. Ich halte die darauf gegebene Antwort für absolut richtig. Die Vorgehensweise der Landesregierung ist gut, weil sie deregulierend ist und die Verantwortung da belässt, wo sie hingehört.

Es ist wichtig, dass die Landesregierung in der Beantwortung der nächsten Frage noch einmal deutlich macht, dass von den **Trägern der Pflegeeinrichtungen** und deren **Verbänden** erwartet wird, dass sie ihre Leitungskräfte zur Weiterbildung schicken. Hier gibt es auch eine Verpflichtung, die vom Gesetz vorgeschrieben ist. In § 80 SGB XI wird vorgeschrieben, dass dieser Personenkreis zusätzlich 480 Stunden Weiterbildung nachzuweisen hat. Ich finde diese Stundenanzahl zu gering, um eine ausreichende Qualifizierung als Leitungskraft in der Pflege zu erlangen. Je nach Umfang der Leitungsfunktion sehe ich hier einen Bedarf von 740 bis 2.000 Stunden. Ich befürchte, aus ökonomischen Gründen wird dies so schnell nicht möglich sein.

Als ausgesprochen gelungenes Konzept empfinde ich das **Multiplikatorenprogramm** des Sozialministeriums. Ich würde es begrüßen, wenn das Sozialministerium nach Abschluss der ersten Fortbildungsreihe im Sozialausschuss über seine Erfahrungen mit diesem Programm berichten würde.

In meiner Rede im September zur Qualität in der Pflege bin ich bereits auf die sich verändernden Strukturen in den stationären Pflegeeinrichtungen eingegangen. Die Erfahrung zeigt, dass die Menschen erst dann in die stationären Einrichtungen gehen, wenn es gar nicht mehr anders geht. Die Intention der Pflegeversicherung ist auch so ausgelegt. Sie besagt: ambulant vor stationär. Dies bedeutet jedoch - mit Ausnahme von De-

(Andreas Beran)

menz, Tages- und Kurzzeitpflege -, dass der Großteil der Menschen zum Sterben in die stationären Einrichtungen geht. Ich begrüße es daher ausdrücklich, wenn sich das Sozialministerium verstärkt um modellhafte **Betreuungskonzepte** zur **Begleitung sterbender Menschen** in Pflegeheimen kümmert. Ich bin der Ansicht, dass wir langfristig für die stationäre Pflege Konzepte und auch Qualitätsstandards von Hospizen übernehmen müssen.

Wir müssen uns im Klaren sein, welche aktive Rolle **Ärzte** künftig bei der Verbesserung der Pflegequalität zu spielen haben. Mir reicht es nicht, wenn sich einige von ihnen auf ihre Rolle als Hausärzte und Partner ihrer Patienten zurückziehen. Wenn das Bestreben die Gesundheit meines Patienten ist, habe ich auch dazu beizutragen, dass die Rahmenbedingungen - beziehungsweise das Umfeld meines Patienten - pflegerisch in Ordnung ist.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet nicht in jedem Fall, dass man Kontrollorganen - wie dem MDK - zuarbeiten soll. Es bedeutet aber die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass erkannte Missstände behoben werden.

Die Frage der Einrichtung von Heimärzten ist für mich zurzeit noch nicht zu beantworten. Wie gewährleiste ich dann weiterhin die freie Arztwahl? Und trägt sich der Heimarzt auch finanziell, wenn ich sie gewährleiste? Positiv ist für mich dabei die Spezialisierung einiger Ärzten auf Geriatrie, was uns in diesem Bereich ein gutes Stück voran bringen würde.

Zur personellen Ausstattung des MDK möchte ich nur anmerken, dass ich es als selbstverständlich empfinde, den **Prüfdienst** personell in die Lage zu versetzen, ausreichend Prüfungen durchzuführen. Dies erwarte ich auch für die Heimaufsichten.

Die Fragen zur Sicherstellung der Einführung von Qualitätsentwicklungsprozessen in den stationären Einrichtungen oder inwieweit sichergestellt wird, dass das den Pflegesatzvereinbarungen zugrunde liegende Personal auch tatsächlich vorhanden ist, sind vom Ministerium deutlich beantwortet. Hier werden künftig Heimaufsicht und MDK gemeinsam verstärkt prüfen müssen.

Erneut werden wir im Rahmen der Antwort zu Frage neun auf das **Modellprojekt** PLAISIR hingewiesen. Dieses in Kanada entwickelte **Personalbemessungssystem** in der Pflege darf jedoch nicht überbewertet werden. Sollte das Modellvorhaben nach seiner Auswertung zu dem Schluss kommen, dass wir mehr Personal in der Pflege benötigen, so wird es ein langer Weg sein, bevor hierfür auch das nötige Geld zur Verfügung gestellt wird. Es setzt voraus, dass die

Gesellschaft bereit ist, die Situation der pflegebedürftigen Menschen in unserem Land durch mehr Personal beziehungsweise Geld zu verbessern.

Der **Grundsatz „ambulant vor stationär“** ist richtig. Es reicht jedoch nicht aus, die häusliche Pflege zu stärken. Es gehört auch dazu, dass wir altengerechtes Wohnen und Modellprojekte, die andere Formen von Pflegestrukturen beziehungsweise weit gehende Integration pflegebedürftiger Menschen in ihr gewohntes Lebensumfeld - durch Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste, ambulante Pflege, Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften - zulassen, weiter fördern.

Zum Schluss möchte ich nochmals auf einen mir wichtigen Punkt hinweisen. Ich bin der Auffassung, dass wir eine verstärkte Debatte über gesellschaftliche Werte führen müssen. Insbesondere müssen wir darüber sprechen, was uns unsere pflegebedürftigen Menschen wert sind. Jeder von uns kann jederzeit in die Lage geraten, pflegebedürftig zu werden. Das scheinen wir immer zu verdrängen, wird uns doch eine Welt voller Jugend, Dynamik und Gesundheit vorgespielt. Dass dies nicht die reale Welt ist, müssen wir deutlich machen. Dann gibt es womöglich auch die Bereitschaft einer Dynamisierung der Leistungsbeträge. Für diese Debatte ist die Pflegekampagne der Arbeiterwohlfahrt und des Sozialverbandes Deutschland ein gutes Mittel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Dr. Garg hat das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir am Anfang eine persönliche Bemerkung zu dem Thema. Ich habe mich von 1991 bis 1994 drei Jahre lang ausschließlich mit der Pflegeversicherung beschäftigt. Ich tat dies nicht parteipolitisch, sondern ausschließlich wissenschaftlich. Dabei ist mir Folgendes aufgefallen, das für jede politische Partei, aber auch für jedes Bundesland gilt. Ich habe nach wie vor den Eindruck, dass die Tragweite dessen, was wir salopp als **demographischen Umbruch** bezeichnen, aber auch was die **Veränderung der soziodemographischen Struktur** innerhalb unserer Bevölkerung angeht, von niemandem in der Gesamtheit erfasst wurde. Deswegen gab es von Anfang an überall Handlungsschwächen, auch bei der Umsetzung der Pflegeversicherung. Man kann dies nicht einfach heilen,

(Dr. Heiner Garg)

indem man auf einzelne Punkte draufhaut. Das hilft letzten Endes niemandem.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Silke Hinrichsen [SSW])

Was aus meiner Sicht zunächst passieren muss, ist eine Einigung über folgende Faktoren, die einem Handlungskonzept - wie immer es auch aussehen mag - zugrunde gelegt werden müssen. Selbstverständlich steht am Anfang der Situation, vor der wir uns jetzt befinden, eine **Identifikation der Mängel**. Das ist zum Teil durch den MDK geschehen. Nach dieser Mängelidentifikation steht dann natürlich als erste Aufgabe der Politik die Beseitigung der Mängel. Die Beseitigung dieser Mängel ist aber nur eine Sofortmaßnahme. Was wir langfristig brauchen, ist ein Konzept, wie Mängel im Pflegebereich überhaupt vermieden werden können.

(Beifall bei der FDP)

Ich gebe dem Kollegen Beran vollkommen Recht: Der Erfolg eines solchen langfristigen Konzepts hängt in ganz entscheidendem Maße davon ab, inwiefern es gelingt, **Pflege** wirklich als **gesamtgesellschaftliches Problem** einer älter werdenden Gesellschaft zu begreifen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Ich will heute auch wieder die Chance nutzen, zu versuchen, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, um diese Debatte voranzubringen. Grundlegend ist für mich in einem solchen Konzept zunächst einmal das Berufsbild der Altenpflegerin beziehungsweise des Altenpflegers.

Das heißt, es geht auch um die Frage: Wie sieht ein zukünftiges **Ausbildungsprofil in der Altenpflege** aus? Ich bin der Meinung, dass das heutige Ausbildungsprofil in keiner Weise mehr ausreicht, um diejenigen, die nachher die Pflegebedürftigen zu betreuen haben, angemessen mit Lehrinhalten zu versorgen. Wenn wir uns nämlich die Struktur der Heimbewohner anschauen - auch das ist vorhin bereits angesprochen worden -, dann stellen wir Folgendes fest. Durch den richtigen Ansatz „ambulant vor stationär“ hat sich die Struktur der Heimbewohner entscheidend geändert. Die Heimbewohner sind nicht nur immer älter, sondern auch immer kranker und pflegebedürftiger geworden. Daher gehören in ein vernünftiges Ausbildungsprofil längst Elemente, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Ausbildung zum Krankenpfleger vermittelt werden.

(Beifall bei FDP, CDU und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen fände ich es unendlich schön, Frau Ministerin - ich weiß, dass das ein bisschen Utopie ist; aber es besteht ja auch die Gelegenheit, einige weiterführende Gedanken zu äußern -, wenn wir erstens eine bundeseinheitliche Ausbildung zum Altenpfleger bekämen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Ich fände es zweitens schön, wenn wir die Ausbildungsvergütung bundesweit regeln könnten.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, ich weiß gar nicht, warum Sie jetzt hier Differenzen aufbauen!

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kalinka, ich bin dran!

Mir wäre es am liebsten, wenn wir zu einer **Basisausbildung** kämen, die für **Altenpfleger und Krankenpfleger** zunächst gleich ist, und es erst nach zwei oder zweieinhalb Jahren eine Spezialisierungsmöglichkeit für einen der beiden Wege geben würde.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Dadurch würde sich auch das soziale Image, im Hinblick auf das wir ja immer erklären, dass wir es verbessern wollen, erheblich verbessert. Das soziale Image der Krankenpfleger ist nicht so schlecht wie das der Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Das mag zum einen daran liegen, dass die Ausbildung zum Krankenpfleger beziehungsweise zur Krankenpflegerin ein bundesweit einheitlicher und anerkannter Ausbildungsberuf ist.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kollegin Kleiner, meiner Ansicht nach ist mit den Fragen, die Sie an die Landesregierung gerichtet haben, ein bisschen die Chance vertan worden, das vorgelegte Handlungskonzept zu evaluieren. Es ist richtig, dass nachgefragt worden ist, was eigentlich passiert ist und wie weit man in der Umsetzung ist. Ich meine jedoch, es führt nicht so unendlich weit, wenn man Fragen stellt mit dem Ziel, sich auf bestimmte Antworten einzuschießen, und sich auf Stellen kapriziert, bei denen ich der Auffassung bin, dass sie uns, was die Qualitätsdebatte angeht, nicht weiterbringen.

Daher diskutieren wir heute über einen Bericht, dem kein **einheitliches Evaluierungskonzept** zugrunde

(Dr. Heiner Garg)

gelegt worden ist, weil keines zugrunde gelegt werden konnte. Lassen Sie mich das anhand einer Ihrer Fragen verdeutlichen, die Sie selbst aufgegriffen haben. Sie fragen zu Buchstabe D Ziffer 5 des Handlungskonzepts:

„Auf welchem Wege will sie sicherstellen, dass auch tatsächlich alle Leitungskräfte in den stationären Pflegeeinrichtungen an entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen?“

Unserer Auffassung nach ist es nicht Aufgabe der Landesregierung, alle Pflegedienstleitungen aufzufordern, an sämtlichen Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Ich hätte mich gefreut, wenn gefragt worden wäre, was die Landesregierung plant, damit die **Pflegedienstleitungen** in Zukunft in der Lage sein werden, an solchen **Fortbildungsmaßnahmen** teilzunehmen. Das wäre aus meiner Sicht die richtige Fragestellung gewesen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Ich will nur daran erinnern, dass der Kollege Beran bei der letzten Debatte über die Pflegesituation von der Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Sabbatjahres gesprochen hat. Ich habe ihm erwidert, ich hätte Zweifel, ob das bei dem gegenwärtigen Personalstand überhaupt möglich ist. Ich habe auch meine Zweifel, ob es bei dem gegenwärtigen Personalstand möglich ist, dass die Pflegekräfte beziehungsweise die Pflegedienstleitungen alle Fortbildungsangebote wahrnehmen. In Zukunft muss die Frage nach einem Personalentwicklungskonzept beantwortet werden. Da ist die Landesregierung dann einzubinden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin gespannt darauf, was bei dem **Modellversuch PLAISIR** im Kreis Segeberg herauskommt. Es geht also darum, welche Möglichkeiten, welche Freiräume aufgrund einer besseren Personaldecke geschaffen werden, damit solche Angebote in Zukunft stärker wahrgenommen werden können.

Liebe Frau Kleiner, Sinn und Zweck eines Handlungskonzeptes ist meiner Ansicht nach nicht, eine neue Verantwortlichkeit des Ministeriums zu schaffen. Die Verantwortungen sind aus unserer Sicht geklärt. Dem **Land** obliegt eben gerade nicht die Heimaufsicht, sondern nur die **Fachaufsicht**. Eine Fachaufsicht er-

streckt sich auf die rechtmäßige und zweckmäßige Wahrnehmung der Verwaltungsangelegenheiten einer Behörde. Es bestehen deshalb keine Kontroll- oder Sanktionsmöglichkeiten vonseiten des Landes in Bezug auf die Einhaltung von Qualitätsnormen der einzelnen Pflegeeinrichtungen. Wenn man die Zuständigkeiten ändern will, dann muss man einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Hinsichtlich der Frage, wie wichtig und notwendig es ist, den behandelnden **Arzt** einzubeziehen, sind wir uns sicherlich einig. Ich will das, was Sie und der Kollege Beran gesagt haben, nicht wiederholen. Mir kommt es vor allem darauf an, noch einmal darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, dass es zwischen den dreien, nämlich zwischen dem Pflegebedürftigen, der Pflegefachkraft und dem behandelnden Arzt, zu einem vertrauensvollen Dreiecksverhältnis kommt. Im Zweifel ist der Hausarzt als neutraler Beobachter der Situation am ehesten in der Lage, einen sich ändernden Pflegebedarf zu identifizieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die die Pflegefachkraft dann umzusetzen hat, um das Wohlbefinden des Pflegebedürftigen wieder zu steigern. Ich denke, wir stellen schon Überlegungen an, wie die Rolle des Arztes in dem Dreiecksverhältnis gestärkt werden kann - da möchte ich den Pflegebedürftigen nicht auslassen -, damit das Wohlbefinden des Pflegebedürftigen gesteigert werden kann.

Die Debatte darüber, wie die Pflegesituation bundesweit verbessert werden kann, müssen wir eigentlich schon aus purem Eigennutz führen; denn jeder von uns wird nicht nur älter, sondern für jeden von uns besteht, jedenfalls statistisch gesehen, leider auch das Risiko, irgendwann einmal pflegebedürftig zu werden. Insofern freue ich mich auf eine konstruktive Ausschussberatung.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landesregierung sind seitens der Opposition präzise Fragen gestellt worden. Ich denke, ich kann mit Fug und Recht sagen, dass sie präzise geantwortet hat. Sie ist um keine Antwort verlegen. Das muss sie auch nicht sein. Nach dem, was Schleswig-Holstein beispielhaft für viele andere Bundesländer auf den Weg gebracht hat, sind wir immer noch die Ersten - es ist traurig, das sagen zu müssen -, die die **Pflegeproblematik** umfassend in den Blick nehmen und **Handlungskonzepte** vorstellen. Ich wünschte mir,

(Angelika Birk)

andere Bundesländer würden auf diesem Gebiet genauso umfassend tätig. Dann wäre nämlich das, was wir sicherlich gemeinsam für kritikwürdig halten, nämlich dass die Bundesregierung immer noch nicht bereit ist, sich in der notwendigen Weise um die Dynamisierung der Pflegeleistungen zu kümmern, kein beklagenswertes Thema mehr, sondern wir wären diesbezüglich ein Stück weiter.

Ich sage also auch in Richtung Opposition: Fragen Sie nicht nur hierzulande, sondern sensibilisieren Sie die Regierungen beziehungsweise die entsprechenden Parlamentskollegen in den anderen Bundesländern, damit wir auch das zweite Thema, nämlich die immer noch nicht geregelte **Pflegeausbildung**, endlich so in den Griff bekommen, wie es der Kollege Garg vorgestellt hat und wie es sicherlich auf die Zustimmung aller Fachleute hier im Hause trifft.

Nun zu den einzelnen Fragestellungen und Antworten. Ich denke, es wird sehr deutlich, dass die Landesministerin hier gehandelt hat. Ärztekammer und Heimaufsicht der Kommunen haben hier allerdings noch nachzuholen. Ich bin dankbar, dass dies in aller Klarheit aus der Antwort herauszulesen ist. Ich komme zunächst zu der **Heimaufsicht der Kommunen**. Ich erwarte selbstverständlich, dass nicht erst ab 1. Januar nächsten Jahres, sondern in Vorbereitung auf die zukünftige Gesetzaufgabe die Heimaufsicht der Kommunen ihre Aufgabe endlich so wahrnimmt, dass sich der Medizinische Dienst nicht länger beklagen muss, weil die Kooperation nicht klappt. Es gibt eine Reihe von Heimaufsichten, die das in der Vergangenheit trotz knappen Personals getan haben, und es gibt leider einige andere - das scheint offensichtlich nicht nur eine Frage der Personalquantität zu sein -, die hier säumig geblieben sind. Wir werden hier durch entsprechende Anfragen weiterhin dranbleiben, denn ohne die Heimaufsicht der Kommunen wird eine Lücke bleiben.

Die zweite Frage ist: Was macht eigentlich die **Ärzt-kammer**? Ich hatte in meinem letzten Redebeitrag, als wir uns über dieses Thema unterhalten haben, deutlich gemacht, dass das Verhalten der Ärztekammer, das in den uns schriftlich vorliegenden Unterlagen zum Ausdruck kommt, dem Problem nicht angemessen ist. Es wurde nämlich schlicht darauf verwiesen, dass es keine genaue Vorschrift gibt, wie denn nun die Kooperation zwischen Pflegedienstleitung der Heime und den Ärzten und Ärztinnen zu erfolgen hat. Es ist natürlich eine gesetzliche Grundlage da, die die Ärzte verpflichtet, sich in jedem Fall, wenn sie die Verabreichung von Medikamenten oder andere Behandlungen delegieren, darüber zu informieren, und zwar laufend, damit diese Delegation auch erfolgreich ist. Ich kann die Ärztinnen und Ärzte für den Fall, dass sie begründete Zweifel haben und Missstände aufdecken, nur

ermutigen, die notwendigen Schritte zu machen - einige tun das auch - und auch auf die Hilfe der Staatsanwaltschaft zurückzugreifen, die sich im Übrigen aufgrund der Pflegequalitätsoffensive zunehmend mit der Thematik der Schwierigkeiten im Heim vertraut gemacht hat beziehungsweise bedauerlicherweise machen musste, weil viele Missstände so groß sind, dass ein entsprechendes Tätigwerden der Staatsanwaltschaft notwendig wird.

Die andere Frage ist: Wie kommt man nun in die Offensive? Die Ärztekammer ist offensichtlich bereit, zu verhandeln, wie denn die Kooperation zwischen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und der Pflegedienstleistung der Heime verbessert werden kann. Das Modell von Heimärzten suggeriert, als hätten wir diese nicht längst. Ich muss an dieser Stelle deutlich darauf hinweisen - dies finde ich vor dem Hintergrund der **freien Arztwahl** nicht unbedingt positiv -: Es gibt leider Traditionen, dass immer ein bestimmter Arzt oder eine bestimmte Ärztin in ein Heim kommt, egal welche Ärzte vorher für die entsprechenden Patienten und Patientinnen zuständig waren. Auch gibt es durchaus Heimleitungen, die, wenn Kritik geäußert wird, Wege finden, diese Ärzte nicht wieder in das Heim zu lassen. Dies ist kein neuer Tatbestand. Die Klage über solche Streitigkeiten gibt es seit Jahren. Ich finde es gut, wenn die Ärztekammer nun bereit ist, sich über dieses Thema Gedanken zu machen und hier zu einem neuen Weg zu kommen. Der Modellversuch, der nun ins Auge gefasst wird, hat allerdings auch bei mir ein paar Fragezeichen aufleuchten lassen. Ich denke, wir haben im Ausschuss noch Gelegenheit, ausführlich darüber zu sprechen. Es ist auf jeden Fall richtig, die Verantwortung von Ärztinnen und Ärzten in solchen schweren Pflegefällen, wie wir sie heute in den Heimen finden, zu stärken, damit sie auch die Gelegenheit haben, sich darüber zu informieren, wie ihren Behandlungsempfehlungen Rechnung getragen wird.

Die **Pflegedienstleitung** selbst aber - dies ist ein zentrales Element der Verbesserung - muss in die Lage versetzt werden, auch ihrerseits den sehr schwierigen Pflegesachverhalten immer gewachsen zu sein und das entsprechende Qualitätsmanagement zu organisieren und so in gleicher Augenhöhe mit den Ärztinnen und Ärzten zu sein.. Ich bin sehr dankbar, dass die Landesregierung durch ihre Ausbildungs- und Fortbildungsangebote hierzu Anreize gibt. Dies können natürlich nur Anreize sein. In der Zukunft muss auch dieses Thema in den Pflegesatzverhandlungen eine größere Rolle spielen, als es das bisher tut. Es ist klar: Wer nicht fortgebildet werden kann, kann auch keine gute Pflege leisten. Dies sind wir den Pflegenden schuldig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Angelika Birk)

Auch das Thema **Ehrenamt** muss an dieser Stelle hervorgehoben werden. Die Qualifizierungsoffensive findet auch hier statt. Ehrenamtliche Heimbeiräte und die Förderung ehrenamtlicher Hospizarbeit begrüßen wir ausdrücklich. Wir wissen natürlich, dass angesichts knapper Kassen die Landesmittel auch hier nur ein Anreiz sind. Wir möchten an dieser Stelle deutlich machen: Die Verantwortung dafür, dass hier eine ehrenamtliche Struktur entsteht, die dem neuen gesetzlichen Auftrag Rechnung trägt, liegt nicht allein beim Land. Es sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Dass ein finanzieller Anreiz seitens des Landes gegeben wird, ist begrüßenswert. Aber wir dürfen hier nicht sagen: Na gut, das Land muss handeln, die anderen kümmern sich nicht.

Wir haben in diesem Zusammenhang auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass der **Medizinische Dienst** selbst bisher mit einer unglaublich großen Arbeitsmenge betraut ist und diese Arbeit mit, wie uns die Antwort der Landesregierung noch einmal verdeutlicht, sage und schreibe sechs Gutachterinnen und Gutachter geleistet hat. Es gibt zwar die Streitigkeiten gerade mit dem Medizinischen Dienst über die Festlegung der Pflegestufen; darin steckt auch viel gesellschaftliches Konfliktpotenzial. Aber diesem Team von Gutachterinnen und Gutachtern, das die Sisyphusarbeit leistet, tatsächlich überall die Kurzprüfung der Heime vorzunehmen, gebührt unser großer Respekt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Ich freue mich, wenn es nun tatsächlich gelingt, diese sechs Leute durch weitere zu verstärken. Das ist notwendig. Man muss sich einmal vorstellen, was es menschlich bedeutet, wenn sich diese Leute tagtäglich sehr genau, sehr ruhig, sehr besonnen und unparteiisch mit nicht einfachen menschlichen Sachverhalten auseinander setzen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass das Team, das hier tätig ist, dies in angemessener Weise tut. Ich freue mich, wenn hier Verstärkung erfolgt.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf eines hinweisen. Wir haben dieses Thema auf Parlamentsebene mehrfach intensiv diskutiert, nicht immer mit vollem Hause, und auch jetzt könnten hier ruhig ein paar mehr Leute sitzen. Es gibt draußen im Lande gleichzeitig die auch schon vom Kollegen Beran erwähnte Initiative, dieses Thema erst einmal draußen in der Bevölkerung ganz intensiv zu diskutieren, damit wir als Landtag politisch in die Lage versetzt werden, das durchzusetzen, was in unserer Verfassung eigentlich schon vorgeschrieben ist.

Die Tatsache, dass sich in der Altenpflege einerseits ein breites Aufgabenfeld der Selbstverwaltung ergeben hat, dass nicht alles par ordre du Mufti durch eine Behörde geregelt wird, begrüßen wir alle. Aber es muss andererseits natürlich auch die politische und gesellschaftliche Kraft gebündelt werden, damit diese Institutionen von der Ausbildung angefangen, wie Herr Garg für uns alle deutlich gemacht hat, bis hin zur Ausstattung mit der Möglichkeit der Palliativpflege, mit der Ausstattung entsprechender Organisation in die Lage versetzt werden, das zu tun, was ihnen aufgetragen ist. An dieser gesellschaftlichen Kraft fehlt es noch. Es fehlt auch deshalb daran, weil wir alle dieses Thema gern verdrängen.

Frau Kleiner, insofern glaube ich, dass wir neben den präzisen Fragen, die wir immer zu stellen haben, gut beraten sind, alle zusammen die Debatte über die Frage: „Wie möchten wir im Alter leben, was tun wir, wenn wir nicht mehr für uns selbst sorgen können?“, in der Öffentlichkeit weiter voranzutreiben. Ich freue mich, wenn wir uns hier nicht an Einzelheiten zerfleddern, sondern wenn wir als Fachleute, aber auch als Parlament insgesamt die Kraft aufbringen, dies in den nächsten Jahren zu tun. Das ist die Unterstützung, die die Ministerin für ihr Handeln braucht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Dr. Garg gern für seine Rede danken. Es war sehr gut und es war für mich mehr der Blick in die Zukunft und nicht so sehr auf den Berichtsantrag, mit dem auch ich meine Probleme habe; aber darauf werde ich gleich eingehen.

Ich hoffe, allen ist klar geworden, dass wir im Bereich der Pflege ein erhebliches Problem haben und dass wir etwas tun müssen und wollen. Es ist wichtig, dass die betroffenen Menschen, ihre Angehörigen und alle anderen mitfühlenden Menschen wirklich sehen können, dass sich etwas bewegt. Deshalb habe ich Verständnis dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU Ungeduld zeigen.

Allerdings müsste es auch der letzten Kollegin und dem letzten Kollegen hier im Hause langsam bewusst sein, dass es jetzt wichtig ist, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Das tut man natürlich zuerst, indem man die Pflegequalität verbessert. Aber das tut man auch, indem man diesem Bereich jetzt auch einmal die Chance, die Ruhe und das Vorschussvertrauen

(Silke Hinrichsen)

gibt, um sich zu bessern, statt alle fünf Minuten nachzufragen, wie es gerade steht, und **bekannte Mängel** zu beklagen.

Gerade dies tut die CDU aber mit ihrem **Berichtsantrag**. Keine zwei Monate, nachdem die Ministerin ihr Handlungskonzept zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Einrichtungen vorgelegt hat und dies hier im Hause debattiert wurde, möchte sich die CDU wieder als die wahre Hüterin der Pflege profilieren. Aber es ist zu einfach, jetzt jede Aussage der Ministerin über die Pflege heranzuziehen und sie persönlich für die sofortige Umsetzung haftbar zu machen oder gar zu fordern, dass sie das selber tun sollte. Frau Kleiner hätte vielleicht lieber eine Kleine Anfrage stellen sollen. Das hätte nach unserer Ansicht gereicht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn wenn es nach der Antragstellerin geht, dann diskutieren wir heute eine Menge Fragen, für die wir gar keine Entscheidungskompetenz haben, die einfach noch Zeit brauchen oder die gar nicht unbedingt Sinn machen.

Der **Bericht der Landesregierung** sagt es auch in dankenswerter Weise sehr deutlich: Eine Zusammenarbeit in Arbeitsgemeinschaften auf Weisung ist weder notwendig noch gerechtfertigt. Die Fortbildung von Führungskräften kann nicht auf ministerielle Weisung erfolgen. Das Multiplikatorenprogramm läuft. Ein so wichtiger neuer Bereich wie die Sterbebegleitung in Pflegeheimen lässt sich nicht hopplahopp flächendeckend einführen, sondern muss fachlich fundiert und gut erprobt sein. Die Rolle der Ärztinnen und Ärzte lässt sich nur in Zusammenarbeit mit diesen verändern. Auch hier können wir nicht durchregieren, sondern müssen auf den Dialog und die Veränderungsbereitschaft der Beteiligten setzen.

(Beifall der Abgeordneten Bernd Schröder
[SPD], Siegrid Tenor-Alschausky [SPD] und
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Bezug auf die Überprüfung des Personals kann es nicht darum gehen, dass die Ministerin der Heimaufsicht vorschreibt, was sie zu tun und zu lassen hat. Was die Unterschiede in den Pflegesätzen angeht, sind Instrumente eingeführt worden, die ein besseres Funktionieren des Marktes Pflege ermöglichen sollen. Aber auch in diesem Bereich müssen wir etwas Geduld üben.

Pflege ist wichtig. Im Bereich der **Pflege** müssen wir uns wirklich sehr anstrengen, um unseren eigenen **Mindestanforderungen** gerecht zu werden. Aber das Problem ist erkannt und Lösungen sind in die Wege

geleitet. Deshalb bringt es nichts, nach wenigen Wochen wieder zum selben Thema Anträge zu stellen. Wenn Politik nämlich neue Instrumente einführt, muss sie diese erst einmal erproben und auswerten - genau die Evaluation, die wir benötigen -, bevor sie wieder neue Maßnahmen ergreift. Sonst wird die Fachpolitik zum Chaos, verschwendet Ressourcen und bringt nichts, vor allem nichts für die Beteiligten.

Die CDU trägt mit Anträgen wie dem vorliegenden nicht unbedingt dazu bei, die Politik für die Pflege qualitativ zu verbessern. Die Landesregierung soll die Verantwortung für eine Menge Dinge übernehmen, für die sie keine Verantwortung trägt.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es sind teilweise wichtige Punkte, die im CDU-Antrag angesprochen werden; aber die Probleme sind erkannt und Maßnahmen ergriffen worden, nur die Umsetzung müssen vielfach andere besorgen. Es kann nicht wirklich der Ernst der CDU sein, dass die Landesregierung eine gute Pflege anordnen soll. Es gibt nämlich keine gute Pflege auf Weisung, zum einen, weil die Pflege ein komplizierter Prozess ist, bei dem viele Beteiligte mitarbeiten und zusammenarbeiten müssen, um ein gutes Ergebnis zu erzielen, zum anderen, weil wir als Land nur begrenzte Kompetenzen haben, die noch eingeschränkter sind, wenn es um die Umsetzung geht. Hier als Land Kompetenzen an sich zu reißen, wäre weder rechtlich möglich noch würde es Sinn machen.

Die Strukturen im deutschen Sozial- und Gesundheitswesen sind nun einmal so komplex, wie sie sind. Das kann man bedauern und das machen wir ja auch häufig, insbesondere wir als SSW. Wir machen darauf aufmerksam, dass man in **Skandinavien** durch die Bündelung von Entscheidungskompetenzen, Kostenträgerschaft und Umsetzung in einer Hand eine **bessere Steuerungsfähigkeit** erreicht hat. Nun glauben aber selbst wir nicht daran, dass die dezentralen, staatlich dominierten Strukturen der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten ohne weiteres in Deutschland eingeführt werden können, auch wenn Dänemark bei deutschen Politikern im Moment sehr modern ist. Noch weniger glaube ich, dass die CDU an den Grundfesten der bundesdeutschen Sozialstaatlichkeit rütteln möchte. Deshalb sollten wir etwas gelassener bleiben und nüchtern erkennen, was in unserer Macht liegt, um die Rahmenbedingungen für eine bessere Pflege zu schaffen. Der Kollege Garg hat mehrere Beispiele dafür genannt, wie wir weitergehen sollten.

Es ist an der Zeit, der Pflege wieder etwas Ruhe zu gönnen - nicht um sich auszuruhen, sondern damit die Beteiligten ohne Störung die vielen Dinge umsetzen können, die wir ihnen schon abverlangt haben.

(Silke Hinrichsen)

Gerade weil so ungleiche Partner für das Gelingen verantwortlich sind, müssen wir zuallererst darauf achten, dass alle an einem Strang ziehen und ziehen können. Die Aufgabe des Landtages besteht nicht zuletzt darin, darauf zu achten und dafür zu werben, dass alle Beteiligten mitarbeiten. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier zusammenstehen. Wir müssen den Beteiligten zeigen, dass sie nicht Spielball parteipolitischer Ziele für die nächste Wahl sind, sondern eine entschlossene und einige Politik zur Seite haben. Das ist der beste Beitrag des Landtages für eine humanere Pflege. Ich hoffe, dass in Zukunft die Verantwortung erkannt wird und dass wir dazu stehen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht darum, sich auf etwas einzuschließen, sondern darum, Fragen zu stellen, zum Beispiel: Reicht die Hilfe, reicht das Tempo, mit dem wir hier vorgehen? Es soll ja manchmal nicht schaden, das, was wir hier diskutieren, auch mit Menschen draußen zu erörtern.

Ich möchte deswegen aus meiner Sicht als Abgeordneter kurz vier Punkte erwähnen, die man in den Gesprächen draußen hört und die ich für wichtig ansehe. Da stellt sich die Frage, ob die Lage in den Heimen und die Probleme vielleicht nicht doch etwas schwieriger sind, als sich das mancher im Augenblick klarmachen will. Deswegen will ich folgende vier Punkte kurz genannt haben.

Erstens. Die **Mitarbeiter in den Alten- und Pflegeheimen** sind zum Teil sehr verunsichert, sie sind nach dem MDK-Bericht sehr verunsichert. Es wird berichtet von Kündigungen nach zwei Jahren, nach der Ausbildungszeit; es können Stellen nicht besetzt werden. Es stellt sich wirklich die Frage, ob man nicht intelligente Arbeitsplatzüberlegungen oder Personalentwicklungsüberlegungen, wie es hier von der FDP genannt wurde, anstellen muss. Entscheidend ist in der ganzen Angelegenheit allerdings, dass die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Heimen nach meinem Eindruck angespannter ist, als mir das vor einiger Zeit klar gewesen ist.

Zweitens. Ob Heim- oder Fachaufsicht, ist eine spannende Debatte, aber entscheidend ist, dass eine tat-

sächliche **Kontrolle** stattfindet. Darauf haben die alten Menschen, die zumeist ohne Lobby sind, einen Anspruch. Das muss der Kernpunkt und die Messlatte sein, an der wir das diskutieren.

Drittens. Der **Strukturwandel** von noch vor einigen Jahren Altenheimen zu heute fast ausschließlich Pflegeheimen ist vielerorts nicht voll bewältigt worden. Er kann es zum Teil auch gar nicht, weil immer neue Anforderungen gestellt werden und die bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit derzeit nicht immer einhergehend klarkommen können. Wie kann man das bei immer mehr Anforderungen und immer weniger Personal im Verhältnis zu den geforderten Leistungen vernünftig hinkommen? Hier treffen zwei Menschenbereiche aufeinander: Es geht um Menschen, die pflegen sollen, und um Menschen, die sich aufgrund der Pflegebedürftigkeit in einer schwierigen Lebenssituation befinden. Diese Konflikte scheinen mir sehr tief zu sein.

Viertens. Wir haben unterschiedliche **Kostensätze** bei Pflegeheimen. Die einen bekommen Investitionen finanziert, andere nicht. Das sage ich ohne Kritik. Hieraus ergeben sich aber unterschiedliche Folgerungen. Deshalb stellt sich gesamtgesellschaftlich in der Tat die Frage: Was ist uns der Stellenwert der älteren Menschen wert und was muss er uns wert sein?

Ich habe mir erlaubt, Ihnen diese Punkte zu nennen, weil wir mit Alten- und Pflegeheimen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und anderen intensive Gespräche geführt haben. Es ist mir wichtig, dass auch in diesem Parlament deutlich wird, dass deren Sorgen und Auffassungen intensiv in das Gespräch eingebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt Frau Ministerin Moser im Rahmen der Redezeit der Regierung noch einmal das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst für den konstruktiven Teil der Debatte sehr herzlich bedanken. Herr Kalinka, ich will Ihre vier Punkte darin ausdrücklich einbeziehen, weil Sie weiterführend und problemorientiert sind. Ich will mich für die perspektivischen Anregungen sehr herzlich bedanken, insbesondere auch bezüglich dessen, was das Thema Ausbildung angeht, Herr Dr. Garg.

Bundeseinheitlich sind wir immer an Bayern gescheitert; das wissen wir alle. Die inhaltliche **Neuausge-**

(Ministerin Heide Moser)

staltung der Pflegeausbildung insgesamt ist ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt.

Wenn ich mir die Anregung erlauben darf: Warum sollte der Sozialausschuss nicht einmal im Wege der Selbstbefassung mit uns gemeinsam erörtern, wie man dieses Thema auf Bundesebene weiter befördern kann?

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tun das in ständiger Korrespondenz auch mit den entscheidenden Ministerien; wir könnten sozusagen auch schon eine Menge an Vorüberlegungen vorlegen.

Dass wir auch das zweite Maßnahmenkonzept aus dem September evaluieren werden, ist eine Selbstverständlichkeit; so haben wir das ja auch mit dem ersten gemacht. Ich kündige das an. Sobald wir den Zeitpunkt haben, in dem ein Zwischenbericht ansteht, werden wir das tun, und zwar systematisch und nicht an irgendwelchen Einzelpunkten.

Ich will dann aber auch feststellen, dass Sie, Frau Kollegin Kleiner, offenbar den Konsens, von dem ich vorher sprach, aufgekündigt haben und nicht bereit sind, sich konstruktiv an der Qualitätsdebatte weiter zu beteiligen.

(Zuruf von der CDU: Na, na!)

Ob Sie das im Einverständnis mit Ihrer Fraktion tun oder nicht, vermag ich nicht zu beurteilen.

(Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich muss das einmal sehr deutlich sagen: Das Staatsverständnis, das hinter Ihren Beiträgen steht, lässt mich schauern.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Lachen des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Wir haben Gott sei Dank keinen bürokratischen Durchgriff vom Ministerium über die Kreise, Kommunen bis in die Pflegedienstleitungen der Heime, bis auf den behandelnden Arzt,

(Zurufe von der CDU)

dass wir ihm sagen: Dekubitus stellst du soundso fest.

Wir sind keine Autokraten und das ist gut so. Frau Kleiner, wenn Sie **Vorschläge** machen, dann sind Sie als politische Repräsentantin dieses Landes auch verpflichtet zu sagen, wie Sie sich das **innerhalb des Systems** vorstellen. Wir haben ein kompliziertes System, das man kennen muss.

Ich mache das einmal an einem Beispiel deutlich: Wenn Sie sagen, es sei doch ganz einfach, dass man

die Mitarbeit der Ärzte sicherstellt, dann frage ich Sie: Wie denn?

Sie haben gesagt: Irgendwie müssen Bundesrecht und Landesrecht vielleicht geändert werden. - Wissen Sie denn, wie? Wissen Sie, dass die Ärzte einen freien Beruf ausüben, dass sie in öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie KV und Ärztekammer organisiert sind und wissen Sie denn, wie ich es anstellen sollte - wenn ich es denn wollte -, dem einzelnen Arzt zu sagen, was er zu tun und zu lassen hat?

(Klaus Schlie [CDU]: Arroganz hat noch nie gut getan! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Das ist eine Richtigstellung und keine Arroganz. Jede Geduld geht einmal zu Ende, Herr Schlie!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie. Frau Ministerin, ich hatte Sie gefragt, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka gestatten.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Ja, wenn es schnell geht.

Werner Kalinka [CDU]: Frau Moser, ist Ihnen entgangen, dass die Kollegin Kleiner ausdrücklich vorgeschlagen hat, dass sich die Gesetzgebungsreferenten dieser Landesregierung zusammensetzen mögen, um in dieser Richtung Vorschläge zu erarbeiten?

- Das ist mir nicht entgangen, aber ich erwarte, dass man sich dann, wenn so etwas in die Welt gesetzt wird, klar darüber ist, wie viele Gesetze und wie viele grundlegende verfassungsrechtliche Themen hier berührt wären. Das erwarte ich schon.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Wenn Sie mir hier jetzt Arroganz vorwerfen, dann habe ich eben schon kurz bemerkt: Auch meine Geduld geht einmal zu Ende.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Heide Moser)

Ich muss ertragen und muss hinnehmen, dass Sie mich persönlich diskriminieren - das tue ich denn auch -, indem Sie meine persönliche Entschlossenheit infrage stellen.

Was ich nicht hinnehme - das sage ich hier in aller Deutlichkeit -, ist, dass Sie die Entschlossenheit, die Kompetenz und den Erfolg meiner ausgezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Themenfeld infrage stellen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Damit sind wir bundesweit akzeptiert und anerkannt. Bitte, fragen Sie einmal die Kolleginnen und Kollegen aus den CDU-regierten Ländern! Ich glaube, die würden Ihnen über unsere Pflegequalitätspolitik etwas anderes sagen, als Sie das hier darzustellen versucht haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Kleiner das Wort.

Helga Kleiner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, es hat mir fern gelegen, wie es mir immer fern liegt, Menschen zu diskriminieren. Ich muss hier in aller Deutlichkeit sagen: Es tut mir sehr Leid, dass in der Kürze der Zeit eine umfassende Debatte zu diesen wichtigen Themen natürlich in der nötigen ausgewogenen Form mit Plus und Minus nicht möglich ist. Ich hätte gern so debattiert; ich habe eben auch gesagt, ich konnte auf die Bereiche, in denen ich Ihnen zustimme und die ich gut finde, nicht eingehen.

Notwendigerweise beschränkt sich eine solche Debatte auf die Kritikpunkte. Wenn Sie meinen, ich hätte hier in einer nicht angemessenen Form Fragen gestellt, die Sie diskriminieren und die zeigen, dass ich nicht das richtige Demokratieverständnis hätte, dann muss ich sagen, dass Sie meine Fragen nicht richtig gelesen haben oder sie nicht richtig verstehen wollten.

(Beifall bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Sie hat nicht zugehört! Ganz einfach!)

Ich möchte zunächst einmal sagen, ich habe lediglich die Inhalte und die Pläne Ihres Handlungskonzeptes aufgenommen und in Frageform gekleidet. Auf diese Feststellung lege ich großen Wert.

Meine Fraktion ist nicht so zusammengesetzt, dass sie einen Antrag oder ein Vorhaben einer Abgeordneten einfach ungeprüft und undiskutiert weiterverfolgt. Ich muss sagen, das ist gegenüber meiner Fraktion auch nicht gerade eine angemessene Behandlung gewesen.

Wenn wir hier einen Berichtsantrag einbringen „Helga Kleiner und Fraktion“, dann ist die Fraktion daran auch mitbeteiligt. Wenn es hier darum geht, ein Handlungskonzept zu hinterfragen - nicht zu evaluieren; wie soll ich denn Ihr Konzept evaluieren; das ist ja auch eine etwas seltsame Vorstellung -,

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

dann ist es so, dass man natürlich die Aussagen, die in dem Konzept stehen, behandelt und nicht selber ein Konzept für die Zukunft entwickelt.

Natürlich will ich gern konstruktiv daran mitarbeiten, dass sich in der Zukunft die Situation in den Heimen zum **Wohl unserer pflegebedürftigen Menschen** hier im Land weiterentwickelt. Ich glaube, ich bin unverdächtig, dass ich hier eine Autokratin bin. Aber ich will mich jetzt nicht in Brass reden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich will aber noch einen Punkt anfügen. Ich habe mich als Landesvorsitzende der Senioren-Union diesem Konzept von der AWO und vom Sozialverband Deutschland für eine Aufnahme der menschenwürdigen Pflege in die Verfassung ausdrücklich angeschlossen. Da - so muss ich allerdings sagen - gehe ich mit meiner Fraktion nicht so d'accord. Ich möchte das nur als Beweis dafür anfügen, dass mein Herz ausdrücklich auf der Seite der pflegebedürftigen Menschen schlägt. Dafür nehme ich auch gern in Kauf, dass ich hier gescholten werde. Ich will es nur zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem kurzen Beitrag erhält noch einmal Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kleiner, meine Kritik bezog sich nicht auf Ihren Berichtsantrag - mitnichten! Meine Kritik bezog sich auf Ihren Redebeitrag. Vielleicht lesen Sie das einmal im Protokoll nach.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! - Martin Kayenburg [CDU]: Vielleicht lesen Sie es einmal nach! - Weitere Zurufe von der CDU)

(Ministerin Heide Moser)

Wenn Sie das tun, werden Sie feststellen, wozu ich mich geäußert habe.

(Klaus Schlie [CDU]: Die schwelgt nur so in Arroganz!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat jetzt der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es für einen unglaublichen Vorgang, dass sich ein Regierungsmitglied hier in dieser Form gegen eine Kollegin aus diesem Hause äußert.

(Klaus Schlie [CDU]: Unverschämtheit! - Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, Sie können in der Sache argumentieren, aber derartige persönliche Vorwürfe gehören sich nicht!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich habe noch drei Kurzbeiträge. Zunächst hat Herr Abgeordneter Geerds das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann machen wir Mittagspause?)

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Birk, Sie bekommen noch zu Essen. - Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich glaube, jede Fraktion im Hause wäre glücklich, wenn sie so eine engagierte seniorenpolitische Sprecherin wie die CDU-Fraktion hätte.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kleiner hat heute sehr ernsthaft einen Debattenbeitrag geleistet und hinterfragt, wie das **Handlungskonzept** dieser Landesregierung umgesetzt werden soll. Es ist auch richtig, dass wir dieses Thema im **Parlament** behandeln, dass wir es diskutieren und im Ausschuss weiter beraten. Das ist die Aufgabe jedes Parlaments und es ist die Aufgabe der Opposition, auch kritische Fragen zu stellen. Wenn Sie sagen, Ihre Geduld sei zu Ende, dann sage ich dazu: Sie werden gut bezahlt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Unsere Geduld ist nicht zu Ende. Ihre Geduld sollte auch nicht zu Ende sein. Sie werden damit leben müs-

sen. Wir werden beim Thema Pflege weiterhin kritische Fragen stellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin froh und dankbar, dass Frau Kleiner auf diese Art und Weise die Themen Pflege und ältere Generation zu ihrer Sache gemacht hat. Diese Menschen brauchen in diesem Parlament eine Lobby und wir nehmen diese Aufgabe sehr ernst.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu all meinen Vorrednerinnen und Vorrednern zu diesem Thema gestehe ich zu - das gilt vermutlich auch für Herrn Kayenburg -, dass ich inhaltlich nicht im Thema bin. Aber ich habe zugehört und zwei Dinge festgestellt.

Erstens. In der Zielsetzung scheinen sich die Fraktionen so weit nicht auseinander zu befinden. In Wortbeiträgen hört sich das manchmal anders an, als sich die Fakten mir jedenfalls darstellen. Ich möchte - und deshalb habe ich mich auf Ihren Beitrag hin gemeldet, Herr Kayenburg - dafür werben, wenn man für sich selbst als Abgeordnete oder als Abgeordneter einfordert, von Ministerinnen und von Ministern so behandelt zu werden, wie man es selbst für richtig hält, dann sollte man bitte immer bedenken, dass dies natürlich auch umgekehrt gilt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich vermag nicht einzusehen, dass sich Ministerinnen oder Minister - hoch bezahlt oder nicht hoch bezahlt - von allen Mitgliedern je nach Zugehörigkeit zu den Fraktionen „angiften“ lassen müssen - sage ich einmal vornehm -, ohne für sich das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, dann bitte schön auch einmal deutliche Worte zurückzusagen, ohne, Herr Kollege Schlie, der Arroganz bezichtigt zu werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist aber so!)

Ich glaube, dass es in einem normalen Gespräch über den Austausch von Positionen möglich sein muss - wechselseitig bitte -, sich zumindest nicht das gegenseitige Engagement abzusprechen - das hat die Kollegin Kleiner auch nicht getan - wie auch nicht der Ministerin ihr Engagement. Ich wünschte mir, dass wir

(Holger Astrup)

nicht jedes Mal vor irgendwelchen Mittagspausen zu einem solchen Schlagabtausch neigen würden. Ich finde es nicht angemessen und dem Inhalt des Themas, von dem ich wenig verstehe, schon gar nicht angemessen. Wenn das gelingt, sind wir einen Schritt weiter und könnten jetzt in die Mittagspause eintreten, wenn sich nicht noch jemand meldet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ihr Appell hat gewirkt, Herr Astrup. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Es ist Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:24 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich begrüße Sie zur Nachmittagssitzung.

Haben sich die Fraktionen darüber verständigt, ob der Tagesordnungspunkt 26 a) zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3 und 49 behandelt werden soll?

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Gibt es darüber eine Verständigung? - Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir diesen Tagesordnungspunkt jetzt zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3 und 49 behandeln und dass jede Fraktion fünf Minuten zusätzliche Redezeit erhält.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich bitte um das Handzeichen, wer diesem Verfahrensvorschlag zustimmen möchte. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich jetzt die entsprechenden Tagesordnungspunkte auf.

(Unruhe)

Haben Sie etwas dagegen, dass ich jetzt spreche?

(Zuruf: Ja!)

- Dann warte ich, bis Sie so weit sind.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 3, 49 und 26 a) auf:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung über das Ergebnis der Steuerschätzung und die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1375

b) Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 19. Oktober 2001
Drucksache 15/1262

Bericht der Landesregierung

c) Verschiebung der zweiten Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1371

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zunächst dem Minister für Finanzen und Energie, Herrn Minister Möller, das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 8. und 9. November 2001 haben die Experten aus Bund und Ländern auf der Basis der vom BMF vorgelegten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte, der Entwicklung der Steuereinnahmen in den Monaten Januar bis einschließlich Oktober 2001 und der inzwischen in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden für 2001 und 2002 geschätzt. **Grundlage der Schätzung** ist die Annahme eines Wirtschaftswachstums. Dabei ist für die Entwicklung der Steuereinnahmen das Nominale mindestens genauso wichtig wie das Reale. Die wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch mehr durch das Reale darstellbar.

Für das Jahr 2001 wird nunmehr ein reales Wirtschaftswachstum von 0,75 % angenommen, für das Jahr 2002 gelten 1,25 % als Richtwert. Sie konnten heute in der Zeitung lesen, dass die Gutachter diesen Wert von 1,25 % infrage gestellt haben. Der Titel des Gutachtens heißt übrigens: „Für Stetigkeit gegen Aktionismus“. Die mit dem Konjunkturrückgang steigende Arbeitslosigkeit dürfte zu weiteren **Steuerminderungen** führen. Bundesweit wird von einer Arbeitslosenquote von nunmehr 9,5 % ausgegangen. Die dritte Ursache für die Korrektur in der Schätzung liegt

(Minister Claus Möller)

in den unterschätzten Auswirkungen der Steuerreform. Ich nenne beispielhaft die Entwicklung der Körperschaftsteuer. Ihr Aufkommen sank von 23,6 Milliarden € im Jahre 2000 auf 1,7 Milliarden € in diesem Jahr.

(Holger Astrup [SPD]: Unglaublich!)

Sie verkommt zu einer Bagatellsteuer. Die Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer** liegen damit niedriger als die aus der Renn-, Wett- und Lotteriesteuer. Für 2002 wird sie wieder auf 11,5 Milliarden € nach oben geschätzt.

Das sollte uns nachdenklich stimmen und uns veranlassen zu fragen, ob vielleicht die **Steuerschlußfolger** gerade für die großen Unternehmen nicht ausreichend gestopft worden sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie doch selbst zu verantworten! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich denke, man muss den Ursachen nachgehen. Man sieht und hört es täglich, welche Steuerkraft Großkonzerne haben. Großkonzerne dürfen sich der Finanzierung staatlicher Aufgaben nicht entziehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn alle etwas beitragen, können wir finanzielle Spielräume für eine verstärkte **Entlastung des Mittelstandes** schaffen. Ich denke, die jetzige Entwicklung bei der Körperschaftsteuer verdeutlicht die Notwendigkeit, bei der aktuellen Diskussion über die Fortschreibung der Unternehmenssteuer, die Mittelstandskomponente zu stärken. Dazu gehört zum Beispiel die Reinvestitionsrücklage.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nach den neuen Schätzungen reduzieren sich die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2001 um 6,6 Milliarden € und im Jahr 2002 um 9,8 Milliarden €. Bei den Ländern entspricht das im Jahr 2001 3,1 Milliarden und im Jahr 2002 3,8 Milliarden €. Bei den Kommunen sind das minus 1,3 Milliarden € im Jahr 2001 und minus 3,3 Milliarden € im Jahr 2002. Die Regionalisierung bedeutet für Schleswig-Holstein - dabei haben wir auch die Steuerrechtsänderungen mit einbezogen, die vermutlich noch ins Vermittlungsausschussverfahren gehen werden - ein Minus von 84,4 Millionen € im Jahr 2001 gegenüber der Mai-Steuerschätzung. Für das Jahr 2002 müssen wir - nach Abzug von 98,5 Millionen € für den Länderfinanzausgleich - von mit 118 Millionen € ausgehen.

Wir haben aktuell die Entwicklung der **kommunalen Steuern** einschließlich der kommunalen Gewerbesteuer.

er. Diese sieht für Schleswig-Holstein etwas besser aus als für die Gemeinden bundesweit. 2001 lag sie bei einem Minus von 6 Millionen €; 2002 ist es ein Minus von 65 Millionen €. Das deckt sich mit der Entwicklung in Schleswig-Holstein insgesamt, wobei die Einnahmeausfälle in Schleswig-Holstein eben nicht den Grund in einem Steuerrückgang haben. Im Gegenteil: Die Schätzung unserer Steuereinnahmen wurde für 2002 um 93,5 Millionen € nach oben korrigiert. Das heißt: Das, was wir - ausgehend von der Mai-Steuerschätzung - verloren haben, wurde wieder nach oben korrigiert. Dafür gehen die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den BEZ um 212 Millionen € zurück, denn Schleswig-Holsteins Finanzkraft ist von 2000 mit 92,8 Millionen € im dritten Quartal dieses Jahres auf 95,1 Millionen € gestiegen. Die Tendenz ist steigend.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was für eine Gemeinde!)

Das ist ein Indiz dafür, dass wir nicht so körperschaftsteuerlastig sind wie andere Länder und dass sich unsere stärker mittelstandsgeprägte Wirtschaftsstruktur bewährt hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Über 40 % waren Erbschaftsteuer!)

Von einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Schleswig-Holstein kann derzeit keine Rede sein, Herr Kubicki! Die Aussicht auf eine rasche Erholung der Konjunktur machten natürlich die Terroranschläge vom 11. September zunichte. Diese externe Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts verunsicherte auch die wirtschaftlichen Akteure. Von der **weltweiten Konjunkturschwäche** kann sich auch die Wirtschaft hier im Lande nicht frei machen. Hierzu wird Herr Kollege Rohwer nachher etwas sagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollen wir hoffen!)

Ich bin sicher, dass die von der Bundesregierung ergriffenen und bereits geplanten Maßnahmen - ebenso wie die deutliche Zinssenkung der Notenbank - dem Wachstum und der Beschäftigung positive Impulse geben werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche Maßnahmen sind denn geplant?)

Auch ohne den 11. September nehmen die Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch bei den Steuereinnahmen zu. Umso notwendiger ist es, die finanz- und haushaltspolitische Planung an einer mittelfristigen Orientierung auszurichten. Die Landesregierung wird ihre zukunftsgerichtete Politik konzentriert auf die neuen Herausforderungen einstellen.

(Minister Claus Möller)

len und dabei verlässlich bleiben. Sie wird den **Konsolidierungskurs** konsequent fortführen und zugleich in die Zukunft Schleswig-Holsteins investieren. Wir schaffen zusätzliche Lehrerstellen, wir steigen in die Ganztagsbetreuung ein, wir modernisieren die Verwaltung und investieren in die Infrastruktur des Landes. Natürlich ziehen wir das ausschließlich aus Landesmitteln finanzierte Sicherheitspaket nicht zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Wir ziehen auch einige maßvolle Investitionen vor. Ich nenne die Straßenbauverwaltung, den Strafvollzug und den Sicherheitsbereich.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung hat in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld - trotz der Ausschläge bei der Körperschaftsteuer - stabilisierend gewirkt. Das behaupte ich nach wie vor. Die zu Beginn des Jahres in Kraft getretene Steuerentlastung um rund 23 Milliarden €, die im Jahr 2002 fortwirkt, hat einen noch stärkeren Rückgang des privaten Konsums verhindert. Die zweite Stufe der Familienförderung entlastet die Familien ab Beginn des kommenden Jahres um zusätzlich 2,5 Milliarden €.

Ein **Vorziehen** der für 2003 und 2005 beschlossenen **Stufen der Steuerreform** führt zu einer Erhöhung der öffentlichen Schulden in den nächsten Jahren, ohne dass auf längere Sicht Mehreinnahmen gewährleistet sind. Weder für den Bund noch für die Länder - und insbesondere für die Kommunen - wären die damit verbundenen Einnahmeausfälle zusätzlich zu verkraften. Vielmehr müssen wir in der nächsten Legislaturperiode in Berlin mit einer Reform der Gemeindefinanzen - aber auch hinsichtlich der Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben, der Mischfinanzierung und einer Neuordnung der föderalen Kompetenzordnung - für Länder und Kommunen auf eine verlässliche und auskömmliche Finanzausstattung hinarbeiten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und wer regiert dann?)

Zu Recht empfehlen die Wirtschaftsinstitute automatische Stabilisatoren. Soweit konjunkturbedingte Steuerausfälle im Rahmen des eingeschlagenen Konsolidierungskurses nicht aufgefangen werden können, sollte der Weg offen stehen, diese vorübergehend über eine **höhere Kreditaufnahme** zu finanzieren und dementsprechend höhere Haushaltsdefizite in Kauf zu nehmen. Ich behaupte: Alle Länder werden dies in Anspruch nehmen müssen. Ich weiß nicht, ob Sie die Presseerklärung unseres früheren Kollegen Steinbrück gelesen haben. Dieser ist zu entnehmen, wie drama-

tisch die Restkreditemächtigung in Milliardenhöhe auch im nächsten Jahr in Anspruch genommen werden muss.

Schleswig-Holstein verliert 2001 gegenüber 2000 Steuereinnahmen in Höhe von 334 Millionen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Euro oder Mark?)

Das sind 672 Millionen weniger Steuern als im Jahre 2000. Wir haben im Rahmen des Haushalts und im Rahmen des Nachtragshaushalts 250 Millionen € gedeckt. Die restlichen - erst jetzt prognostizierten - 84,5 Millionen werden wir durch einen Teil der in den letzten Jahren aufgebauten **Restkreditemächtigung** decken. Diese beträgt 271 Millionen DM. Kurzfristige heftige Nachfrageeinbrüche vonseiten des Staates würden allerdings prozyklisch wirken und die Konjunktur weiter schwächen. Es gilt, das gemeinsam zu verhindern. Es ist interessant, wer plötzlich Anhänger von Herrn Keynes geworden ist. Ich stimme mit dem Finanzminister überein:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind der Finanzminister!)

Aus dem Boden gestampfte kreditfinanzierte Konjunkturprogramme würden verpuffen und die Glaubwürdigkeit eines soliden Konsolidierungskurses beschädigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es geht um Investitionen! Sie haben es immer noch nicht kapiert!)

- Natürlich geht es um Investitionen. Wir haben für 2002 nur die **Investitionen** aus dem Sicherheitspaket in Höhe von 2,5 Millionen € über neue Kredite finanziert. Das hatte ich vorher angekündigt. Alle anderen Anforderungen der Nachschiebeliste und aus dem Sicherheitskonzept werden durch Entlastung und Umschichtungen an anderer Stelle in Höhe von etwa 60 Millionen € gedeckt. Wir haben bereits die hohen Ausfälle, die in der Mai-Steuerschätzung angegeben wurden, durch die Einsparungen im Nachtragshaushalt 2001 - rund 100 Millionen DM - und im Haushalt 2002 kompensiert.

Der Haushalt 2002 wird trotz der zwangsläufigen **Mehrausgaben** im Rahmen des Sicherheitskonzepts und des Wohngeldes nur eine Steigerungsrate von 0,7 % ausweisen. Einsparungen in den benötigten Höhen - etwa 100 Millionen € - sind, so meine ich, im Haushalt derzeit weder konjunkturpolitisch sinnvoll noch im Landeshaushalt realisierbar. Pauschale Forderungen nach erneuten Kürzungen der Förderprogram-

(Minister Claus Möller)

me ohne „Butter bei die Fische“ helfen uns nicht weiter, meine Herren von der Opposition!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

Ich möchte wissen, was die Opposition heute Morgen schon wieder den Imkern zugesagt hat, auch wenn es dort nur um einen marginalen Betrag geht. Die CDU hat gesagt, sie wird auf ihrer Klausur Vorschläge erarbeiten. Ich habe das gehört. Wir sehen dem mit Spannung entgegen. Kommen Sie aber bitte nicht wieder mit pauschalen Beträgen, die in den Förderprogrammen möglich sein sollen. Bei LSE und der Dorferneuerung sind Sie die Ersten, die höhere Förderungsquoten fordern.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister! - Ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten. Wer immer etwas zu sagen hat, kann das gern später in einem Kurzbeitrag tun.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Kommen Sie auch nicht erneut mit alten Hüten wie LEG oder der obskuren Idee, die GMSH zu verkaufen.

Eine stärkere Erhöhung der Nettoneuverschuldung 2002 kommt bei uns schon aus Verfassungsgründen kaum in Betracht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was heißt hier kaum?)

Da sind wir in guter Gesellschaft mit Hessen und anderen Ländern. Passen Sie auf, wie die Haushalte anderer Länder aussehen!

Für die mittelfristige Planung aber ist es notwendig, die Nettokreditaufnahme angesichts der fortzuschreitenden Steuerausfälle moderat anzuheben. Die Landesregierung schlägt vor, Steuerausfälle in Höhe von 100 Millionen € 2002 durch **Vermögensveräußerungen** auszugleichen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Räumungsverkauf! - Heiterkeit bei CDU und FDP)

- Kümmern Sie sich einmal um Ihr Panikorchester! Damit haben Sie genug zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geplant ist eine bis zu 5-prozentige **Veräußerung von Landesbankanteilen**, eingebettet in ein strategisches Gesamtkonzept.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo ist das strategische Gesamtkonzept, Herr Möller?)

- Ruhig Blut!

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Unser vorrangiges Interesse besteht darin, diese 5 % in Schleswig-Holstein oder in Hamburg zu platzieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hervorragend!)

Wir werden dabei darauf achten, dass einerseits die Unabhängigkeit der Investitionsbank erhalten bleibt und dass andererseits die Landesbank und der Finanzplatz Kiel in keinem Fall geschwächt werden. Ich darf Ihnen dazu aus den Verhandlungen der letzten Woche Folgendes sagen:

Erstens. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass eine Einigung über die Frage der Haftvergütung zwischen der WestLB und der EU nicht zustande kommt und dass frühestens in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres mit einem erstinstanzlichen Urteil des EuGH zu rechnen ist.

Zweitens. Nordrhein-Westfalen und die EU haben sich auf ein Zukunftsstrukturkonzept für die WestLB verständigt. Zu meiner Überraschung sieht dieses Konzept vor, dass nach einer Übergangsfrist die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast auch für ihr Förderinstitut - das heißt dort nicht I-Bank - entfällt. Das ist meiner Ansicht nach für Schleswig-Holstein nicht vertretbar. Ich meine, die Investitionsbank wird gerade unter Berücksichtigung von Basel II eine noch stärkere Bedeutung für die Kreditversorgung des Mittelstandes haben. Deshalb werden wir ein Modell unterstützen, das dem Rechnung trägt und nach dem für die Investitionsbank - gegebenenfalls unter Herauslösung aus der Landesbank - in Zukunft der Status Gewährträgerhaftung, Anstaltslast erhalten bleibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie lange soll das gelten, Herr Möller, fünf Jahre?)

Aufgrund der in der letzten Woche zwischen WestLB und EU getroffenen Entscheidung für ein Modell, das für uns nicht akzeptabel ist, werden die Gremien der Landesbank am 10. Dezember einen Vorschlag des Vorstandes zu beraten haben, der dem Konzept, das ich eben kurz skizziert habe, Rechnung trägt. Daraus ergibt sich natürlich gegebenenfalls eine Änderung des Sparkassengesetzes. Wir wollen dem Landtag die **Änderung des Sparkassengesetzes** unmittelbar danach zuleiten. Ich habe die Absicht, die finanzpolitischen Sprecher und die Fraktionsvorsitzenden noch vor der Sitzung am 10. Dezember darüber zu informieren, wohin konzeptionell die Reise vermutlich geht. Es wird keine endgültigen Beschlüsse geben, aber man wird in etwa sagen können, wohin die Reise geht. Ich

(Minister Claus Möller)

denke, darüber wird im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Sparkassengesetzes weiter zu sprechen sein.

Schleswig-Holstein wird mit dem dargestellten Finanzierungskonzept die Konjunktur eher stabilisieren und nicht zusätzlich stören. Gleichwohl halten wir am Konsolidierungskurs fest, um das Vertrauen in politische Gestaltungsräume auszubauen.

Gestern hat das Kabinett die Auswirkungen der Steuerschätzung beziehungsweise eine Nachschiebeliste beraten, die heute dem Landtag per Internet zugegangen ist. Es besteht ausreichend Zeit zur Beratung dieser Nachschiebeliste. Ich sehe daher keinen Grund, die Haushaltsberatungen auf das nächste Jahr zu verschieben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich möchte nun auf der Tribüne die Besuchergruppe des Altenklubs Großenaspe begrüßen.

(Beifall)

Ich erteile jetzt zum Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein Herrn Minister Professor Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Anschluss an die Regierungserklärung des Kollegen Möller unter Bezugnahme auf Ihren Antrag noch einige ergänzende Informationen und Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein geben.

Zunächst gibt es - das hat der Kollege Möller deutlich gemacht - keinen Zweifel: Die **konjunkturelle Abschwächung** weltweit, in Deutschland und in Schleswig-Holstein ist stärker ausgefallen als erwartet. Die Abschwächung in den USA, die schon vor den Terroranschlägen vorhanden war, ist durch die Ereignisse des 11. September und deren Folgen deutlich verstärkt worden. Für das laufende Jahr rechnen die Experten - DIW, Sachverständigenrat, Steuerschätzung - mit Wachstumsraten von 0,6 bis 0,8 %. Wann im nächsten Jahr die Erholung einsetzt, wird unterschiedlich beurteilt. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Niemand von uns kann eine exakte Prognose abgeben.

Auch Schleswig-Holstein wurde von der Abschwächung voll erfasst. Die bis Ende August vorliegenden Zahlen sprechen dafür, dass wir auch in Schleswig-Holstein in diesem Jahr nur ein sehr geringes Wachs-

tum erreichen. Die Zahlen des verarbeitenden Gewerbes bis Ende August sagen aus: plus minus null für das verarbeitende Gewerbe. Das ist eindeutig zu wenig. Ausschlaggebend dafür ist insbesondere die ungünstige Entwicklung in der Bauwirtschaft, die sich auf etwa minus 10 % beläuft, sowie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Elektrotechnik. In diesen Spezialbereichen ist ein Minus von 10 % bis 60 % zu verzeichnen. Das ist natürlich nicht durch andere Branchen vollständig zu kompensieren.

Dennoch besteht für überzogenen Pessimismus kein Anlass. Mehrere Unternehmensbefragungen in Schleswig-Holstein - übrigens auch die Börsenmärkte - zeigen: Es gibt gute Chancen, dass schon bald - auch in Schleswig-Holstein - eine gewisse **Erholung** einsetzt. Wir sind alle gut beraten - das sage ich auch in Ihre Richtung -, die Entwicklung nicht schlechter zu reden, als sie ist. Auch für konjunkturpolitischen Aktionismus - das hat der Sachverständigenrat in seinem neuesten Gutachten sehr deutlich gesagt - besteht kein Grund.

Es kommt darauf an, alles dafür zu tun, dass die Wachstumskräfte gestärkt werden. Dazu gehört meiner Ansicht nach, dass die Gebietskörperschaften die Investitionen verstetigen, dass die Flexibilität der Arbeitsmärkte erhöht wird und dass die Tarifpartner durch verantwortungsvolle Tarifabschlüsse einen entsprechenden Beitrag leisten.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, warten Sie doch einmal ab! - Auch in Schleswig-Holstein können wir einen wesentlichen Beitrag leisten und wir tun es. Allein im **Einzelplan 06** erhöhen wir die **Investitionsausgaben** bereits in diesem Jahr und im nächsten Jahr nochmals um 15 Millionen €. Das ist im Moment der wichtigste Beitrag für die **Bauwirtschaft**, den wir leisten können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Investitionen für die Verkehrsinfrastruktur in diesem Jahr erreichen einen Höchststand. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Bauwirtschaft.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Bundesmittel!)

- Das sind nicht nur Bundesmittel, sondern auch Mittel des Landes und der Kommunen.

Im **Regionalprogramm**, das im Wesentlichen ein Zukunftsinfrastrukturprogramm ist, haben wir für dieses Jahr bereits mehr als 18 Millionen € für Infrastrukturprojekte bewilligt. In der letzten Woche haben wir in Geesthacht ein äußerst wichtiges Projekt eröffnet, nämlich das Gründer- und Innovationszentrum

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Geesthacht bei der GKSS. Das ist ein wichtiger Beitrag dafür, dass die Technologien in Schleswig-Holstein weiter gefördert werden und Gründer eine Chance erhalten.

Mit all diesen Maßnahmen unterstützen wir den Bau, das Handwerk und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zugleich - danach fragen Sie ja auch immer - helfen wir der Bauwirtschaft dadurch, dass wir gemeinsam die illegale Beschäftigung bekämpfen und uns für faire Vergabebedingungen einsetzen. Wir haben das in diesem Hause diskutiert. Der Bund bereitet ein Vergabegesetz vor.

Des Weiteren tragen wir mit dem gesamten Instrumentarium des Landes, des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums, und unserem Bürgerschaftsinstrumentarium dazu bei, dass Unternehmen, die im Moment konjunkturell in Schwierigkeiten geraten, diese Schwierigkeiten überleben. Bestes Beispiel ist für mich in jüngster Zeit die Rettung der Flensburger Fahrzeugwerke, wo wir es geschafft haben, mehr als 300 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu retten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben, über den Bürgerschaftsrahmen des Schiffbaus hinaus, einen **Bürgerschaftsrahmen** von 750 Millionen DM für Schleswig-Holstein, mit dem wir diese Fälle abfedern können. Dieser ist übrigens unverzichtbar. All dies und noch viel mehr, was ich nicht im Einzelnen darstellen kann - Existenzgründungsförderung, Technologieförderung - verbessert unseren Standort und damit die Wachstumsperspektiven für die nächsten Jahre.

(Beifall bei der SPD)

Das ist im Moment das Wichtigste, was wir leisten können.

Die Fakten zeigen, dass Schleswig-Holstein trotz der konjunkturellen Abschwächung als **Wirtschaftsstandort** immer attraktiver wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was?)

Die Zahlen belegen, dass die ausländischen Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein seit 1992 kontinuierlich anwachsen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Weniger als woanders!)

Die Fakten belegen, dass die Gründerzahlen in Schleswig-Holstein hervorragend sind. Im ersten Halbjahr des Jahres 2001, Herr Kubicki, liegen wir mit unseren **Gründerzahlen** im Vergleich der Flächenländer wieder an Platz 1. Das heißt, hier haben wir auch mit den Instrumenten, die ich genannt habe, eine große Gründungsdynamik erreicht. Es wäre

schön, wenn auch Sie dies gegenüber den Gründern anerkennen würden.

(Beifall bei der SPD)

Branchen wie die Chemie, der Maschinenbau, die Metallindustrie, die Medizintechnik und die Optik wachsen mit hohen Zuwachsraten auch in diesem Jahr. Das heißt, dass wir Brancheneffekte haben, die wir berücksichtigen müssen. Wir betreuen zurzeit einige hochinteressante Investitionsprojekte, die einen größeren Umfang haben und belegen, dass sich auch Investoren für dieses Land interessieren, bei denen kurzfristig mit Ergebnissen gerechnet werden kann.

Ich fasse zusammen: Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein ist auf einem guten Wege. Mit den genannten Maßnahmen gibt es gute Chancen, dass wir im Jahr 2002 einen Aufschwung auch in Schleswig-Holstein wieder erreichen, der uns wieder mehr Arbeitsplätze bringen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Freitag der letzten Woche haben der Bundesfinanzminister und auch diese Landesregierung, Frau Simonis, die Quittung für ihr Nichthandeln in der Vergangenheit bekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ aus Finanzexperten und Wirtschaftswissenschaftlern hat **Steuermindereinnahmen** von insgesamt 32 Milliarden DM prognostiziert. Das ist ein riesiger Brocken und besonders hart trifft er Schleswig-Holstein. Allein in diesem Jahr, Herr Minister, werden nämlich noch 165 Millionen DM fehlen und unweigerlich zu einem **Defizit am Jahresende** führen, einem Defizit, das neben den Zinsen für die gewaltigen Schulden, die Sie aufgetürmt haben, neben den unendlichen vielen Verpflichtungsermächtigungen, neben den hohen Mieten, die Sie nach dem Immobiliendeal an die GMSH zu zahlen haben, und neben den Leasingraten die Haushalte der kommenden Jahre zusätzlich belasten wird. Aber im nächsten Jahr kommt es dann noch dicker: 232 Millionen DM werden uns fehlen.

Doch damit nicht genug. Hinzurechnen müssten Sie eigentlich noch einen Betrag von 60 Millionen €, Herr Minister, also insgesamt rund 120 Millionen DM, um

(Martin Kayenburg)

die Sie sich im Haushaltsentwurf nämlich reicher gerechnet und entgegen den Berechnungen der Mai-Steuerschätzung den Haushaltsentwurf nach oben manipuliert haben. Witzigerweise fehlt dies in der Grafik, die Sie zur Unterrichtung an die Journalisten verteilt haben. Dort haben Sie diese 60 Millionen € nicht ausgewiesen. Dieses Verfahren erinnert mich, Herr Minister, stark an die Jahre, in denen Sie die Steuerschätzungen immer gern um ein paar Millionen nach oben verbessert haben, und waren die Mehreinnahmen nicht ganz so hoch, dann hat sich Rot-Grün schöngerechnet und dann war der Kollege Neugebauer doch stets der Erste, der von katastrophalen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen gesprochen hat.

2002 stehen wir vor genau derselben Situation. Die Steuereinnahmen werden nämlich auch im nächsten Jahr steigen, nur eben nicht ganz so heftig, wie Rot-Grün uns das glauben machen will. Die nächste Haushaltskrise ist vorprogrammiert. In Ihrer naiven Hoffnung, die Konjunktur könnte ausgerechnet in Schleswig-Holstein frühzeitig anspringen, sind Sie völlig auf dem Holzweg. In den Zeitungen stehen die Aussagen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute: Ein Ende der Rezession nicht in Sicht, 2002 geht die Flaute weiter. Die fünf Weisen: 2002 bringt nur 2 % Wachstum. Das eigene Statistische Landesamt sagt: weiter Konjunkturschwäche im verarbeitenden Gewerbe. Wie eigentlich wollen Sie dann davon ausgehen, dass Sie eine konjunkturelle Entwicklung haben, die Sie aus dem Dilemma herausbringt, in das Sie sich selbst hineinmanövriert haben?

(Beifall bei CDU und FDP)

Der tatsächliche Verlust für den Haushaltsentwurf 2002 wird also gegenüber ihren eigenen Erwartungen bei rund 350 Millionen DM liegen. Das ist bei einem Gesamtetat von 9,5 Milliarden € oder umgerechnet 18,5 Milliarden DM, Herr Minister, ein lächerlicher Betrag von lediglich 2,3 % der Nettoausgaben, die Sie nicht decken können und die diesen Haushalt ins Wanken bringen. Wo eigentlich sind wir denn, wenn ein Haushalt so unsolid finanziert ist, dass ein solch geringer Betrag ihn ins Wanken bringen kann? Wenn dies der Fall sein sollte, dann haben Sie Ihre Schularbeiten in der Vergangenheit in der Tat nicht gemacht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, ich will dies gerne an einem Beispiel verdeutlichen. 2,5 % von Dienstbezügen von zum Beispiel 280.000 DM machen 6.500 DM aus. Ich glaube nicht, dass irgendjemand bei dieser Relation wegen eines solchen Betrages den Offenbarungseid leisten müsste. Genau in dieser Situation ist der Landeshaushalt, und dies alles, obwohl - da will ich Ihnen überhaupt nicht widersprechen - in den letzten Jahren

die Steuereinnahmen gestiegen sind, Herr Minister. In unseren Entschließungsanträgen haben wir deutlich nachgewiesen, was zu verändern wäre, um einen sachgerechten Haushalt zustande zu bekommen. Sie hatten aber über diese Steuereinnahmen hinaus zusätzliche erhebliche Einnahmen aus Krediteinnahmen, aus dem Verkauf von Tafelsilber, aber gereicht hat es bei Ihnen nie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Sie haben Jahr für Jahr über Ihre Verhältnisse gelebt. Es wurde konsumiert statt investiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Als Folge haben wir heute nicht nur die schlechtesten finanzwirtschaftlichen Daten aller westdeutschen Flächenländer, sondern gleichzeitig auch die schlechtesten wirtschaftspolitischen Daten. Offenbar wird verzweifelt nach Auswegen gesucht. Anders kann ich mir die Idee der Kollegin Heinold nicht erklären, einfach noch mehr **Schulden** zu machen. Das Ziel, im Jahr 2008 eine Neuverschuldung von null zu haben, ist doch sowieso nicht mehr zu halten. Herr Minister, da spricht doch Ihre Äußerung im NDR vom 25. Oktober Bände. Da haben Sie gesagt, dass Herr Eichel bis zum Jahre 2006 die Neuverschuldung eben nicht auf null setzen könne, und bezeichnenderweise ergänzt: Unser Ziel, bis zum Jahre 2008 auf eine Neuverschuldung von null zu kommen, müsse im Lichte der Steuerschätzung überdacht werden.

Geben Sie doch zu, dass Sie dieses Ziel längst aufgegeben haben, dass Ihnen an Stabilität überhaupt nichts mehr liegt, dass Sie über Ihre Verhältnisse leben, dass Sie dieses Land an den Rand des Ruins führen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier werden munter drauf Schulden gemacht - auf Kosten der künftigen Generationen. So hat natürlich auch Frau Kollegin Heinold keine Bedenken, kurzerhand schwerwiegende Störungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes festzustellen und damit das Versagen von rot-grüner Landespolitik in diesem Lande zu kaschieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind die Störungen!)

Ich glaube, Frau Heinold, Sie haben damit zwar Recht, aber der Finanzminister will Ihnen, wie er eben gesagt hat, auf diesem Wege nicht folgen. Deswegen werden wir ein Riesenfinanzierungsproblem bekommen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dieser Vorschlag stammt von Ihnen vom vorigen Freitag, das hat nicht Frau Heinold gesagt!)

(Martin Kayenburg)

- Lieber Herr Hentschel, ich kann Ihnen das auch pressemäßig belegen, wenn Sie das wollen. Ich dachte mir schon, dass da ein Widerspruch kommt. Schauen Sie doch in die „KN“ vom 12. November: **Neuverschuldung auf null**, für Grüne kein Dogma. - Lesen Sie dort die Zitate nach! Da ist einerseits das Ziel, die Neuverschuldung auf null zu setzen, aufgegeben worden und zum anderen hat Frau Heinold dort gesagt, dass eine Kreditaufnahme über die Obergrenzen hinaus für sie kein Tabu sei. Was heißt das denn anderes, als dass die verfassungsmäßige Grenze angesprochen ist und das ein Fall nach Artikel 53 ist! Warten wir einmal ab, wie Sie die Finanzierung ansonsten zurecht bekommen wollen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie einmal vor, was in Ihrer Pressemitteilung vom Freitag steht!)

Aber Herr Möller hat doch andere Ideen und Sie werden sich genau wie in Berlin beugen. Sie sind, weil Sie an der Regierung bleiben wollen, bereit, sich so krumm zu legen, wie man sich das gar nicht vorstellen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Möller will einfach auch noch das letzte **Tafelsilber** verscherbeln, um Haushaltslöcher zu stopfen. Also munter weiter wie bisher! Alles andere hätte mich bei Ihnen auch völlig überrascht, Herr Minister.

Ich weiß natürlich genau, dass auch wir seit einigen Jahren vorschlagen, entbehrliches Landesvermögen zu veräußern, aber keinesfalls um konsumtive Haushaltslöcher zu stopfen - das ist der qualitative Unterschied -,

(Beifall bei CDU und FDP)

sondern um einen **konsequenten Schuldenabbau** zu betreiben. Herr Möller, Ihr neuer Coup, der Ihnen vermutlich von den Herren der Landesbank eingeredet worden ist, ist zwar unter dem Titel Kooperation mit Hamburg durchaus sinnvoll, er bringt Sie aber Ihrem haushaltspolitischen Ziel, die Neuverschuldung bis 2008 auf null zu fahren, überhaupt nicht näher. Außerdem können Sie bis heute nicht einmal einen Käufer benennen. Wenn Sie das so machen wie bei der LEG oder bei dem Verkauf der Flughafenanteile, ist das ein Vabanquespiel, das im nächsten Jahr möglicherweise gar nicht zu Ergebnissen führt. Sie können keine Garantie dafür geben, dass Sie die Erlöse im nächsten Jahr erzielen werden.

Wie ist denn eigentlich der marktgerechte Preis für die Anteile, die Sie veräußern wollen? Sind das bei 5 % 200 Millionen DM?

(Minister Claus Möller: Habe ich ja nicht gesagt!)

- Das haben Sie nicht gesagt? - Dann müssen Sie einmal Ihre Pressemitteilungen überprüfen. - Oder ist das ein Preis, den Sie den Erfordernissen des Haushalts angepasst haben? Oder ist das ein Preis, den Sie möglicherweise dadurch gewonnen haben, dass Sie einmal ein Wertgutachten erstellt haben, was zu erzielen wäre, wenn diese Anstalt eine Aktiengesellschaft wäre?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Da müssen Sie bitte noch einmal mit ein paar Antworten rüberkommen, bevor das, was Sie hier vorschlagen, plausibel wird. Bis jetzt ist das nur Verkauf von Tafelsilber, bis jetzt ist das das Stopfen von Haushaltslöchern mit den falschen Mitteln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auf die nahe liegende Idee zu gucken, was man denn sparen kann, sind Sie nicht gekommen. Ihre ganze Ohnmacht wurde eben wieder deutlich: Sie haben uns aufgefordert, Ihnen Vorschläge zu machen, an welcher Stelle wir zum Beispiel Fördermittel streichen sollten. Das ist Aufgabe der Regierung. Sie müssen Vorschläge machen! Dann werden wir prüfen, ob das, was Sie vorhaben, sachgerecht ist oder nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dieses Schwarze- oder Rote-Peter-Spiel kennen wir seit langem, es hilft aber nicht weiter. Sie sind nicht in der Lage, Ihre Schularbeiten zu machen.

Sie haben in der Vergangenheit unsere warnenden Stimmen überhört. Sie ignorieren auch locker den Landesrechnungshof, der wieder einmal festgestellt hat, dass Sie weder die Trendwende geschafft haben noch bereit sind, nicht über Ihre Verhältnisse zu leben. Die Ausgaben liegen wieder deutlich höher als die Einnahmen. Daran ändert auch Ihre kreative Finanzpolitik überhaupt nichts.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und nun kommen Ihre Vorschläge!)

Wir schließen uns der Auffassung des Rechnungshofs an, Herr „Schuldenbauer“,

(Beifall bei der CDU)

und sind der Meinung, dass wir weniger Geld ausgeben und nicht so unverantwortlich auf Kosten anderer Generationen leben sollten.

(Beifall bei der CDU)

Hören Sie doch endlich auf, alles und jeden im Lande beglücken zu wollen! Beschränken Sie sich auf die wirklich notwendigen Maßnahmen! Fangen Sie doch

(Martin Kayenburg)

endlich ernsthaft mit dem Sparen an! Dann werden Sie auch Erfolg haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, die traurige Bilanz Ihrer Finanzpolitik, für die Sie persönlich schon seit 13 Jahren die Verantwortung tragen, liegt auf der Hand. Die Finanzlage ist zu großen Teilen selbstverschuldet. Frau Simonis, Sie müssten doch eigentlich wissen - als Volkswirtschaftlerin lernt man das doch genauso wie bei der Betriebswirtschaft im ersten Semester -, was wir jetzt tun müssen: Investieren, investieren und noch einmal investieren. Herr Minister, **Investitionsmittel als Konjunkturprogramme** schlechtzureden, zeigt, dass Sie den Weg noch nicht verstanden haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will nur darauf hinweisen, dass es Ihnen doch zu denken geben müsste, Frau Simonis, dass alle westdeutschen CDU- und CSU-regierten Bundesländer und sogar Sachsen glänzend dastehen, während es bei Rot-Grün nach wie vor finster aussieht. Dafür muss es doch Gründe geben! Sie haben in Schleswig-Holstein jahrelang die Rahmenbedingungen gesetzt. Herr Minister, anders als Sie es sehen, sind die Unternehmer aus dem verarbeitenden Gewerbe abgeschreckt worden, nach Schleswig-Holstein zu kommen. Nennen Sie mir doch bitte einmal ein größeres Automobilunternehmen, das zum Beispiel die Idee gehabt hätte, sich in Schleswig-Holstein anzusiedeln!

(Lachen bei der SPD)

Bei Ihren Zahlen haben Sie wohl die eine Spalte mit der anderen verwechselt oder nur eine gesehen. Schauen Sie doch einmal, was der Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Schleswig-Holstein an Veränderungen im ersten Halbjahr festgestellt hat: Bei der Bruttowertschöpfung im **verarbeitenden Gewerbe** haben wir real ein Minus von 0,5 %. Nichts von den positiven Zahlen, die Sie haben. Im verarbeitenden Gewerbe real minus 0,5%! Das sind die Fakten; Fakt sind nicht die Zahlen, die Sie uns hier verkaufen wollten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich räume durchaus ein, dass es Ihnen gelungen ist, einige Unternehmen des neuen Marktes nach Schleswig-Holstein zu holen, und dafür gebührt Ihnen auch Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber dies waren zum Teil leider nur Eintagsfliegen und viele, die ihre Hoffnungen auf den neuen Markt gesetzt haben, sind enttäuscht worden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir werden es im Lande erzählen, was Sie hier sagen, wie Sie hier die Unternehmen schlecht reden!)

In der Zwischenzeit haben die klassischen Unternehmen, die **klassischen Gewerbe** im Lande Nachteile gehabt. Schauen Sie in die Werftindustrie, schauen Sie in die Bauwirtschaft, schauen Sie in die Ernährungsindustrie! Die sind vernachlässigt worden und hier hat diese Landesregierung den Unternehmen das Leben schwer gemacht.

Ich möchte das mit ein paar Stichworten begründen. Haben Sie denn vergessen, was Sie in den letzten Jahren beschlossen haben: Grundwasserentnahmeabgabe, Oberflächenwasserentnahmeabgabe, Müllmark, Fleischbeschaugebühren, und bei der Werftenhilfe haben wir als einziges Küstenland nicht die Komplementärmittel gebracht, um die Bundesmittel voll auszuschöpfen. Das ist das eigentliche Problem dieser Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP - Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben doch eben vom Sparen geredet!)

Herr Minister, hinzu kommt, dass die Situation nicht besser wird. Wir werden, wie die wirtschaftswissenschaftlichen Institute gesagt haben, kein Anspringen der Konjunktur vor der zweiten Jahreshälfte erleben. Wir werden zusätzlich - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Martin Kayenburg [CDU]:

Ungern mitten im Satz, aber bitte!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kayenburg, ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass alle Ihre Änderungsvorschläge Mehrausgaben sind und keine Einsparungen?

Herr Hentschel, ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass alle unsere Änderungsanträge, Entschließungsanträge und vieles mehr, was wir hier vorgeschlagen haben, sukzessive, aber viel zu spät von dieser Landesregierung übernommen worden sind?

(Beifall bei CDU und FDP)

Hätte man das sofort gemacht, wäre die Situation insgesamt besser.

(Martin Kayenburg)

Wenn Sie in die Statistiken hineinschauen - ich habe hier einige zitiert -, werden Sie feststellen: Wir werden eine **Zunahme der Arbeitslosigkeit** haben. Wenn sich Herr Möller hier hinstellt und beispielsweise die Steuermehreinnahmen bei den reinen Landessteuern des letzten Jahres positiv darstellt, soll er auch einmal sagen, woher das Geld gekommen ist. Herr Minister, das war die Lotteriesteuer, das war die KFZ-Steuer und das waren allein 43 % aus der Erbschaftsteuer. Da frage ich: Ist das ein nachhaltiges Steueraufkommen, ist das ein Steueraufkommen aus dem verarbeitendem Gewerbe, aus gesunder Industrie? Oder ist das bei der Erbschaftsteuer oder bei der Lotteriesteuer nicht eher ein Zufallsprodukt? Seien Sie im Umgang mit Ihren Zahlen bitte ehrlich! Dann sind wir auch bereit, mit Ihnen über Änderungen in den Entwürfen zu diskutieren.

Hinzu kommt, dass die mittelständische Wirtschaft schwer belastet worden ist durch Gesetze, die Berlin zu verantworten hat. Hier ist Berlin aber nicht allein in der Verantwortung. Das 630 DM-Gesetz, das geänderte Kündigungsschutzgesetz und auch die Erweiterung der Mitbestimmung haben Sie, Frau Simonis, im Bundesrat mitgetragen und das sind die Bestimmungen, die unserer Wirtschaft, unserem Mittelstand im Lande Schwierigkeiten bereiten und dazu führen, dass wir kein Wachstum haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Versagen der Politik wird durch konkret messbare Zahlen bewiesen, Herr Minister. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe liegt im September 2001 um circa 2.000 niedriger als im Jahr 2000. Das ist ein Minus von 1,5 %. Im Baugewerbe haben wir im gleichen Zeitraum ein Minus von 12 %. Die Zahl der Arbeitslosen hat im Oktober mit über 111.000 einen neuen Höchststand erreicht und liegt damit um nahezu 5.200 über den Arbeitslosenzahlen des Vorjahres. Wir haben hier eine Steigerung von 5 %.

Was Ihre Zahl zu den **Unternehmensgründungen** anlangt, kann ich gern eine Zahl daneben setzen: Die Zahl der Insolvenzen ist um 12 % gestiegen, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie nun wissen wollen, was da passiert ist, müssen Sie sich die Existenzgründungen schon einmal genauer betrachten. Es sind im Wesentlichen Ein-Mann-Unternehmen, die zwar dazu beigetragen haben, dass die Zahl der Unternehmensgründungen gestiegen ist, aber zum realen Bruttosozialprodukt ist dadurch verdammt wenig beigetragen worden. Es ist aber unser Ziel, hier zu erhöhen und nicht an anderer Stelle.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie beherrschen das klassische Einmaleins der Wirtschaftspolitik nicht. Sie versagen nicht nur beim Schaffen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen, sondern auch in der **Förderpolitik**.

Ich will noch Folgendes sagen. Was ist eigentlich bei „ziel“ passiert, Frau Ministerpräsidentin? Sie, Frau Simonis, werden „ziel“ nie erreichen. Bei „ZAL“ haben Sie inzwischen auch gekürzt, wie übrigens auch bei „ASH“. Das Trauerspiel um die LSE-Projekte hat Herr Möller hier selber angesprochen.

Sie schaffen es doch nicht einmal, lächerliche vier Prozentpunkte Förderung aufzubringen, um damit 14 Millionen DM zu generieren, die Sie jetzt verschenken. Das ist das eigentliche Problem. Glauben Sie nicht, dass Ihnen der ländliche Raum das vergessen wird!

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Kommunalwahl steht vor der Tür.

Ihre gesamte Förderpolitik ist konzeptionslos, sprunghaft und diffus. Sie fertigen weder eine sachgerechte Bedarfsanalyse, noch gibt es im Nachhinein Effektivitätsprüfungen.

Ich finde, das ist traurig genug, wenn da nicht noch das sehr viel traurigere Kapitel **Infrastruktur** wäre. Die Bahnwelt endet immer noch in Hamburg, eine Autofahrt nach Heide bleibt nach wie vor ein Tagesausflug,

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

die A 20 kommt nicht von der Stelle. Wer die Presse heute gesehen hat, wird gelesen haben, dass wir erneut eine Verzögerung bekommen werden. Herr Minister, warum sind Sie nicht so weit wie die Niedersachsen, die inzwischen offenbar eine Festlegung getroffen haben? Die liegt leider nicht ganz auf der Linie Glückstadt, aber warum sind Sie nicht so offen und sagen, Niedersachsen hat eine Präferenz und wir schließen dort jetzt an?

Ich habe den Eindruck, hier wird nach wie vor gepokert und verzögert. Ergebnisse finden wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir erkennen dabei gern an, Herr Minister, dass Sie zum Beispiel - jetzt will ich das wiederholen, was ich eben gesagt habe - einige unserer Forderungen übernommen haben - zum Beispiel beim Ausbau der A 7. Nur, auch das sind bis heute Ankündigungen.

(Martin Kayenburg)

Herr Professor Rohwer, ich sage: Sie sind der sympathischste Ankündigungsminister aller Zeiten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Und dort, wo Sie eben Investitionsmittel, Fakten und Bauten genannt haben, handelt es sich in großen Teilen um Mittel des Bundes oder auch um Mittel der Kommunen. Von daher schmücken Sie sich an der Stelle leider auch ein Stück weit mit fremden Federn.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich fasse zusammen: Diese Landesregierung setzt die falschen Rahmenbedingungen, sie versagt in der Förderpolitik, sie vernachlässigt die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen. Frau Simonis, Sie sind einfach nicht in der Lage, die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

(Beifall bei CDU und FDP - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Textbaustein kennen wir schon!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde in meinem Redebeitrag auf die Ergebnisse der Steuerschätzung und auf den Antrag der CDU-Fraktion auf Verschiebung der Haushaltsentscheidung eingehen. Mein Kollege Klaus-Dieter Müller wird dann auf die wirtschaftliche Entwicklung eingehen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Erste Bemerkung, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn ich jetzt den Redebeitrag des Oppositionsführers Revue passieren lasse, zeigt sich die gesamte Widersprüchlichkeit die Situation der CDU.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Fazit lautet: Auf der einen Seite mehr Ausgaben fordern, auf der anderen Seite die Regierungsparteien in Kürzungen übertreffen, aber keine Gesamtkonzeption, die dahinter steckt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Bemerkung, Herr Maurus! Ich habe heute der Presse entnommen, dass Herr Kayenburg zu Gesprä-

chen über den Haushaltsentwurf 2002 bereit ist. Ich bin für die SPD-Fraktion wie in der Vergangenheit bereit, mit Ihnen dieses Gespräch zu führen, und hoffe, dass wir in einigen wesentlichen Punkten eine gemeinsame Schnittmenge hinbekommen werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir versuchen es!)

- Danke schön.

Die SPD beabsichtigt, den Haushalt 2002 im Dezember zu verabschieden. Wir wollen die **Vorgaben der Verfassung** erfüllen. Wir sehen keine Veranlassung, eine **Verschiebung** auf den Januar 2002 zu erwägen, was ohnehin mit neuerlichen Nachteilen für die geplanten Investitionstätigkeiten des Landes verbunden wäre. Ich nenne hier als Stichwort nur die so genannte Zwölfteiwirtschaft.

An den Ergebnissen der **Steuerschätzung** vom 9. November gibt es nichts zu beschönigen. Es ergibt sich für das Haushaltsjahr 2001 ein **Einnahmeminus**, bedingt durch zurückgehende Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen. Dies vollzieht sich auch im Haushaltsjahr 2002. Ich verzichte darauf, hier auf die Zahlen einzugehen; die hat der Finanzminister genannt.

Wir werden die Beratungen in den nächsten Tagen dazu benutzen, einen Vorschlag zu entwickeln, der dem Landtag vorgelegt wird und am 12. Dezember entschieden werden kann.

Eines kann ich aber heute schon für die SPD-Fraktion in aller Deutlichkeit erklären, um Spekulationen in verschiedenen Richtungen den Boden zu entziehen: Wir denken nicht daran, die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts nach § 18 der Landeshaushaltsordnung zu erklären. Dafür gibt es keine Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ebenso wenig denken wir daran, wie von anderer Seite vorgeschlagen - Deutscher Gewerkschaftsbund! -, den Bund um Hilfe zu bitten. Hierfür gibt es ebenfalls keine Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden aus eigener Kraft einen Vorschlag entwickeln, um einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Es geht im Augenblick nicht darum, dem hohen Haus innerhalb von wenigen Stunden quasi Schnellschüsse vorzulegen, sondern in den nächsten zwei Wochen werden wir als Fraktion über mögliche weitere Kürzungen beraten.

(Lothar Hay)

Entgegen anderen Positionen sind wir der festen Auffassung, dass an der **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte** kein Weg vorbeiführt. Das ist nach wie vor unser Ziel.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Die Lösung, Frau Strauß, wird in einem Mix aus höherer Kreditaufnahme, zusätzlichen Kürzungen und weiteren Maßnahmen zu suchen sein.

Wäre die Situation insgesamt nicht so bitter, so könnte man erfreut sein, dass sich die Finanzkraft Schleswig-Holsteins im Länderfinanzausgleich auf rund 95 % verbessert hat. Darauf bin ich eben schon kurz eingegangen.

Die **konjunkturbedingten Einnahmeausfälle** sind für Bund und Länder eine starke Belastung und treffen auch - das sollten wir nicht vergessen - die **Kommunen** erheblich. Zusätzlich bringt für die kommunale Ebene der Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen noch erhebliche zusätzliche Belastungen.

Diese Steuerschätzung ist das Ergebnis von konjunkturellen Einbrüchen in zahlreichen Industrienationen. Den USA, Japan und vielen anderen Ländern geht es nicht anders; ihnen geht es ähnlich wie der Bundesrepublik Deutschland.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die reagieren aber anders darauf!)

Hatte man zur Jahresmitte noch die Hoffnung, dass das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik auf vielleicht nur 2 % sinken würde, so rechnen wir heute mit einem Wachstum von unter 1 %. Das ist natürlich auch die Folge des 11. September, aber nicht nur die Folge des 11. September.

(Unruhe bei der CDU)

Die Einschätzung des Bundesfinanzministers stimmt, dass externe Faktoren eine entscheidende Rolle spielen. Man muss natürlich auch einräumen - Sozialdemokraten sind immer in der Lage, auch selbstkritisch zu sein -, dass sich die **Steuerreform** anders ausgewirkt hat als erhofft. Der Finanzminister hat schon darauf hingewiesen, dass die Körperschaftsteuer dramatisch abgesunken ist, sodass man die Körperschaftsteuer zumindest zurzeit als Bagatellsteuer bezeichnen kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann ist die Tabaksteuer das auch!)

Selbst für Fachleute sind die deutlichen **Einbrüche**, die es bei der **Umsatzsteuer** gegeben hat, unerklärlich. Der Steuerschätzer Alfred Boss vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel erklärte - ich zitiere wörtlich -:

„Wir alle tapen, was die Mehrwertsteuer betrifft, im Dunkeln.“

Auch hier müssen wir von Korrekturen für das laufende Haushaltsjahr ausgehen.

Dies macht deutlich - ich glaube, das könnte man auch insgesamt im hohen Haus akzeptieren -, dass in Zukunft die Entwicklungen zunehmend unkalkulierbarer werden und die bisherigen Erklärungsmuster, die wir so gern aufgreifen, nicht mehr ausreichen, um solche Entwicklungen ausreichend zu charakterisieren.

Ich bin mir persönlich sicher, dass angedachte **kreditfinanzierte Konjunkturprogramme** angesichts zunehmender Globalisierung und abnehmender Bedeutung der einzelnen Volkswirtschaften keine wirkliche Verbesserung der Situation bringen werden. John Maynard Keynes ist tot und seine Wirtschaftstheorie lohnt es sich aus meiner Sicht nicht wieder zu beleben; sie wird nicht den erhofften Erfolg bringen.

(Beifall bei der SPD - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Das heißt: Zusätzliche kreditfinanzierte Investitionsprogramme erhöhen die Verschuldung, während kurzfristige Auswirkungen auf die Nachfrage unsicher sind. Dies wird zumindest in dem heute vorgelegten Gutachten der Wirtschaftsweisen ebenfalls so gesehen, die Konjunkturprogramme ablehnen.

Nicht erst die jetzige Entwicklung des Steueraufkommens zeigt, dass durch international agierende Unternehmen in einer globalisierten Wirtschaft die Prognosen für Steuereinnahmen erheblich schwieriger geworden sind. Bereits Entscheidungen einzelner Unternehmen - dies gilt weniger für Schleswig-Holstein als für andere Bundesländer - können erhebliche Folgewirkungen auf die Steuereinnahmen einer Gemeinde oder eines Bundeslandes haben. Wir werden uns also auf die Situation einstellen, dass die **Haushaltsplanung** künftig mit noch größeren **Unsicherheiten** behaftet sein wird und dass sich die haushaltspolitischen Planungen noch stärker an mittelfristigen Orientierungslinien ausrichten müssen. Darin stimmt der Finanzminister mit der SPD-Fraktion voll überein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einigen wenigen Bemerkungen auf den vorgelegten Haushaltsentwurf eingehen und darlegen, was aus unserer Sicht unveränderbar ist: Wir halten trotz der schwierigen Situation an unserem Ziel fest, im Jahre 2002 200 neue Lehrerstellen und 100 neue Referendarstellen im Schulbereich zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lothar Hay)

Trotz der schwierigen Lage werden wir an dem für unser Land notwendigen Sicherheitspaket im Umfang von rund 13 Millionen € festhalten. Das ist die richtige Antwort auf das, was die Bevölkerung auch in Schleswig-Holstein von der Politik erwartet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz der schwierigen Haushaltslage werden wir gemeinsam - ich hoffe, dass das auch gemeinsam im Parlament möglich sein wird - nach dauerhaften finanziellen Lösungen für das dänische Schulwesen in unserem Lande suchen und in dieser Hinsicht erfolgreich sein müssen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Jutta Schümann [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Dies alles zeigt, dass es trotz der katastrophalen Ergebnisse der Steuerschätzung nicht nur darum gehen kann, noch mehr einzusparen, sondern dass auch weiterhin Schwerpunkte unserer Politik aufrechterhalten bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ich habe mit großem Interesse gelesen, welche Alternativen Sie in der jetzigen Situation vorstellen und welche Verkäufe Sie vorschlagen. Da zeigt sich, dass den Vorschlägen des Finanzministers aus Ihrer Sicht nur wenig entgegenzusetzen ist.

Lassen Sie mich ein Wort zum **Verkauf** des fünfprozentigen Anteils an der **Landesbank** sagen. Wir werden uns in der SPD-Fraktion in den nächsten Wochen mit diesem Thema auseinander zu setzen haben. Wir haben dabei das Ziel, dass die Entscheidungen der Landesbank auch in Zukunft in Schleswig-Holstein getroffen werden und dass der Bankenplatz Kiel trotz des Verkaufs in Höhe von 5 % gesichert bleibt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die Koalitionsfraktionen werden den Haushaltsentwurf für 2002 in den nächsten 14 Tagen im Rahmen umfangreicher Beratungen wo nötig ergänzen und wir werden den Haushalt 2002 am 12. Dezember in zweiter Lesung mit Mehrheit in diesem hohen Hause verabschieden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

(Heiterkeit)

- Ist es anders vereinbart? Dann erteile ich Herrn Abgeordneten Müller das Wort.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Wir haben es nicht mehr allein in der Hand!“ So könnte man das Dilemma der Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung bezeichnen. Internationale Entwicklungen beeinflussen einerseits sehr viel stärker als bisher auch regionale Bedingungen. Andererseits verlieren bewährte Steuerungsinstrumente an Wirkung. Auch psychologische Einflussfaktoren spielen ganz offenbar eine sehr viel bedeutendere Rolle als in der Vergangenheit. Die Konsumzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Stimmungseinbruch in der Wirtschaft durch die Terroranschläge in den USA sind in Ausmaß und Nachhaltigkeit doch eher überraschend und in ihrer ganzen Tragweite noch nicht abzusehen.

Dennoch dürfen die **weltwirtschaftlichen Bedingungen** und ihre Auswirkungen auch auf unsere Wirtschaft von den spezifischen Problemen, Herr Kayenburg - ich komme jetzt auf das, was Sie hören wollen -, in unserem Land nicht ablenken.

In seiner wirtschaftlichen Entwicklung bleibt Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr hinter dem Bundestrend zurück. Das muss uns beschäftigen und bedarf der Analyse.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] - Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

- Frau Schmitz-Hübsch, es geht jetzt los und immer schön zuhören, damit man das auch alles mitbekommt!

(Heiterkeit bei der CDU)

Die uns vorliegenden Wirtschaftsdaten für Deutschland aus dem Jahr 2000 sind geprägt durch die besonders starke Expansion der Auslandsnachfrage und den hohen Auslastungsgrad im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe von 88 %. Schleswig-Holstein konnte wegen seiner ganz überwiegend mittelständischen Wirtschaftsstruktur von der Exportkonjunktur nicht so viel profitieren wie andere Bundesländer.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum zitieren Sie nicht Herrn Driftmann? Er hat das Gegenteil gesagt!)

Darüber hinaus gibt es erhebliche Unterschiede in einzelnen Branchen. Man muss Statistiken auch sehr differenziert betrachten, Herr Oppositionsführer. Es stimmt optimistisch, dass nach den Wirtschaftsinformationen der Industrie- und Handelskammer zu Kiel im dritten Quartal 2001 die wirtschaftliche Lage in

(Klaus-Dieter Müller)

Schleswig-Holstein von den Unternehmen überwiegend als befriedigend eingestuft wird. Große Differenzen zeigen sich jedoch bei der Branchenbetrachtung. Vor allem die Bereiche Industrie und Dienstleistungen, aber auch die Kreditinstitute und Versicherungen melden eine noch gute Konjunkturlage. An dieser Stelle sei angemerkt, dass wir es auch mit einem **statistischen Dilemma** zu tun haben. Die konjunkturellen Daten, die das Statistische Landesamt veröffentlicht, betrachten nur das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft, die jedoch nur 30 % der Wirtschaft in Schleswig-Holstein ausmachen, während der noch florierende Dienstleistungssektor mehr als zwei Drittel ausmacht. Erst die Einbeziehung des tertiären Sektors würde realitätsgerechte Daten für Schleswig-Holstein ergeben.

Es bleibt festzuhalten: Die Wirtschaftsentwicklung im Baugewerbe, im Handel und im Verkehrsgewerbe fällt schlecht aus. Besonders die Einzel- und Großhändler sowie das Bauhauptgewerbe gehen von einer fortgesetzten negativen Situation aus. Insbesondere die Situation der **Baubranche** im Norden hat dieses Haus in den letzten Monaten oft beschäftigt. Die Bundesregierung hat jetzt einen Entwurf für eine bundesgesetzliche Regelung vorgelegt, der auch Bestimmungen zur Tarifreue enthält. Wir werden zusammen mit dem Baugewerbe diesen Gesetzentwurf genau überprüfen und sehen, ob es zusätzlicher landesrechtlicher Regelungen bedarf. Mir ist in diesem Zusammenhang die ablehnende Haltung der Opposition, der Bauwirtschaft mit landeseigenen Aktivitäten zu Hilfe zu kommen, nicht klar. Meine Damen und Herren, Sie bellen gern, aber wenn es ernst wird, nehmen Sie Reißaus.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Bösertige Unterstellung! - Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Auch in der für unser Land wichtigen **Ernährungsindustrie** hinterlässt das zurückhaltende Konsumverhalten, dem die Terroranschläge in den USA einen weiteren schweren Dämpfer gegeben haben, ebenso seine Spuren wie BSE und andere Krisen. Günstige Entwicklungen in der Chemie und im Maschinenbau konnten das nicht ausgleichen.

Lassen Sie mich abschließend eine Entwicklung kommentieren, die besonders ärgerlich ist. Schleswig-Holstein leidet zurzeit auch unter seinen Erfolgen bei der Ansiedlung und Gründung neuer **Hightech-Firmen**, vor allem im IT-Bereich. So verdoppelte sich der Jobabbau in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik. Hier machte sich insbesondere die Flaute auf dem Handy-Markt bemerkbar, von dem auch das Motorola-Werk in Flensburg betroffen war.

Im Bereich Datenverarbeitung/Datenbanken stieg die Zahl der Arbeitslosen um 60 %. Schleswig-Holstein war es gelungen, besonders viele junge IT-Firmen ins Land zu holen beziehungsweise die Gründung hier zu unterstützen. Der Niedergang des neuen Marktes trifft Schleswig-Holstein überdurchschnittlich.

Lassen Sie uns aus alledem keine falschen Schlüsse ziehen. Die Informationsgesellschaft bleibt wirtschaftliche Realität. Ein Land wie Schleswig-Holstein muss auf innovative Technologien und Dienstleistungen setzen, auch wenn es zwischenzeitlich Rückschläge gibt. Bernd Rohwers Politik bleibt richtig. Die von ihm hier eben vorgestellten Gründerzahlen und Handelsregisterbewegungen sprechen eine eindeutige Sprache. Herr Kayenburg, wenn Sie dem Minister vorwerfen, er könne das klassische Einmaleins in Bezug auf das Bruttosozialprodukt nicht, so sage ich Ihnen: Wer morgen Bruttosozialprodukt generieren will, muss heute Gründer und neue Firmen ins Land holen!

(Martin Kayenburg [CDU]: Er muss investieren! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das mit dem Einmaleins haben Sie offensichtlich nicht begriffen.

Wichtig bleibt auch, dass man sich in Zeiten rückläufiger Tendenzen antizyklisch verhalten soll. Das gilt für Investitionen in Infrastruktur und Technologien trotz dramatischer Haushaltsentwicklungen genauso wie beim Klima. Herr Kayenburg, wenn Sie die **Verkehrsinfrastrukturpolitik** dieser Landesregierung kritisieren, dann muss ich Ihnen sagen, Sie haben hier 38 Jahre regiert, da mussten wir immer mit Diesel- und Dampfloks durch die Gegend fahren, denn Sie haben nicht einen Kilometer Elektrifizierung in 38 Jahren zustande gebracht.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Man darf sich selbst nicht runterreden, das Klima künstlich verschlechtern - -

(Heinz Maurus [CDU]: Augen auf für die Realitäten, Mensch!)

- Kollegen, ganz ruhig bleiben! Nicht aufregen! Nur zuhören!

(Heinz Maurus [CDU]: Das ist ganz schön dicker Tobak!)

- Ich fange noch einmal an, damit auch der Kollege Heinz Maurus das mitbekommt: Man darf sich selbst nicht runterreden, das Klima künstlich verschlechtern

(Klaus-Dieter Müller)

durch undifferenziertes Kommentieren von Daten und parteitaktischen Pessimismus.

Hören Sie auf die, die etwas von Wirtschaft verstehen! Der Präsident der Unternehmensverbände Hamburg/Schleswig-Holstein, Herr Driftmann, auf seiner diesjährigen Herbstpressekonferenz:

„Das verarbeitende Gewerbe im Norden wird in diesem Jahr 2,7 % nominal mehr umsetzen als 2000.“

(Zuruf von der CDU: Hamburg!)

„Das ist eine reale Steigerung um rund 1,3 % ...“

(Zurufe von CDU und FDP: Hamburg!)

- Hamburg/Schleswig-Holstein!

(Lachen bei der CDU)

- Das ist die Wirtschaftsregion. Lieber Heinz Maurus, wir als Unternehmer unterscheiden da schon nicht mehr.

(Lachen bei der CDU)

Aber davon verstehst du als Fregatten- oder Korvettenkapitän nichts.

Jetzt, bitte schön, zuhören:

„Das ist eine reale Steigerung um rund 1,3 % und das ist ein Datum, das angesichts der sich überstürzenden Negativmeldungen Anlass zu mehr Gelassenheit geben sollte.“

Diese Gelassenheit kann ich Ihnen nur empfehlen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Folgen für den Haushalt eingehe, möchte ich zunächst drei positive Dinge über die Landesregierung sagen.

Erstens. Die Landesregierung hat die Schwäche der Weltkonjunktur nicht verschuldet.

(Heiterkeit bei FDP und CDU - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Selbst Herr Möller schafft das nicht!)

Zweitens. Sie ist nicht verantwortlich für die schwache Konjunktur im Euro-Raum.

(Günter Neugebauer [SPD]: Richtig!)

Drittens. Sie ist auch nicht für die deutsche Konjunkturschwäche verantwortlich.

(Günter Neugebauer [SPD]: Auch richtig!)

Es kommt ein Weiteres hinzu. Wenn ich den Kollegen Kayenburg richtig verstanden habe, hat die Regierung die ganzen Vorschläge der Union übernommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Leider nicht! Nur teilweise!)

Ich will nicht hoffen, dass das eine Erklärung für das Finanzdesaster ist, über das wir uns unterhalten.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Das hat nichts mit erfolgreicher Politik zu tun. Schleswig-Holsteins Anteile am globalen, europäischen und deutschen Bruttoinlandsprodukt sind einfach zu klein, um merklichen Einfluss auszuüben. Die Landesregierung ist aber entscheidend mitverantwortlich für die **strukturellen Nachteile Schleswig-Holsteins**, die die Wirkung des Abschwungs verschärfen, und sie ist hauptverantwortlich für die katastrophale Finanzlage.

Unsere Finanzprobleme sind die Folge 13-jähriger SPD-Regierung inklusive fünfjähriger grüner Mittäterschaft. Das sind 13 Jahre verlorener Chancen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wie sonst wäre es zu erklären, dass Schleswig-Holstein bei allen gesellschaftlich relevanten Indikatoren schlechter dasteht als der Durchschnitt der westdeutschen Länder?

Die Beweisführung ist einfach: Die Landesregierung ist für die Politik des Landes verantwortlich. Wenn es nicht so wäre, dann hätte ja die Opposition die Politik des Landes in den letzten 13 Jahren bestimmt. Oder?

(Günter Neugebauer [SPD]: Dann wäre es noch viel schlechter!)

Kollege Müller, wenn Sie jetzt sagen, der Wirtschaftsminister sei für eigentlich nichts mehr verantwortlich, weil alle anderen dafür verantwortlich sind, ist es der erste Streichposten

(Uwe Eichelberg [CDU]: Für den Haushalt!)

mit etwas mehr als 200.000 DM für die Konsolidierung des Haushalts.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Nein, die Landesregierung trägt erhebliche Schuld an den **strukturellen Nachteilen** unseres Landes und ist ganz allein dafür verantwortlich, dass die Landesfinanzen nur noch ein Kartenhaus ohne Fundament sind, das bei der nächsten Konjunkturschwäche zusammenfällt. Diese Schwäche ist jetzt da. Das Kartenhaus beginnt zu bröckeln. Die Einbrüche bei den Einnahmen treffen uns so hart, weil die Landesregierung schlecht gewirtschaftet hat und nur noch von der Substanz lebt.

Damit niemand auf die Idee kommt, alles auf den 11. September zu schieben, zunächst einmal die Ergebnisse des langjährigen rot-grünen Abwirtschaftens. Die Trends zeigen es deutlich: Wachstum, Arbeitslosigkeit, öffentliche Investitionen, Haushaltsdefizite, Verschuldung und Zinsbelastung des Haushalts - überall ist Schleswig-Holstein im roten Bereich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Spitze!)

Von 1991 bis 2000 wuchs das reale deutsche **Bruttoinlandsprodukt** um 14,8 %, das westdeutsche um 11,2 % und das schleswig-holsteinische um 9,4 %. Im vergangenen Jahrzehnt ist die Wirtschaftsleistung Schleswig-Holsteins zurückgefallen. Das ist kein Ausweis erfolgreicher Politik - auch wenn der Wirtschaftsminister schon mehrfach den angeblich so guten fünften Platz hervorhob.

Herr Minister Rohwer, Sie sollten den Unterschied zwischen ordinalen und kardinalen Skalen kennen. Wenn Sie sich als Professor der Volkswirtschaftslehre schon auf unpassende Vergleiche zurückziehen, um vermeintliche Scheinerfolge der Regierungspolitik zu vermelden, zeigt das, wie schlecht die Lage wirklich ist.

Ähnliches gilt bei der **Arbeitslosigkeit**. Im Jahre 2000 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Deutschland 9,6 %, in Westdeutschland 7,8 % und in Schleswig-Holstein 8,5 %. Im Oktober 2001 hat sich wenig verändert: Deutschland 9,0 %, Westdeutschland 7,2 %, Schleswig-Holstein 8,5 %. Wieder liegen wir auf einem vermeintlich guten 5. Platz, aber wieder unter dem Durchschnitt Westdeutschlands. Die Arbeitslosigkeit ist bei uns langsamer gesunken und jetzt steigt sie wieder.

Entgegen den Behauptungen der Landesregierung ist das ein eindeutiger Beweis dafür, dass die rot-grüne Politik in Schleswig-Holstein keine nennenswerten positiven Effekte auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wo sind denn nun die wirtschaftspolitischen Erfolge? Wo schlagen sich die ständigen Erfolgsmeldungen der

Ministerpräsidentin über Unternehmensgründungen und die Auswirkungen der globalen Nachfrage nach Wellness „made in Schleswig-Holstein“ oder die des Blindgängers „ziel“ nieder? In den gesamtwirtschaftlichen Statistiken sind sie nicht zu sehen. Da wir die Lage eines Wirtschaftsraumes an diesen Indikatoren messen, müssen wir feststellen: Rot-Grün versucht einiges, aber hinten kommt nichts raus - und nur das zählt bekanntlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Bundeskanzler sagt gelegentlich etwas Richtiges, zum Beispiel: „Es gibt weder rote noch schwarze Wirtschaftspolitik, sondern nur gute oder schlechte.“ Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung ist eindeutig eine schlechte.

In der **Finanzpolitik** sieht es nicht besser aus. Im Gegenteil. Jährlich stellt uns die Regierung die gleiche Utopie vor, und das seit mehr als zehn Jahren: Die **Neuverschuldung** soll im Planungszeitraum signifikant sinken und ein paar Jahre nach Ende des Planungshorizonts auf null fallen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Trend der Neuverschuldung zeigt seit 1988 aufwärts: Die Verschuldung steigt von Jahr zu Jahr - egal, ob Aufschwung oder Abschwung. 2002 auch.

Die Landesregierung nimmt eben gern einen Schluck aus der Schuldenpulle: In guten Zeiten, weil es so schön ist, und in schlechten, um sich über die eigenen Versäumnisse hinwegzutrusten.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Bei Alkohol trinkenden Menschen ist das ein deutliches Zeichen der Sucht. Bei der Landesregierung auch: Sie scheint schuldensüchtig zu sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das Ergebnis: Schleswig-Holstein ist Tabellenführer. Kein anderes westdeutsches Flächenland schenkt seinen Bürgern eine so hohe **Pro-Kopf-Verschuldung** wie wir - schon zur Geburt. Dieses Jahr schenkt uns die Landesregierung ein extra großes Paket Schulden - ein Geschenk, an dem die Menschen in Schleswig-Holstein noch Jahre knabbern werden. Denn Staatsschulden heute bedeuten höhere Steuern morgen. Gleichzeitig fressen die Zinsen immer mehr vom Haushalt auf. Schon jetzt sind knapp ein Fünftel unseres Haushaltsvolumens nur Ausgaben für Zinsen.

Die **Nettoneuverschuldung** reicht gerade, um gut die Hälfte dieser Last zu bezahlen. Die Landesregierung macht Schulden, um die Zinsen für alte Schulden bezahlen zu können. Das ist wie beim Trinker, der den Brand mit neuem Stoff betäubt.

(Wolfgang Kubicki)

Wenn das Geld wenigstens einträglich verwendet würde, wäre darüber nachzudenken. Aber die Entwicklung der öffentlichen Investitionen belegt, dass es nicht so ist. Die **Investitionsquote** sinkt von Jahr zu Jahr, die **öffentlichen Investitionen** in Schleswig-Holstein sind auf gut 9 % gesunken, die Investitionen des Landes sogar auf weniger als 7 %. Das hat im Laufe der Jahre wahrscheinlich verhindert, dass mehrere zehntausend Arbeitsplätze entstanden sind.

Jetzt zitiere ich nachdrücklich den ehemaligen Wirtschaftsminister Steinbrück (SPD): Bei Rot-Grün wird aufgenommenes Kapital für Staatsverbrauch verschwendet. Ein Verstoß gegen eine jahrhunderte alte goldene Regel der Finanzierung: Langfristige Verbindlichkeiten sollten nur für langfristig nützliche Vorhaben eingegangen werden. - Dies steht übrigens auch so in der Landesverfassung, Artikel 53.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Recht hat er!)

So sieht es nach 13 Jahren roter Regierung aus; und jetzt droht eine Rezession. Wahrscheinlich ist sie sogar schon da.

Im ersten Halbjahr wuchs unser **Bruttoinlandsprodukt** nur um 0,2 % - übrigens schlechtesten Wert in Westdeutschland. Im zweiten Halbjahr wird es schlechter werden. Schon vor dem 11. September ging es mit der Konjunktur abwärts, und zwar schon lange vorher. Seit dem 11. September geht es schneller bergab.

Exporte und Binnennachfrage brechen weltweit zusätzlich ein, weil die Ereignisse des 11. September die Unsicherheit der Menschen dramatisch vergrößert haben: Weltweit warten Verbraucher und Unternehmen ab und halten sich mit größeren Ausgaben zurück. Die Ausgaben für langlebige Verbrauchs- und Investitionsgüter sinken dramatisch, auch bei uns.

Wir können uns wenden, wie wir wollen: Schleswig-Holstein steht am **Beginn einer Rezession**.

Die Steuerschätzung kann, wenn überhaupt, nur in ihrer Höhe überraschen. Übrigens haben wir - falls man das nachlesen will - die Größenordnung bereits unmittelbar nach der Sommerpause vorhergesagt, weil absehbar war, wohin sich die wirtschaftliche Entwicklung bewegt. Im Abschwung sinken die Einnahmen immer, gleichzeitig steigen die Ausgaben für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit, die automatischen Stabilisatoren wirken normal. Damit muss man rechnen, weil das in jeder Konjunkturschwäche so ist.

(Zuruf des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

- Kollege Plüschau, es wäre gut, auch einmal ein bisschen Volkswirtschaft zu betreiben, sich einmal anzu-

schauen, wie seit 1972 die Konjunkturzyklen ablaufen, das lohnt sich immer. Dann macht man auch nicht solche Zwischenrufe. Nicht nur ich weiß das, alle anderen Beteiligten wissen das im Zweifel auch. Nur wenn ihr das ignoriert und nicht zur Kenntnis nehmen wollt, müsst ihr euch nicht wundern, wenn ihr anschließend überrascht werdet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was wäre denn zu tun gewesen? - Wir fragen wieder den Volksmund, der ja schon erklärt hat: Gefahr erkannt, Gefahr gebannt. Der Volksmund sagt: Spare in der Zeit, dann hast du es in der Not! Durch eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik hätten wir diesen Entwicklungen vorbeugen können. Darin liegt der Unterschied zwischen einer verantwortungsbewussten Regierung und dieser rot-grünen Landesregierung. Die Landesregierung hat die Finanzen so ausgelutscht, dass selbst kleinste Einbrüche große Schwierigkeiten bringen. Als Beispiel sei nur der Nachtragshaushalt genannt, der gemessen am Haushaltsvolumen wegen gut 1 % zusätzlicher Belastungen aufgelegt werden musste. Jetzt kommt ein etwas größerer Einbruch, 3 % zusätzliche Belastungen.

Es rächt sich, dass Rot-Grün die **Konsolidierung der Landesfinanzen** von Jahr zu Jahr aufgeschoben hat, so wie der Trinker, der den Schritt zur Enthaltbarkeit mit müden Ausreden vor sich herschiebt. Weil der rot-grüne Ausgabendrang den Einnahmen immer wegnimmt, musste das **Landesvermögen für die laufenden Ausgaben** erhalten. Seit Jahren warnen sowohl die FDP als auch der Rechnungshof vor den Folgen dieser Unverantwortlichkeit. Was geschieht? - Die Landesregierung verplempert das Vermögen fröhlich weiter. Ich erinnere nur daran: Landesbank 1994 - das Land Schleswig-Holstein hat 1994 fast 50 % Anteile für 570 Millionen DM veräußert; das muss man einmal in Relation zu den Zahlen stellen, die heute im Raum stehen, und fragen, ob das damals ein vernünftiger Verkauf zu einem vernünftigen Preis war -, Provinzial 1995, Preussag-Wohnungen 1997, Immobilien 1998, LEG 2001 - und ich wiederhole, der Verkehrswert wurde von dem Gutachter um 120 Millionen DM höher angegeben als der Kaufpreis, der vereinbart wurde -

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zurufe von der SPD)

und nun wieder Landesbank 2002. Das sind die Stichworte. Weitere Kapriolen wie die gescheiterte **Entbeamtungspolitik** oder geheimnisvolle Löcher im Bildungshaushalt verschlimmern die Lage weiter. Frau Kollegin Kähler, wenn Sie hierher kommen und erklären können, dass die Entbeamtungspolitik den Landeshaushalt Schleswig-Holstein nicht mehrere 100 Millio-

(Wolfgang Kubicki)

nen DM, nicht einen dreistelligen Millionenbetrag gekostet hat, ohne dass wir im Ergebnis etwas davon haben, dann machen Sie das. Die Bevölkerung wird Sie auslachen. Das sind Steuergelder, die für andere Maßnahmen nicht eingesetzt werden konnten. Genau darunter leiden wir heute.

(Heinz Maurus [CDU]: Kann sie nicht! -
Beifall bei FDP und CDU)

Ich komme jetzt zum aktuellen **Haushalt**. Nach den Worten der Landesregierung war schon der erste Entwurf endlich ein wirklicher Einsparhaushalt. Ich zitiere: „Ein... Haushalt der äußersten Selbstbeschränkung ..., ein Haushalt der härtesten Einschnitte und der Konzentration auf das Notwendige und Machbare“, so die Ministerpräsidentin am 17. Juli dieses Jahres. Härteste Einschnitte, das heißt, die Ausgaben sollten im Vergleich mit 2001 inklusive Nachtrag um über 106 Millionen DM steigen. Bezieht man die Nachschiebeliste mit ein, dann sind härteste Einschnitte knapp 105 Millionen DM Steigerung. Nicht Kürzungen, sondern geringere Mehrausgaben - von Konsolidierung keine Spur. Es werden nur die überhaupt nicht finanzierbaren Wünsche auf ein kaum zu finanzierendes Maß verringert.

Und nun die **Steuerschätzung**. Insgesamt entfallen gegenüber der Maischätzung fast 400 Millionen DM, 166 Millionen für das Jahr 2001 und 233 Millionen für das Jahr 2002. Die Ausgaben für das Jahr 2001 sind kaum noch zu kürzen - so der Finanzminister. Die Hypothek auf zukünftige Einnahmen steigt um fast 170 Millionen DM. Wie geht die Landesregierung mit dem **Ausfall** für das Jahr 2002 um? - Die Ausgaben sinken mit der Nachschiebeliste um 1,5 Millionen DM, es bleibt ein Fehlbetrag von über 230 Millionen DM.

Es gibt drei Wege, das zu bereinigen: Mehr Einnahmen, mehr Schulden oder weniger Ausgaben. Mehr Schulden darf die Landesregierung kaum machen, die Verfassung schiebt dem einen „weichen“ Riegel vor. Unverbesserliche Optimisten könnten nun angesichts der Ankündigung „härtester Einschnitte“ an weniger Ausgaben denken - weit gefehlt, die Ausgaben sinken gegenüber dem ersten Entwurf um knapp 6 %. Wie üblich hat sich die Landesregierung gegen Konsolidierung und für mehr Einnahmen entschieden. Die Reste des Vermögens sollen erhalten. Einmalige Einnahmen, um laufende Ausgaben zu decken - so kennen wir Rot-Grün, leider kann man sich wenigstens darauf verlassen. Das vorletzte Juwel neben der Lottogesellschaft ist dran, nämlich die **Landesbank**. Grundsätzlich ist das aus unserer Sicht keine schlechte Idee. Das sage ich ausdrücklich. Das Land braucht keine eigene Bank, das Hauptgeschäft wird außerhalb Schleswig-Holsteins abgewickelt. In der drittgrößten Industriena-

tion der Welt braucht der Staat nicht Bankier zu sein, das können Private besser.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wäre die Vollprivatisierung der Landesbank eine gute Idee, wenn der Löwenanteil der Einnahmen in den Schuldenabbau flösse und auch bei uns bliebe. Das wäre verantwortungsvolle Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Weit gefehlt, die Landesregierung beabsichtigt wie üblich einen panikartigen **Teilausverkauf** mit den entsprechenden Abschlägen, die mit Panikverkäufen immer einhergehen. Als Folge verschlechtern sich selbstverständlich die Ertragsaussichten für eine vollständige Privatisierung der Bank. Dass der Finanzminister das noch als großes strategisches Strukturkonzept verkauft - allerdings sehr geheimnisvoll -, ist nur verständlich, wenn man weiß, dass er keine Struktur im Kopf hat.

(Lachen bei FDP und CDU)

Ich möchte jetzt in allem Ernst den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der SPD, Lothar Hay, ansprechen: Man muss wissen, wenn man unter die 25,05-%-Quote des Anteils des Landes Schleswig-Holstein an der Landesbank geht, verliert man jeden Einfluss und kann nicht mehr steuern, was zukünftig mit der Landesbank passiert. Noch einmal: Wenn man zur Haushaltsfinanzierung - ungeachtet dessen, was der Finanzminister gesagt hat - Einnahmen aus Erlösen von Anteilsverkäufen der Landesbank erzielen und einstellen will, die nach unserem Landshaushalt nur dann eingestellt werden dürfen, wenn die Einnahmen überwiegend wahrscheinlich oder nahezu sicher sind, dann bedeutet das, dass wir vor der Verabschiedung des Haushalts im Finanzausschuss eine intensive Diskussion über die **künftige Struktur der Landesbank** und ihre zukünftigen Aufgaben führen müssen. Es bedeutet auch, dass es keine Verabschiedung mit einem ungedeckten Blankoscheck geben darf, der uns alle Optionen - nicht nur uns als Opposition, sondern auch den regierungstragenden Fraktionen - für künftige Steuerungsmöglichkeiten ein für alle Mal verbaut.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn hierauf nicht in ausreichender Weise eingegangen wird - das sage ich jetzt in allem Ernst -, werde ich mit dem Kollegen Kayenburg darüber diskutieren, ob wir versuchen werden, durch die Inanspruchnahme der Möglichkeiten, die die Verfassung hergibt - das haben wir bereits einmal erfolgreich getan -, das Inkrafttreten dieses Haushaltes durch eine einstweilige Anordnung zu verhindern, weil wir nicht erlauben, dass wir auf diese Art und Weise durch einen unge-

(Wolfgang Kubicki)

deckten Scheck gebunden werden, dessen Einlösung zweifelhaft bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Und ich möchte noch etwas hinzufügen. Es wird nicht nur im Flur darüber diskutiert, dass sich die Westdeutsche Landesbank überlegt hat, ihren Anteil von knapp 40 % für 1,6 Milliarden DM an uns zurück zu verkaufen. Und die 200 Millionen DM oder 100 Millionen € für einen Anteil von 5 % kommen auch nicht einfach aus dem Off, sondern das ist eine Zahl, die der Finanzminister in den Raum gestellt hat. Das heißt, dass die Landesbank Schleswig-Holstein nach Einschätzung sowohl der WestLB als auch unseres Finanzministers in etwa 4 Milliarden DM Wert ist. Ich frage alle Beteiligten: Sollen wir ernsthaft glauben, dass der Wertzuwachs der 50 %, nämlich von 570 Millionen auf 2 Milliarden DM, innerhalb von fünf Jahren ausschließlich darauf zurückzuführen ist, dass sich die Westdeutsche Landesbank beteiligt hat? Ich frage einmal in die Reihen von Rot und Grün: Wie verantwortet ihr eigentlich die Kürzungen von 1.000 DM-Beträgen bei Fördervereinen und Verbänden, nachdem eine Vermögensverschleuderung diesen Ausmaßes in der Vergangenheit stattgefunden hat?

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb bitte ich darum - die Vertrauensfrage kann man hier nicht stellen, anders als im Deutschen Bundestag -, dass diesmal das Haus wirklich aufpasst, nicht aus wohl verstandener Solidarität - womit auch immer - auf einen Weg gebracht zu werden, der sich hinterher als finanzpolitische Katastrophe herausstellt. Wir sollten das sehr intensiv und ernsthaft beraten. Jeder kennt unsere Position, deshalb sage ich noch einmal ausdrücklich: Die Einstellung von Veräußerungserlösen bei einem Verkauf von Landesbankanteilen trifft auf die Zustimmung der FDP in Schleswig-Holstein. Es kann da lediglich unterschiedliche Auffassungen über die Frage „Privatisierung oder weiterhin Ansiedlung im öffentlichen Bereich“ geben. Auf jeden Fall muss es sich wirtschaftlich rechnen und es muss den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein zugute kommen und nicht den Bürgerinnen und Bürgern anderer Bundesländer.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das alles zeigt: Diese Landesregierung ist weder willens noch wäre sie in der Lage, die Landesfinanzen zu sanieren. Dazu müsste sie zunächst durch die Schuldnerberatung geläutert werden. Darauf können die Menschen im Land nicht warten. Das Land braucht eine Finanzpolitik mit Zukunftsperspektive. Es braucht dazu in erster Linie Kürzungen der laufenden Ausga-

ben. Ich sage den regierungstragenden Fraktionen zu, dass sich die FDP-Fraktion der öffentlichen Diskussion stellen wird. Wir werden in den Haushaltsberatungen entsprechende Vorschläge unterbreiten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wissen auch, mit wem - das haben wir jetzt schon, so wie alle anderen Beteiligten auch - wir Ärger bekommen werden, wenn wir ihnen sagen müssen: Das geht so nicht mehr weiter. Menschen verzichten äußerst ungern darauf, Geld vom Staat zu erhalten. Wir werden das aber trotzdem tun.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

- Herr Kollege Hentschel, Sie müssen Ihre Gleichgewichtsstörungen nicht zum Maßstab der Politik machen. Wir befinden uns in den Haushaltsberatungen. Am nächsten Montag und Dienstag findet unsere Haushaltsklausur statt. Die Union hat ihre am 26. November 2001. Wir werden - wie immer im parlamentarischen Verfahren - unsere Vorschläge Anfang Dezember einbringen. Sie müssen in der Schule immer als Erster „hier“ geschrien haben, weil Sie es nicht abwarten können. Fundierte Beratungen heißen, dass wir uns zusammensetzen und - entsprechend dem bisherigen Verfahren - die Vorschläge zuleiten. Das wird geschehen. Sie können am 6. oder am 10. Dezember 2001 - wenn Sie es dann immer noch nicht zur Kenntnis genommen haben - noch einmal „wo denn?“ schreien. Dann kriegen Sie ein Extrapaket unserer Vorschläge.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Innerhalb der gekürzten Ausgaben muss es sinnvolle Umschichtungen zugunsten von Bildung, Investitionen und innerer Sicherheit geben. Uns reicht das Paket, das die Landesregierung aufgelegt hat, nicht aus. Wir werden versuchen, das zu begründen. Wir werden keine maßlosen Vorschläge in den Raum stellen, aber es gibt einige Bereiche, in denen eine erhebliche Effizienzsteigerung möglich ist. Das gilt auch für die Bereiche des Innenministeriums und der Polizei.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Wir müssen uns darüber einig sein, dass dies die Kernkompetenzen der Landespolitik sind. Gleichzeitig sind es die Bereiche, in denen wir effektiv zur Stärkung der Wirtschaftskraft beitragen können. Nur wenn die Wirtschaftskraft mittelfristig ansteigt, werden wir die Erblast von 13 Jahren rot-grüner Misswirtschaft

(Wolfgang Kubicki)

langsam, aber sicher abtragen können. Die FDP wird sich - wie jedes Jahr - genau an diesen Kurs halten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel hat das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kubicki, ich kann mir gut vorstellen, wie Sie das machen. Wir haben dies gerade in Hessen gesehen. Wir sehen, in welcher Situation die Landesregierung in Hessen ist. Sie hat nach der Wahl erst einmal mehrere 100 Millionen DM als Nachschlag zur Aufstockung verabschiedet. Jetzt hat sie ein erhebliches Problem, den Landeshaushalt zu finanzieren. Wissen Sie was? Ich kann mir gut vorstellen, dass Sie - wenn Sie drankommen - die Landesbank in der Tat komplett verkaufen würden und den Gewinn innerhalb von ein bis zwei Jahren komplett verfrühstückt haben werden. Das ist dann Ihre vorbildliche Finanzpolitik.

(Zuruf der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich kenne auch das Spiel, das die Opposition bei ihren Haushaltsreden regelmäßig spielt, indem sie sich ausführlich zu den Vorschlägen der Regierung äußert und selber nicht sagt, was sie tatsächlich tun will. Deswegen habe ich mir gedacht, ich mache das auch einmal und äußere mich zu den Vorschlägen der Opposition.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich denke, es gibt keine!)

Ich habe mir also die Presseerklärungen der Opposition zum Thema Haushalt in diesem Jahr aus dem Server des Landtags herausgesucht und mir angeguckt, was da so alles drinsteht. Oh, wie glücklich müssen die Herren Oppositionsführer am letzten Freitag gewesen sein, als die Steuerschätzung des Bundes Milliarden Mindereinnahmen ausgewiesen hat.

„Jetzt ist die Landesregierung mit ihrem Latein am Ende“, frohlockt doch da ein gewisser Herr K., Oppositionsführer auf Abruf. Vorsicht Herr K. mit Latein. Ich komme darauf noch zurück.

Herr K. hat auch gleich nachgerechnet, wie hoch die **Mindereinnahmen** für Schleswig-Holstein sind, und kam am letzten Freitag für 2002 auf 370 Millionen DM.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das steht alles im Landtagsserver?)

Woher er die Zahl hat, hat er heute nicht erzählen können. Sie ist frei erfunden und fast doppelt so hoch wie in der Realität, aber was schert das einen Wirtschaftsexperten? Man erzählt einfach irgendetwas.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist hier keine Büttenrede!)

Herr K. wird allerdings von einem noch viel größeren Wirtschaftsexperten übertroffen; ich nenne ihn Herrn K. 2.

„Jetzt trifft es Rot-Grün mitten zwischen die Augen“, schwärmt dieser. Herr K. 2 hat wohl früher zu viel Karl May gelesen und träumt immer noch in seinen nächtlichen Fantasien, er sei Old Shatterhand, der feindliche Stammesführer mit dem Henrystutzen stets zwischen die Augen traf. Den Grund für seinen Jubel verkündet er dann voller Begeisterung vier Absätze später: „Vielleicht müssen sogar gesetzliche Leistungen eingeschränkt werden.“

Oh, Herr K. 2, man spürt die frohe Hoffnung. Seit Jahren schleicht er frustriert herum, verbittert über die Beliebtheitswerte der Ministerpräsidentin. Aber nun macht sich die Regierung vielleicht doch unbeliebt und dann könnte Herr K. 2 vielleicht doch auch mal zum Zug kommen? Herr K. 2 hat auch gleich das richtige Konzept: „Umschichtung zu Investitionen, Bildung und innerer Sicherheit“. Er will sich nämlich jetzt „auf die Kernkompetenzen des Landes konzentrieren“.

Mensch, ist der klug, habe ich mir gedacht. Mir war schon seit Jahren aufgefallen, dass die beiden dicksten Bücher im Landeshaushalt jedes Jahr Bildung und innere Sicherheit heißen. Aha, das sind Kernkompetenzen. Jetzt weiß ich endlich Bescheid, warum andere Länder besser dastehen. Man muss mehr Geld für die Kernkompetenzen ausgeben. Ich dachte früher immer, das sei wie zu Hause: Je mehr ich ausgabe, desto mehr Schulden mache ich. Nein, weit gefehlt!

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Man sollte mehr Karl May lesen. Wenn man für die Kernkompetenzen mehr Geld ausgibt, dann wird alles besser und die Verschuldung sinkt. Klasse, denke ich, Herr K. 2, das haben wir ja dieses Jahr gemacht. Es gibt mehr Lehrer und mehr Polizisten. Dann wird ja alles gut.

Mir blieb noch die Frage, warum denn die Steuereinnahmen sinken. Da waren sich die Herren K. 1 und K. 2 glücklicherweise einig: Die Schuld für die Mindereinnahmen - sagen beide - liegt in der Konjunktur und die ist in Schleswig-Holstein besonders schlimm. Deswegen sinken die Steuereinnahmen - und zwar in Schleswig-Holstein besonders heftig.

(Karl-Martin Hentschel)

So weit meine intensiven Vorbereitungen auf den Montag, an dem wir in den Fraktionen gemeinsam beraten haben. Leider hat das nichts geholfen, denn die Wirklichkeit war völlig anders.

(Zurufe von der CDU)

Nach Ihrer Theorie müssten die Steuereinnahmen besonders in den Wirtschaftszweigen heruntergehen, in denen die Konjunktur lahmt. Das tut sie ja. Das wissen wir auch. Das ist die Bauwirtschaft, die sehr lohnintensiv ist. Daher müssten die Einnahmen bei den Lohnsteuern und bei den Mehrwertsteuern in der Bauwirtschaft heruntergehen. Schleswig-Holstein wäre betroffen. Tatsächlich liegen die Einbrüche bei den Steuern aber an ganz anderer Stelle, nämlich bei der Körperschaftsteuer. Die Körperschaftsteuer ist in Deutschland in diesem Jahr fast auf Null gesunken. Auf Deutsch heißt das: Die großen Konzerne haben dieses Jahr keine Steuern gezahlt. Warum? Weil wir uns ein Jahr vor der **Unternehmenssteuerreform** befinden. Das ist meine These. Nächstes Jahr werden die Steuern auf Gewinne drastisch gesenkt. Also wird dieses Jahr alles abgeschrieben, was irgendwie unterzubringen ist. Das spart hohe Steuersätze auf Gewinne und die Gewinne schiebt man in das nächste Jahr.

Wie das geht, kann man aufgrund des Steuergeheimnisses nur vermuten. Mercedes schreibt dieses Jahr seine Verluste bei Chrysler ab, BMW seine Verluste bei Rover. E.ON hat noch schnell Verluste durch Aufkäufe in den USA akquiriert, die Telekom hat ihre UMTS-Milliarden zum Abschreiben und die großen Banken haben genug Verluste aus Börsengeschäften, die sie auch schnell noch steuersparend unterbringen.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das sind aber alles Verluste, mein Lieber! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gucken wir uns Ende des Jahres noch einmal an!)

Dagegen hat **Schleswig-Holstein** 2002 gegenüber der Nachschiebeliste **Steuernehreinnahmen** von 92 Millionen DM. Auch im Jahre 2001 steht Schleswig-Holstein um 1,4 % über den geschätzten Steuereinnahmen.

(Zurufe von der CDU)

Sehen Sie, Herr K., so kann man sich irren, wenn man sich zu sehr auf seine Lateinkenntnisse verlässt. Herr Kayenburg ist leider nicht anwesend: „Ut desint vires, tamen est laudanda voluntas.“ Das heißt: „Wenn auch die Kräfte fehlen, ist dennoch der Wille zu loben.“ Ich habe dies nachgeschlagen, ich kann das auch nicht auswendig.

(Heinz Maurus [CDU]: Si tacuisses, philosophus mansisses!)

Leider ist es nun so, dass Schleswig-Holstein - trotz höherer Steuereinnahmen - im Saldo mehr abgeben muss, weil andere Bundesländer erhebliche Steuermindereinnahmen haben. Dies ist zum Beispiel durch den Zusammenbruch der Steuereinnahmen der Autoindustrie in Baden-Württemberg und Bayern, den Banken in Hessen und einiger anderer Branchen bedingt. Insgesamt bekommt Schleswig-Holstein deshalb in beiden Jahren zusammen 600 Millionen DM Abzüge im **Länderfinanzausgleich**. Diese Abzüge gehen an so reiche und wunderbar regierte Länder wie Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Das ist Fakt.

Wie sagte doch Herr K. 2 in seiner Presseerklärung vom Freitag? „Die Wirklichkeit gibt uns ständig Recht.“ Kleiner Tipp von mir: Vielleicht warten Sie in Zukunft doch einen Tag länger mit Ihrer Presseerklärung. Es ist eben manchmal doch peinlich, wenn man alles besser weiß und die Wirklichkeit sich dann bereits einen Tag später völlig anders entwickelt, als es sich der Weltökonom aus Schleswig-Holstein erträumt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Kommen wir zu Ihren Lösungen! Herr K. 1 hat in seiner berühmten Haushaltsrede vor gerade fünf Monaten erklärt:

„Wir wollen die Gemeinschaftsaufgaben Agrarstruktur und Küstenschutz und Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur um jeweils 10 Millionen DM aufstocken.“

Im Kopf bleibt eine Zwischensumme von 20 Millionen DM zu merken. Weiter sollen

„5,8 Millionen DM für den Straßen- und Radwegebau bereitgestellt werden“.

Im Kopf ergibt sich die Zwischensumme von 26 Millionen DM.

Zitat weiter:

„Die Städtebauförderung soll ebenfalls um 10 Millionen DM erhöht werden.“

Im Kopf zu merken: Zwischensumme 36 Millionen DM. - Dann:

„Die Verpflichtungsermächtigung für die Werftenhilfe wollen wir so weit heraufsetzen, dass alle Bundesmittel abgerufen werden können.“

Das sind für 2002 allein 10 Millionen DM. Die Zwischensumme beträgt also 46 Millionen DM.

(Karl-Martin Hentschel)

Dann wirft Herr K. 1 in seiner Rede der Landesregierung vor, sie kürze beim Landesblindengeld, bei den Bauern, den Kindertagesstätten, den Privatschulen, den Abendschulen und den Krankenhäusern. Dazu möchte ich anmerken, dass wir die Kürzungen bei den Kindertagesstätten und bei den Privatschulen nicht wollen; diese rechne ich also nicht mit. Aber der Rest macht bestimmt mehr als 35 Millionen DM aus. Damit beträgt die Zwischensumme 80 Millionen DM.

Nun haben wir aber nicht vergessen, dass die CDU den LEG-Verkauf auch stoppen wollte. Zwischensumme: ein Minus von rund 250 Millionen DM.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch! Wir hätten das nur besser verkauft!)

Dann kommt noch die Abschaffung der Oberflächenwasserabgabe hinzu. Das sind noch einmal 80 Millionen DM weniger. Ich glaube, meine Damen und Herren, das reicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das reicht wirklich! - Beifall bei CDU und FDP)

Herr Kayenburg, Sie werden hoffentlich entschuldigen, dass ich nicht alle Presserklärungen von Ihnen und Ihrer Fraktion ausgewertet habe.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Schade!)

Das war bisher schon genug. Diese 330 Millionen DM hätten wir weniger im Haushalt, wenn wir allein den Vorschlägen, die Sie in diesem Jahr hier vorgetragen haben, gefolgt wären.

Aber Ihre Partei in Berlin hat auch noch vorgeschlagen, die **Steuern** für das nächste Jahr zu senken. Wenn man das ernst nähme, würde das noch einmal eine halbe Milliarde DM weniger für Schleswig-Holstein bedeuten. Außerdem haben Sie gefordert, einige Millionen DM für LSE auszugeben. Das habe ich in der Rechnung noch nicht drin.

Herr Kayenburg, jetzt wird mir klar, warum Sie den Landeshaushalt in diesem Jahr nicht mehr beraten wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der letzte Satz in Ihrer Pressemitteilung vom Freitag macht dann Sinn. Da sagen Sie, „dass der Finanzminister ernsthafte Probleme mit dem verfassungsgemäßen Ausgleich des Haushalts bekommen wird, wenn er nicht nach Artikel 53 der Landesverfassung das **wirtschaftliche Ungleichgewicht** erklären wird“. Das, Herr Kayenburg, kann ich nur so verstehen, dass Sie nicht mehr weiter wissen und die Landesregierung deshalb auffordern, einen verfassungs-

widrigen Haushalt vorzulegen. Ist das nicht peinlich für einen Oppositionsführer, der Mehrausgaben in Höhe von rund 300 Millionen DM fordert?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Einzige, was peinlich ist, ist Ihre Rede!)

Die SPD und die Grünen haben sich auf Vorschlag des Finanzministers darauf geeinigt, das zu tun, was angesichts der finanziellen Lage und der Konjunktur angebracht ist. Die **Konjunktur** ist in der Tat schwierig. Das ist aber auch sehr differenziert zu betrachten; das haben wir in der letzten Sitzung bereits diskutiert. Es gibt zwei Branchen, die große Probleme bereiten. Das sind die Bauwirtschaft und die IT-Wirtschaft, die Bauwirtschaft, weil sie in den 90er-Jahren durch Steuerabschreibungsmodelle, die jetzt ausgelaufen sind und Schwierigkeiten hervorrufen, unnötig vergrößert worden ist, die IT-Wirtschaft aufgrund der aktuellen Krise.

Es ist die Frage, ob wir eine Delle oder einen langfristigen Konjunkturinbruch haben. Alle Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass es sich um eine Delle handelt. Ich habe neulich gelesen, dass alle Experten davon ausgehen, dass die Schätzungen der Wirtschaftsforschungs- und Steuerforschungsinstitute wieder besser werden. Sie waren in den letzten Jahren nicht gut. Ich weiß, dass man sich nicht hundertprozentig darauf verlassen kann. Aber ich weiß auch, dass ich mich auf die Prognosen von selbst ernannten Wirtschaftsexperten nicht besser verlassen kann.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie wäre es einmal mit eigenem Nachdenken, Herr Hentschel?)

Die Konsequenzen, die wir ziehen, sind folgende:

Erstens. An dem harten Sparkurs, den wir im Sommer auf Vorschlag der Ministerpräsidenten noch einmal verschärft haben, wollen wir festhalten und nur kleine notwendig werdende Korrekturen vornehmen.

Zweitens. Angesichts der stockenden Konjunktur wollen wir aber die Steuermindereinnahmen nicht durch weitere Einsparungen finanzieren, sondern das **Defizit** entweder durch einen Anteilsverkauf der Landesbank oder, wenn rechtlich möglich, durch höhere Zinsen von der Landesbank ausgleichen.

Drittens. Wir werden prüfen, welche investiven Maßnahmen kurzfristig vorgezogen werden können, um insbesondere im Bereich der Bauwirtschaft antizyklische Signale zu setzen.

Ich schlage darüber hinaus vor, dass geprüft wird, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um im Bereich der Altbausanierung, der Sanierungsmaßnah-

(Karl-Martin Hentschel)

men mit dem Ziel des Energiesparens sowie auch des Einfamilienhausbaus zusätzliche Investitionen auszulösen. Dabei geht es mir darum, Maßnahmen durch Vorziehen von Investitionsmaßnahmen intensiv zu fördern, die direkt den kleinen Handwerkerbetrieben und Baufirmen vor Ort in Schleswig-Holstein zugute kommen. Es sollten Maßnahmen bevorzugt werden, die hohe Multiplikatoreffekte haben und die zugleich Bundes- oder EU-Mittel nach Schleswig-Holstein ziehen können, wie zum Beispiel Mittel aus dem CO₂-Minderungsprogramm.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Angesichts dieser einfachen, logischen und konsequenten Vorschläge der Landesregierung hat es eine Opposition zugegebenermaßen schwer. Deshalb verstehe ich, wenn die Vorsitzenden der beiden Oppositionsfractionen in ihren Pressemitteilungen zu sehr drastischen und malerischen Formulierungen greifen, die - das gebe ich zu - mich häufig echt beeindrucken. Glücklicherweise bin ich aber auf folgendes Zitat - auch ich habe eine Zitatensammlung -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihre ganze Rede ist eine einzige Zitatensammlung!)

von Ricarda Huch gestoßen: „In jedem Urteil drückt der naiv urteilende Mensch sich selbst aus.“ Was also wollte denn Herr K. 2 wohl über sich selbst ausdrücken, als er Folgendes sagte:

„Bereits jetzt kriecht Rot-Grün nicht mehr auf dem finanzpolitischen Zahnfleisch, sondern auf dem blanken Kiefer?“

Hat sich Herr K. 2 etwa verbissen? Dann empfehle ich vor der nächsten Haushaltsrede den Zahnarzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund dessen, was der Kollege Hentschel hier ausgeführt hat, möchte ich sagen: Der Reiz von unterschiedlichen Redebeiträgen besteht ja auch in ihrer Vielfalt.

Ich möchte noch einmal Revue passieren lassen, was wir in den letzten bewegten Tagen alles erlebt haben. Wir haben etwas erlebt, was wir vor Wochen noch für völlig undenkbar gehalten haben. Auf das grausige und

unfassbare Attentat auf unschuldige Menschen in New York und Washington folgte die Entstehung einer weltweiten Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Eskalation des Krieges in Afghanistan mit der Bombardierung der Talibanstellungen durch die USA hat den Gegensatz zwischen den Anhängern eines fundamentalistischen Islam und der westlichen Welt verschärft.

Fast gleichzeitig wurde uns durch die Menschen verachtenden Anthrax-Angriffe in den Vereinigten Staaten wiederum eine Achillesferse unserer Zivilisation aufgezeigt.

An der innenpolitischen Front erlebten wir einen ungehemmt vortretenden Bundesinnenminister, der ohne Rücksicht auf Verluste fast jeden abgestaubten Vorschlag aus der Mottenkiste seiner Ministerialbürokratie zur Bekämpfung des Terrorismus durchsetzen wollte und durchsetzen will.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ferner erlebten wir jede Menge Panik, weil Trittbrettfahrer uns weismachen wollten, jetzt sei auch noch die Anthrax-Bedrohung nach Deutschland gekommen. Sogar in Schleswig-Holstein, im beschaulichen Neumünster oder gestern im Landeshaus, sollten angeblich Anschläge verübt worden sein.

Zugleich ging die Konjunktur weltweit in den Keller. Die Arbeitslosenzahlen in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein stiegen wieder stark an. Einige Stimmen sprachen bereits davon, dass uns eine weltweite Rezession droht. Mit dem Beschluss der Bundesregierung, sich mit bis zu 3.900 Soldaten am Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen, wurde ein neuer Höhepunkt erreicht. Damit würde sich die Bundesrepublik erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg an einem Kriegseinsatz beteiligen, und das unter rot-grüner Verantwortung. Da stockt einem schon der Atem.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In dieser Woche nun erreicht uns die Mitteilung, dass Kabul an die Kämpfer der so genannten Nordallianz gefallen ist und der Bundestag nicht nur über den Bundeswehreinsatz, sondern auch über die vom Kanzler gestellte Vertrauensfrage befinden soll.

Keiner von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann angesichts dieser atemberaubenden Entwicklung ernsthaft behaupten, er wäre davon nicht berührt, geschweige denn, er habe den Überblick behalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Wie gesagt, ich wollte diese Ereignisse noch einmal Revue passieren lassen, denn bereits heute, knapp zwei Monate nach dem Attentat auf das World Trade Center, steht fest: Der 11. September stellt eine einschneidende Zäsur dar, durch die die Rahmenbedingungen der Politik sowohl außen- als auch innenpolitisch auf den Kopf gestellt wurden. Dies gilt natürlich auch für Schleswig-Holstein, auch wenn noch nicht abzusehen ist, welche landespolitische Auswirkung die aktuelle Situation in Berlin haben wird. Aus Sicht des SSW geht aber kein Weg daran vorbei, einen kühlen Kopf zu bewahren.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Wir dürfen nicht in politische Hysterie verfallen, sondern müssen weiter konzentriert an den landespolitischen Aufgabenstellungen arbeiten. Davon gibt es genug und auch dafür sind wir letztlich bis 2005 gewählt worden.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Klaus Schlie [CDU])

Aus diesem Grund, lieber Kollege Schlie,

(Klaus Schlie [CDU]: Jetzt, nach dem außenpolitischen Teil, warten wir auf die Vorschläge!)

können wir dem Vorschlag der CDU, den **Landeshaushalt** erst im Januar zu beschließen, überhaupt nichts abgewinnen. Der Antrag ist reine Panikmache und mit dem SSW nicht zu machen. Wir haben mit vier Wochen noch ausreichend Zeit, einen Haushalt zu verabschieden.

Unter diesen Vorzeichen ist es nicht verwunderlich, dass die von der Landesregierung gestern vorgelegte **regionalisierte Steuerschätzung** und das damit verbundene Haushaltsloch von fast 400 Millionen DM für die Jahre 2001 und 2002 natürlich auch mit der internationalen Krise zu tun haben. Insgesamt betragen die Steuerausfälle der öffentlichen Haushalte bundesweit im Jahre 2001 und 2002 32 Milliarden DM, davon allein 12,8 Milliarden DM im Jahr 2001. Der Anteil der Länder ist mit jeweils 6 Milliarden DM und 7,4 Milliarden DM für 2001 und 2002 höher als der Anteil des Bundes.

Vordergründig ist die Ursache klar: Statt eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von jeweils 2 % und 2,5 % für 2001 und 2002 sind diese Zahlen jetzt stark nach unten korrigiert worden. Das gilt auch für Schleswig-Holstein, wo wir im ersten Halbjahr ein Wachstum von nur 0,2 % hatten. Dennoch muss deutlich gesagt werden: Der Terroranschlag und die Folgen sind für diese Entwicklung nicht allein verantwortlich, aber sie haben den Abwärtstrend natürlich beschleunigt.

Die Arbeitslosenzahlen sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein stiegen nämlich bereits vor dem 11. September.

(Lars Harms [SSW]: Sehr richtig!)

Zahlreiche Branchen in Schleswig-Holstein hatten das ganze Jahr über ernste Probleme, zum Beispiel das Baugewerbe, die sich jetzt durch die Konjunkturflaute stark vergrößern.

Finanzpolitisch sind die weiteren Einnahmeausfälle für Schleswig-Holstein ein Desaster. Denn schon im ersten Entwurf der Landesregierung war kaum mehr ein finanzpolitischer Spielraum vorhanden. Die **Investitionsquote** liegt weit unter 10 % und der verfassungskonforme Kreditrahmen ist fast völlig ausgeschöpft. In vielen Bereichen hat die Landesregierung deshalb harte Kürzungen vorgeschlagen, die bis an die Schmerzgrenze gehen. Es ist klar, dass die neuen Einnahmeausfälle deshalb eine weitere ernsthafte Belastung für den Haushalt 2002 darstellen.

Für den SSW bleibt es aber wichtig zu sagen, dass die Landesregierung die **Steuerreform** der Bundesregierung unterstützt hat, die für Land und Kommunen zu über einer halben Milliarde DM Mindereinnahmen geführt hat, ohne dass das Kalkül eines Konjunkturaufschwungs aufgegangen ist. Auch für die Kommunen sind die Folgen der Steuerreform verheerend, da in einigen Städten, Beispiel Büdelsdorf, die Gewerbeeinnahmen völlig wegbrechen. Wenn durch die Steuerreform von 2000 bis 2001 die Körperschaftsteuer von 46,2 Milliarden DM auf 3,3 Milliarden DM absinkt, dann ist das schlicht eine finanzpolitische Katastrophe für die Städte und Kommunen. Dies zeigt, dass die Steuerreform ein großer Irrtum war, der aus Sicht des SSW auf jeden Fall bei der Körperschaftsteuer dringend rückgängig gemacht werden sollte. Auch dies ist, möchte ich hinzufügen, eine Forderung der Kommunen bundesweit.

Nach Ansicht der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute steht die Bundesrepublik Deutschland am Rande einer Rezession. Heute haben die so genannten fünf Weisen in ihrem Jahresgutachten diese Einschätzung bestätigt. So rechnen sie für das Jahr 2002 nur noch mit einem Wachstum von real 0,7 % und mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dieser Trend wird erhebliche Auswirkungen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein haben, das ist klar. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben deshalb in ihrem Herbstgutachten die Bundesregierung aufgefordert, einmalig von ihrem harten Sparkurs abzuweichen, um die Konjunktur mit antizyklischen Maßnahmen zu beleben. Diese Forderung an die öffentliche Hand gilt auch für die Landespolitik.

(Anke Spoorendonk)

Mit der gestern vorgestellten Nachschiebeliste beweist die Landesregierung, dass sie auf den Rat der Wirtschaftswissenschaftler gehört hat.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir etwas konzentrierter zuhören.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung **Einnahmeausfälle** von fast 400 Millionen DM nicht nur durch weitere Ausgabenkürzungen finanzieren will. Dies wäre in der jetzigen Konjunkturflaute auch wirklich mehr als kontraproduktiv.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Auch ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform lehnen wir wie die Landesregierung weiter ab.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform würde zu weiteren großen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen führen.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Aus Sicht des SSW ist es im Gegenteil weiterhin angebracht, darüber zu diskutieren, ob nicht die öffentlichen Investitionen gezielt erhöht werden können, um Arbeitsplätze zu erhalten.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Auch der Landesrechnungshof - man kann den Rechnungshof für vieles zitieren - weist in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Landeshaushalts darauf hin, dass die Kürzung der Investitionen nach der „Rasenmähermethode“ zwar „kurzfristige Entlastungseffekte für den Landeshaushalt bringt, dem Land aber langfristig Entwicklungschancen entzieht“.

Der SSW fordert also die Landesregierung weiter dazu auf, im Haushalt 2002 bei den **investiven Förderprogrammen** des Landes von der geplanten Senkung der Förderquote auf höchstens 50 % in den Bereichen zu verzichten - ich nenne als Beispiel das „Regionalprogramm 2000“ und „Zukunft auf dem Lande“ -, wo maßvoll erhöhte Investitionen am effizientesten volkswirtschaftliche Effekte in Form künftiger Wachstumspotenziale in Schleswig-Holstein auslösen können. Es ist klar, dass wir auch die vom Kollegen Hentschel vorhin angesprochenen Maßnahmen mit unter-

stützen. Darüber müssen wir in den nächsten Wochen bis zur Verabschiedung des Haushaltes noch diskutieren, obwohl wir anerkennen, dass sich die Investitionsquote durch die Nachschiebeliste von 9,3 % auf 9,4 % minimal erhöht hat. Sollte dabei die verfassungsmäßige Grenze der Verschuldung überschritten werden, muss ernsthaft überlegt werden, ob die Situation nicht so ernst ist, dass die Ausnahme nach Artikel 53 der Landesverfassung festgestellt werden kann. Von daher nehmen wir den Antrag der FDP ernst. Wir wissen, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sehen das heute noch anders. Auch das ist in den verschiedenen Beiträgen heute deutlich geworden. Denn während die Landesregierung das Haushaltsloch für den laufenden Etat durch die Restkreditermächtigung aus dem Vorjahr ausgleichen will, sieht sie für 2002 einen weiteren Verkauf des Tafelsilbers des Landes vor, um die Deckungslücke von über 200 Millionen DM zu schließen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Der SSW beurteilt den geplanten Verkauf von 5 % der **Landesbank** als nicht unproblematisch - das möchte ich ganz deutlich sagen -, obwohl es natürlich besser ist, als weitere Kürzungen im Haushalt vorzunehmen. Auch dazu stehen wir.

Dennoch unterstützen wir dieses Vorhaben nur, wenn die **Gewährträgerhaftung** für die Bank erhalten bleibt. Ist dies nicht der Fall, kann die Landesbank kaum mehr die wirtschaftspolitische Rolle für das Land spielen, die von der Landesregierung vorgesehen ist.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Anhaltende Unruhe)

Ich bin letztes im Radio im satirischen Rückblick des Redakteurs Erich Maletzke an den alten Spruch erinnert worden, der größte Feind der Vernunft sei das Prinzip. Man sollte sich einmal mit solchen Überlegungen auseinandersetzen, denn vielleicht ist es besser, den gesamten Anteil des Landes an der Landesbank zu verkaufen oder eben gar keinen Anteil zu verkaufen. Ich sage das nur, weil wir diese Frage diskutieren müssen.

(Anhaltende Unruhe)

Dazu kommt natürlich die Frage: Kann man für 5 % der Landesbank wirklich knapp 200 Millionen DM bekommen?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nur?)

Diese Frage muss vor Verabschiedung des Haushalts geklärt werden; sonst können wir dieser Vermögensveräußerung nicht zustimmen.

(Anke Spoorendonk)

Auch in der Nachschiebeliste setzt die Landesregierung einige Prioritäten. Das Sicherheitskonzept des Innenministers, das unter anderem Mehrausgaben für die Polizei vorsieht, kostet 32 Millionen DM. Auch für das Wohngeld und die Beihilfeversorgung müssen zweistellige Millionensummen zusätzlich ausgegeben werden. Diese Maßnahmen werden auch vom SSW unterstützt.

(Anhaltende Unruhe)

Für die Dorferneuerung und die LSE will die Landesregierung im nächsten Jahr 1,3 Millionen DM zusätzlich ausgeben. Das begrüßen wir als einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings müssen wir uns noch genau ansehen, mit welchen Kürzungen die neuen Kosten erwirtschaftet worden sind. Außer den Kürzungen im ASH-Bereich, auf die wir im Verlauf dieser Landtagssitzung zu sprechen kommen, war das in der Kürze der Zeit nicht detailliert zu ermitteln.

(Anhaltende Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht wiederholen, was ich im Rahmen der ersten Lesung des Haushalts zum Bereich **Minderheitenpolitik** gesagt habe; das kann man im Protokoll nachlesen. Dennoch muss ich noch einmal deutlich machen, dass der SSW trotz der ernsten Haushaltslage dabei bleibt, dass die vorgeschlagenen Einsparungen bei den Organisationen der Minderheiten nicht hinzunehmen sind und es ein Rückschritt in der Minderheitenpolitik darstellt, wenn sie wie im ersten Entwurf vorgesehen beschlossen werden sollten.

Mit anderen Worten: Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Dialog mit der Landesregierung mit der Nachschiebeliste wieder aufgenommen worden ist. Denn trotz vorausgegangener Frustrationen wissen wir, dass Minderheitenpolitik vom Dialog lebt.

Ich möchte mich auch beim Kollegen Hay dafür bedanken, dass er dieses Thema in seiner Rede aufgegriffen und deutlich gemacht hat, dass es gilt, eine Lösung für das Problem der dänischen Schulen zu finden. Denn die Schulen der dänischen Minderheit sind von ihrem Selbstverständnis her öffentliche Schulen, ungeachtet ihres rechtlichen Status als Schulen in freier Trägerschaft. Für die Mitglieder der dänischen Minderheit gibt es nämlich im Gegensatz zu dem, was beispielsweise für die Waldorfschulen gilt, in dem Sinne keine freie Schulwahl.

Damit habe ich nicht gesagt, dass das Anliegen des Landesverbandes der **Schulen in freier Trägerschaft** in Schleswig-Holstein falsch sei, im Gegenteil, wir stehen zu unserer alten Forderung, dass wir auch in Schleswig-Holstein ein Privatschulgesetz benötigen. Nur haben die Schulen der dänischen Minderheit eine

andere Ausgangslage und dem ist ganz einfach Rechnung zu tragen.

(Anhaltende Unruhe)

Ich fasse zusammen: Im Interesse der bisher so erfolgreichen Minderheitenpolitik des Landes müssen wir nicht nur eine vernünftige, sondern auch eine minderheitenpolitisch betrachtet tragfähige Lösung finden. Etwas anderes bleibt uns gar nicht übrig und der SSW ist dazu bereit.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass es Ihre angeregten Nachmittagsschwätzchen nicht allzu stark stört, wenn ich jetzt Herrn Abgeordneten Wiegard das Wort erteile.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Lassen Sie mich zwei Dinge vorwegschicken. Kollegin Moser ist inzwischen auch wieder im Raum. Herr Möller, wir reden nichts schlecht - die Menschen in Schleswig-Holstein und ihre Leistungen nicht und die Unternehmen nicht; wir reden noch nicht einmal die Regierungspolitik schlecht, weil wir der Auffassung sind, dass man die nicht schlechter reden kann, als sie ist. Wir kritisieren auch nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihrem Ministerium, weil die nicht für Ihre Politik verantwortlich sind, sondern die nur umzusetzen haben. Wir sind bereit - ich hoffe, beide, gegenseitig -, die Geduld aufzuwenden und den notwendigen Anstand, um miteinander die gegenseitigen Positionen auszutragen -

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

damit wir die Diskussion von heute Vormittag auf eine geordnete Basis stellen.

Ich habe das bereits bei der Begründung der Dringlichkeit angesprochen und will das einmal kurz vertiefen, weil ich glaube, dass hier ein Kernpunkt der notwendigen Diskussion in den nächsten Wochen liegen wird, und das ist ein wesentlicher Punkt dafür, dass wir Sie bitten, die Beratungen länger als die nächsten vier Wochen andauern zu lassen. Herr Minister, Sie haben ausgeführt, dass Sie 5 % der Landesbankanteile im Rahmen eines strategischen Gesamtkonzeptes veräußern wollen. Wenn Sie die Diskussion der letzten Haushaltsberatung im Dezember 2000 verfolgen, sind wir gern bereit, mit Ihnen über eine solche Gesamtstrategie zu diskutieren, aber nicht im

(Rainer Wiegard)

Schweinsgalopp innerhalb von vier Wochen, mit der heißen Nadel genäht, wie das in der Vergangenheit auch bei anderen Dingen schon war.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir brauchen mehr Zeit oder - besser gesagt - Sie brauchen mehr Zeit. Ich will noch einmal daran erinnern: Ende September hat Ihnen der Landtag 400.000 DM an Beratungshonorar bewilligt, um eine solche Strategie im Rahmen des zukünftigen EU-Rechts mit Sorgfalt erarbeiten zu können. Wir legen Wert darauf, dass dieses Parlament mit eben solcher Sorgfalt ebenso umfassend und permanent und nicht erst am Ende der Beratung der Landesregierung beteiligt wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies ist neben den schon angesprochenen Fragen der Offenheit und Wahrheit über die finanzielle Lage des Landes und die Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition Voraussetzung dafür, dass wir miteinander im Gespräch sein können über das, was notwendig ist, um die finanzielle Lage des Landes zu verbessern.

Dabei fällt auf - mehr als die Pressemitteilung und Ihre heutige Rede kennen wir ja noch nicht in Ermangelung einer entsprechenden Vorlage -, dass Sie ein neues Zauberwort in die Diskussion eingeführt haben, und das heißt „mittelfristige Orientierungslinie“. Das fällt deshalb auf, weil das in Ihrer Pressemitteilung gestern dem Kollegen Müller zugeschrieben wurde. - Er guckt ganz erstaunt; er wusste offensichtlich noch gar nicht, dass er das gesagt hat. Herr Müller, ich lese Ihnen einmal vor, was Sie gesagt haben: „Umso mehr ist es notwendig, finanz- und haushaltspolitische Planungen an einer mittelfristigen Orientierungslinie auszurichten.“

Darin können wir gleich miteinander übereinstimmen. Was nur auffiel, ist, dass das gestern Ihnen zugeschrieben wurde und dass das Minister Möller heute wörtlich wiederholt hat und vorhin auch Lothar Hay wortwörtlich so nachgetragen hat. Bislang haben wir immer über klare Ziele in der Finanzpolitik gesprochen, jetzt beschränken Sie sich auf „mittelfristige Orientierungslinien“. Sie müssen dabei irgendwie eine Serpentine im Auge gehabt haben, dabei haben Sie die Orientierung verloren.

(Lachen bei der CDU)

Das ist wahrscheinlich auch den Medien so gegangen. Denn zwei Überschriften von heute lauten: „Landesregierung muss neue Schulden machen“ und „Simonis pocht auf Abbau von Schulden“. Gegensätzlicher kann die Berichterstattung nicht sein. Das ist

also die neue Orientierungslinie oder - besser - die Desorientierungslinie, mit der Sie Politik machen.

Herr Möller, von gestern Mittag oder von einem Zeitpunkt an, zu dem Sie die Daten der **Steuerschätzung** gehabt haben mögen, haben Sie flugs mit heißer Nadel eine Lösung des Problems gefunden: Sie wollen neue Schulden machen und noch mehr Vermögen verschern, ohne damit Schulden abzubauen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Das ist der Punkt, weshalb wir Sie auffordern, mit uns in ein Gespräch mit Sorgfalt darüber einzutreten, wie wir alle möglichen EU- und Bundesmittel binden können, um Investitionen in dieses Land hineinzubringen, und wie wir gemeinsam daran arbeiten, die Neuverschuldung zu reduzieren und mit dem Abbau von Schulden wirklich zu beginnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Eine geschäftsleitende Bemerkung: Nach Abstimmung zwischen den Fraktionen rufen wir nach Beendigung dieses Tagesordnungspunktes den Tagesordnungspunkt 15 zur Abstimmung sowie für heute noch den Tagesordnungspunkt 13 auf.

Jetzt erteile ich zu einem Kurzbeitrag Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war vielleicht doch nicht richtig, dass wir die Themen Finanzen und Wirtschaft heute zusammengelegt haben; denn, Herr Minister Dr. Rohwer, auf den Antrag, den wir gestellt haben, ist überhaupt nicht eingegangen worden. Wir haben gedacht, dass Sie als Professor dann, wenn man Ihnen richtige Fragen stellt, über die Analyse berichten und dazu, welche Maßnahmen dabei herauskommen. Aber darüber ist hier nichts gesagt worden. Auch auf die **sektorale und branchenmäßige Strukturanalyse**, die wir angefragt haben - ein schriftlicher Bericht liegt hierzu ja auch nicht vor -, ist gar nicht eingegangen worden. Wenn Herr Kubicki dazu nicht die paar Zahlen genannt hätte, wüssten wir gar nicht, ob Ihren Ausführungen dieser Antrag überhaupt zugrunde gelegen hat. So kann es eigentlich nicht gehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur hoffen, Herr Minister, dass wir im Ausschuss noch einen entsprechenden Bericht bekommen werden, damit wir über die Grundlagen der wirt-

(Uwe Eichelberg)

schaftlichen Lage in Schleswig-Holstein überhaupt richtig diskutieren können.

Meine Damen und Herren, zu den Finanzen möchte ich gar nichts sagen; denn zu Zeiten meiner Tätigkeit in der Wirtschaft habe ich mehrere Konkursverfahren als Gläubigervertreter miterlebt. Da war die Situation ähnlich.

(Heiterkeit)

Bei der Betrachtung der Situation der **wirtschaftlichen Lage** habe ich doch etwas Schwierigkeiten damit, dass man jetzt einfach mit Halbjahreswerten rechnet. Ich habe ja heute vom Statistischen Landesamt erfahren, dass man für das Bruttoinlandsprodukt gar nicht mehr Quartalswerte erstellt; in Bayern und in Baden-Württemberg gibt es das. Bei dieser Situation hier in Schleswig-Holstein weiß ich gar nicht, wie man richtig steuern kann. Diese Problemlage ist äußerst schwierig, denn auch von Herrn Müller wurde ja heute selbst dargelegt, dass der Dienstleistungsbereich gar nicht so richtig zu erfassen ist. Wir haben also große Schwierigkeiten und deshalb haben wir den Antrag auch gestellt.

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr haben Sie, Herr Minister, immer die Prognosen gewagt, die Zukunft wird im Hinblick auf das Wachstum in der **Außenwirtschaft** besser. Mittlerweile liegt die Außenwirtschaft völlig darnieder. Der Rückgang allein bei den Auslandsordern beträgt 29 % - trotz mehr Schiffbauaufträgen, wie man gelesen hat. Das ist doch eine kritische Situation.

Gleichzeitig kürzen wir aber im Haushalt die Fördermittel für die Außenwirtschaft. Das sind zwar nur kleine Beträge, aber irgendwo muss man ja anfangen, wenn die Zahlen so schlecht sind.

Außerdem haben wir heute die Erfolgsmeldung über die positiven Zahlen bei den Existenzgründungen gelesen. Das ist ja sehr schön, aber ich möchte einmal eine Analyse der **Existenzgründungen** in den letzten zehn Jahren haben, und zwar eine Analyse darüber, wie viele von diesen Betrieben drei oder fünf Jahre überstanden haben. Hier fehlt in den einzelnen Bereichen die Effizienzanalyse.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Dazu habe ich bisher nichts gefunden - trotz intensiver Recherche.

Ganz schrecklich finde ich es eigentlich, dass wir heute wieder erneut hören mussten, dass wir die **Kofinanzierungsmittel** für EU-Gelder kürzen müssen. Das betrifft überwiegend den Landesteil Schleswig,

der schwer hinterherhinkt; im Süden geht es von allein, aber im Norden wird es immer schlechter.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Wenn in über zehn Jahren bei einem Nettozuwachs bei den **Arbeitsplätzen** - vor der Phase der umgewandelten 630-DM-Verträge - von 25.000 neuen Arbeitsplätzen nur 1.000 nördlich der Landkreise im Randgebiet von Hamburg entstanden sind, dann ist doch auch das ein dramatisches Zeichen; da muss man doch Maßnahmen ergreifen und kann nicht sagen, die Fördermittel müssen wir noch weiter kürzen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Wir müssen darüber also weiter diskutieren.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Prima! - Ich erteile jetzt ebenfalls zu einem Kurzbeitrag Herrn Abgeordneten Greve das Wort.

Uwe Greve [CDU]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! Mein Beitrag passt heute nicht in die Parteipolemik hinein, sondern ist ein anderer. Wir unterhalten uns bei der Diskussion über die Haushaltslage fast ausschließlich über kurzfristig zu verwirklichende Einsparungen. Langfristige Strategien zur **Haushaltskonsolidierung** spielen in unserer Diskussion derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Aus meiner Sicht müssen wir jedoch gemeinsam lernen, über die Grenzen einer Legislaturperiode hinaus zu denken, wenn künftige Haushalte noch verfassungskonform verabschiedet werden sollen.

(Beifall der Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] und Rainer Wiegard [CDU])

Das bedarf langfristiger Strategien. Wenn wir zum Beispiel wieder den Mut zur Werterziehung an den Schulen hätten,

(Zurufe von der SPD: Ah, ah!)

könnten viele Millionen € im Landeshaushalt gespart werden - nicht heute, aber in acht oder zehn Jahren.

Konsequente Erziehung zur Gewaltlosigkeit würde es uns ermöglichen, viele Millionen € zu sparen, die für

(Uwe Greve)

Polizeieinsätze bei Sportveranstaltungen und Demonstrationen ausgegeben werden.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

- Sie können gern lachen, aber Sie können nicht widerlegen, dass es so ist.

(Zurufe von der SPD)

Konsequente Erziehung zur Achtung vor dem Eigentum des anderen würde uns in Zukunft viel Geld ersparen, das jetzt für die Reinigung von Schulen und öffentlichen Gebäuden zum Beispiel von Graffiti-Schmierereien ausgegeben werden muss - Millionensummen!

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Konsequente Erziehung zu mehr Gemeinsinn und weniger materiellem Egoismus würde uns viele Millionen € zum Beispiel im Bereich staatlicher Kontrollen ersparen.

(Lars Harms [SSW]: Wer ist den verantwortlich für die geistig-moralische Wende?)

- Sie haben schon besser dazwischen gerufen.

Ich nenne nur die Bereiche Lebensmittel oder Blut, in denen wir solche Probleme im riesigen Maßstab gehabt haben und heute noch haben.

Konsequente Gesundheitserziehung an unseren Schulen würde es uns ermöglichen, Dutzende von Millionen € im Gesundheitswesen einzusparen. Rauch- und Alkoholverbot an Schulen - wie inzwischen von meiner Fraktion gefordert -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Was?)

wären zum Beispiel ein Schritt in diese Richtung.

(Unruhe)

Dabei richte ich meine Worte besonders an die Sozialdemokratie, weil ich der Überzeugung bin, dass dann, wenn man regiert, man automatisch immer nur das tut, was im Moment am schnellsten getan werden kann. Als Opposition schaut man manchmal - so betone ich - etwas weiter.

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wenn jedes vierte Kind zwischen 6 und 14 Jahren heute bereits ein erhebliches Übergewicht hat,

(Glocke des Präsidenten)

können wir ahnen, welche Gesundheitskosten auf uns zukommen, wenn diese Kinder einmal ältere Erwachsene sein werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen - so meine ich -, dass staatliche Gelder in solchen Feldern gespart und öffentliche Kassen entlastet werden können.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb ist es so wichtig, in Zukunft verstärkt über diese Fragen zu sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, ich hatte Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort erteilt. Dabei soll es auch bleiben.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe ja, die Zeit zählt noch nicht zu meinen Lasten.

Ich habe vorweg eine Frage an den Umweltminister. Herr Müller, Sie haben ja ein Ranking für die Umweltaktivitäten von Kreisen und Städten aufgestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Mich würde einmal interessieren, welches Ranking Sie für die Zehn-Minuten-Beiträge geben würden, wo dort Ihr Parteikollege, Herr H., stehen würde.

(Zuruf: Herr wer?)

Ich möchte nur noch auf einiges eingehen, was der Herr Wirtschaftsminister in den letzten eineinhalb Jahren gesagt hat. Im Wirtschaftsbericht 2000 vom Mai des letzten Jahres steht als erster Satz - man kann das bitte nachlesen -: „Die Signale stehen auf Wachstum und Beschäftigung für Schleswig-Holstein.“ - Das ist Ihr erster Satz im Wirtschaftsbericht 2000.

Weiter heißt es dort: „Die deutsche Wirtschaft ist auf den Wachstumspfad zurückgekehrt... Schleswig-Holstein hat von dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich profitiert.“ Auf derselben Seite heißt es: „Das neue Regionalprogramm 2000 ist Bestandteil der Zukunftsinitiative 'ziel' - Zukunft im eigenen Land.“

Bescheidener werden Sie, Herr Minister, mit Ihren Aussagen im Wirtschaftsbericht 2001 vom April, wo es für das Jahr 2000 heißt: „Nach einer überdurchschnittlichen Wachstumsrate im Jahre 1999 hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2000 in Schleswig-Holstein allerdings schwächer als im Bun-

(Manfred Ritzek)

desdurchschnitt entwickelt.“ Sie rudern hier also schon ein bisschen zurück.

Fazit: Innerhalb von sieben Monaten - vom Mai bis zum Dezember - hat sich Ihre positive Signaleinschätzung - „Die Signale stehen auf Wachstum und Beschäftigung“ - als rote Stoppphase entwickelt. Herr Minister, daraus muss man schließen, dass Sie die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes völlig falsch eingeschätzt und daraus falsche wirtschaftspolitische Schlüsse gezogen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was aber noch schlimmer ist, außer einigen Einzelprojekten, die Sie immer wieder erwähnen - egal, wo Sie im Lande sind, ob hier oder draußen -, sind von Ihnen keine strategischen Konzepte für die Wirtschaftsgestaltung zu erkennen. Zusagen werden sogar gebrochen, wie zum Beispiel bei der Kürzung des „ziel“-Programmes, sodass allein fast 15 Millionen DM Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz verloren gehen. Wir drohen, neben einem „Abschwungkanzler“ für die Bundesrepublik einen „Abschwungminister“ für unser Land zu bekommen. Das müssen Sie verhindern, auch im Interesse unseres Landes.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Sie sprachen eben davon, dass ein übertriebener Pessimismus nicht herbeigeredet werden soll. Mit einem pessimistischen Urteil sind Sie offensichtlich einverstanden,

(Glocke des Präsidenten)

und das nur sieben Monate nach Ihrer letzten noch halbwegs positiven Beurteilung! Wir sind gespannt, was Sie uns in sieben Monaten sagen werden, wenn wir dann die wirtschaftliche Entwicklung beurteilen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung abgeschlossen.

Ich komme nun zu den Abstimmungen. Tagesordnungspunkt 3 ist mit Abgabe der Regierungserklärung über die Ergebnisse der Steuerschätzung und die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein erledigt. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Das haben wir dann so beschlossen.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 49, wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein, empfehle ich, den Bericht dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Hand-

zeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Über Tagesordnungspunkt 26 a, Verschiebung der zweiten Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes, Antrag der Fraktion der CDU, haben wir in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Keine Erhöhung der Tabaksteuer und der Versicherungsteuer

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1301 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1374

Wir hatten die Beratung abgeschlossen und müssen nur noch die Abstimmung durchführen. Wir haben einen Änderungsantrag der Fraktion der FDP vorliegen, Drucksache 15/1374, über den wir zunächst abzustimmen haben. Wer dem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1301 (neu). Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Sonderschulen und Förderunterricht in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1139

Antwort der Landesregierung

Drucksache 15/1336

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Dann erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut und ich freue mich darüber, dass wir innerhalb kurzer Zeit nun schon zum zweiten Mal über Sonderpädagogik und ihre unterschiedlichen Ausformungen in Schleswig-Holstein reden. Vor zwei Monaten haben wir über die Situation der Sprachheilpädagogik diskutiert und heute beraten wir über Sonderschulen und Förderpädagogik in Schleswig-Holstein. Ich finde es gut im Interesse der Betroffenen, also der Kinder und ihrer Eltern. Uns gibt es Gelegenheit, unsere Konzepte und die aktuelle Situation darzustellen. Wir haben das im Fall dieser Großen Anfrage auch über die gestellten Fragen hinaus gern getan. Sie verstehen dies hoffentlich auch als ein Signal dafür, wie wichtig uns dieses Thema ist.

Liest man aber die öffentliche Begründung, die die CDU-Fraktion für die Große Anfrage gegeben hat, und liest man das in der Pressemitteilung von Frau Eisenberg nach, dann liest sich allerdings manches etwas merkwürdig. Nach der üblichen Polemik - weniger Unterricht in Schleswig-Holstein als in Bayern, das kennen wir ja, wobei von Ihnen regelmäßig die geringere Klassengröße nicht gewürdigt und berücksichtigt wird - kommen zwei Sätze, die erklärungsbedürftig sind. Sie fragen, wie es in Schleswig-Holstein mit den Sonderschulen weitergehe. Der Weg der Landesregierung, zwei sonderpädagogische Systeme - Integration und gegliedertes Sonderschulwesen - nebeneinander zu erhalten, führe die Sonderschulen in eine Sackgasse und nehme ihren Schülerinnen und Schülern jede Perspektive.

Das ist eine sehr missverständliche Äußerung, Frau Eisenberg. Sie legen ja fast nahe, dass Sie dem Prinzip der **Integration** sehr kritisch gegenüberstehen. Das würde ich in der Tat sehr bedauern. Sie bezeichnen die Integration in Ihrer Presseerklärung mit einem ironischen Unterton - so empfinde ich es - als „Herzstück“ der rot-grünen Bildungspolitik. Ich kann Ihnen nur sagen, für die Eltern der Schülerinnen und Schüler, die integrativ beschult werden, ist das allerdings eine Herzensangelegenheit.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie haben ein Recht darauf und ich bin wirklich froh darüber, dass die große Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur die Schulen in Schleswig-Holstein, Integration von Behinderten als Prinzip dieser Gesellschaft breit akzeptiert. Wir sollten das nicht infrage stellen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Zweite ist eine irriige Annahme, die Sie zugrunde legen, nämlich die Annahme, wir hätten in Schleswig-Holstein zwei sonderpädagogische Systeme. Das geht ins Grundsätzliche und ist schlicht und einfach falsch. Wir haben de facto nur ein System der **sonderpädagogischen Förderung**, das sich durch Flexibilität auszeichnet und dessen Teile aufeinander bezogen sind. Es orientiert sich ganz speziell an den Bedürfnissen der einzelnen Kinder und ermöglicht je nach individuellem Förderbedarf Prävention, Integration oder Unterricht in der Sonderschule.

Unterricht und Erziehung von Kindern mit Behinderung ist Aufgabe aller Schulen. Die Begleitung, die Unterstützung und die Förderung des einzelnen Kindes ist insbesondere Aufgabe des Systems der sonderpädagogischen Förderung im Land. Hierfür hat sich im Laufe von Jahrzehnten - übrigens auch schon unter der Vorgängerregierung dieser Regierung - ein sehr differenziertes **Sonderschulwesen** entwickelt, das in den letzten 20 Jahren durch präventive und durch integrative Arbeit im vorschulischen und im schulischen Bereich ergänzt wurde. Es ist gewissermaßen ein Drei-Säulen-System: Prävention, Integration, Unterricht in der Sonderschule. Je mehr es uns aber gelingt, diese ersten beiden Pfeiler - Prävention und Integration - zu stärken, umso weniger Schülerinnen und Schüler müssen in Sonderschulen unterrichtet werden. Darauf legen wir in der Tat Wert. Dazu stehen wir auch, und zwar im Interesse der Perspektiven und Zukunftschancen von Kindern mit Förderbedarf. Denn dass sie durch Integration gut gefördert werden und gut lernen, weist dieser Bericht auch nach.

Es geht also gerade nicht um die verkürzte Unterscheidung Integration oder gegliedertes Sonderschulwesen, das würde in der Tat in die Sackgasse führen, sondern um angemessene, am Einzelfall orientierte Lösungen. Das gilt im Übrigen seit der Empfehlung der Kultusministerkonferenz von 1994 für alle Bundesländer.

Unsere Sonderschulen arbeiten als Förderzentren. Sie können sich so auf die jeweils unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler mit Behinderung einstellen.

(Anhaltende Unruhe)

- Herr Präsident, ich erlaube mir das ungern, aber es ist wirklich unangenehm, von allen Seiten Gespräche anhören zu müssen.

Das ist keineswegs nur unsere Sichtweise als verantwortliche Landesregierung. Auch die Eltern sind zufrieden mit den differenzierten Möglichkeiten der sonderpädagogischen Förderung. Es gibt sehr wenig Widersprüche oder Klagen gegen die Entscheidung der Schulaufsicht in diesem Bereich.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Gerade auf dem Gebiet der sonderpädagogischen Förderung wird von den Lehrerinnen und Lehrern, von den Erzieherinnen und Erziehern besonders engagierte und hoch qualifizierte Arbeit geleistet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anna Schlosser-Keichel [SPD])

Wir wollen und wir werden dieses Niveau, das wir in Schleswig-Holstein haben, nach Kräften erhalten und natürlich optimieren - nichts ist so gut, als dass es nicht noch ausgebaut werden könnte -, auch durch intensive Beschulung und Betreuung der Lehrerinnen und Lehrer, deren Leistungen wir mit großem Respekt beobachten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht, eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, Ironie verbietet sich bei diesem Thema eigentlich von allein.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Das, was Sie möglicherweise als Polemik bezeichnet haben, sind für mich Tatsachen. Ich denke, auf diesem Boden können wir weiter diskutieren. Ich fange einmal an, den Bericht zu beurteilen.

Zunächst einmal herzlichen Dank an die Verfasserin der Antworten, Frau Martens, für die mühevollen Arbeit und das Zusammenschreiben der bereits vorhandenen statistischen Daten.

Innerhalb der kurzen Zeit, die mir zum Durcharbeiten des komplexen Themas zur Verfügung stand, sind allerdings einige Anmerkungen zu machen. Zunächst einmal verdient all das Erwähnung, was nicht beantwortet wurde, was aber zur Beurteilung des Erfolges oder Misserfolgs des **sonderpädagogischen Konzepts** der Landesregierung notwendig gewesen wäre.

Erstens. Eine Elternbefragung hat nicht stattgefunden. Also ist insgesamt nicht festzustellen, ob Eltern eher die integrative Beschulung ihrer Kinder oder eher eine Förderung in einer Sonderschule wünschen und welche Erwartungen sie mit der integrativen Beschulung verbinden und ob sie mit der Art der integrativen Be-

schulung, wie sie hier in Schleswig-Holstein betrieben wird, zufrieden sind. Eine Elternbefragung hat nicht stattgefunden.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Unglaublich! 5.000 Eltern befragen!)

Zweitens. Eine Befragung der Regelschulen, auch der beruflichen Schulen hat ebenfalls nicht stattgefunden.

Drittens. Auch nicht festzustellen ist der Erfolg oder Misserfolg der integrativen Maßnahmen, da es landesweit keine Erhebungen darüber gibt, Frau Erdsiek-Rave, wie viele Schülerinnen und Schüler aus Integrationsmaßnahmen in Sonderschulen übergeleitet werden oder an Regelschulen verbleiben.

Viertens. Die Erhebungen und Angaben zur Unterrichtssituation und Unterrichtsorganisation sind höchst lückenhaft. Der Unterrichtsausfall wird nur alle drei Jahre in einzelnen Kreisen erhoben und die Erhebung erstreckt sich nur auf den Sonderschultyp „Förderschule“. Wir kennen die Praxis und wissen, dass sich Unterrichtsausfall nie ganz vermeiden lässt. Umso wichtiger allerdings wären Kenntnisse über das Stundenfehl.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Ein Stundenfehl aber wird auch nicht erhoben. Über die Entwicklung der Lehrerplanstellen kann angeblich keine Aussage gemacht werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nein!)

Eine Darstellung der tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden im Vergleich zu anderen Bundesländern erscheint der Landesregierung „wenig sinnvoll“. Ich frage: Warum wohl?

Sechstens. Eine Aufschlüsselung der den unterschiedlichen integrativen Maßnahmen zugeteilten Lehrerwochenstunden gibt es ebenfalls nicht.

Bei dieser - wie ich meine - lückenhaften Beantwortung muss die Aussagefähigkeit des gesamten Berichtes in Zweifel gezogen werden.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Unverschämtheit!)

Wenn diese Landesregierung - da spreche ich Sie speziell an, Frau Erdsiek-Rave - **Qualitätssicherung und Evaluation** auf der Grundlage von Ausgangsdaten allen Schulen und Hochschulen dieses Landes als Aufgabe zuweist, erwarte ich, dass sich die Landesregierung auch selbst daran hält. Es waren immerhin drei Monate Zeit, um entsprechende Erhebungen anzustellen. Außerdem hätte ich erwartet, dass eine Regierung, die sich seit 13 Jahren vor allen Dingen auch der Son-

(Sylvia Eisenberg)

derpädagogik verpflichtet fühlt, die Ergebnisse ihrer Arbeit selbst frühzeitig dokumentieren und auf den Prüfstand stellen will. Das ist nicht geschehen.

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Gehen wir jetzt einmal von den im Bericht angegebenen Zahlen aus. Trotz steigender Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist die Anzahl der **Sonderschulen** seit 1991 um 22,8 % zurückgegangen, was entweder durch eine höhere Anzahl Schüler pro Klasse oder durch zunehmende Integrationsmaßnahmen aufgefangen wird.

(Jürgen Weber [SPD]: Genial!)

- Das ist auch richtig. - Im Vergleich zum Schuljahr 1992/93 steigt folgerichtig die Anzahl der in den Regelschulen unterrichteten Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf prozentual um annähernd das Doppelte, im Durchschnitt jetzt im Jahr 2001 auf 27,4 %, im Bereich der emotionalen Entwicklung auf 37 %, im Bereich der Sprachheilpädagogik auf 40 %.

Ich komme zunächst zu den **Förderschulen**, ehemals - ich sage das für die, die das nicht wissen - Sonderschule für Lernbehinderte, in denen rund 8.000 Schülerinnen und Schüler Unterricht erhalten. Nur für diesen Sonderschultyp liegen auch verlässliche Zahlen vor.

Die Anzahl der laut Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden je Klasse, deren Kinder zu über 50 % auch noch jahrgangsübergreifend unterrichtet werden, liegt in Schleswig-Holstein mit 26,6 Stunden weit unter dem Bundesdurchschnitt, nämlich 5,4 Stunden weniger in der Woche, was meiner Auffassung nach nicht durch 0,6 Schüler weniger pro Klasse aufzufangen ist, auch wenn das Bildungsministerium uns das immer weismachen will. Im Vergleich dazu - Sie haben Bayern genannt, ich nenne Bayern auch noch einmal -: Bayern gibt pro Woche acht Stunden mehr bei drei Schülern mehr pro Klasse.

Der Unterrichtsausfall für Förderschulen betrug im Durchschnitt der letzten Jahre 5,5 %.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, das Lichtflacker soll Sie nicht beunruhigen, sondern nur darauf hinweisen, dass Sie von Ihrer Redezeit her im roten Bereich sind.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Ich weiß.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte, zum Schluss zu kommen.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Aber wenn Sie auf Ihre Liste gucken, stellen Sie fest: Da steht „fünf plus“, Herr Arens! Gucken Sie mal hin!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe Ihnen schon zusätzliche Redezeit zur Verfügung gestellt.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Der Unterrichtsausfall für Förderschulen betrug 5,5 %, bei den Regelschulen 3 %. Der Bericht der Landesregierung zur Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein belegt, dass tatsächlich nur durchschnittlich 22 Unterrichtsstunden erteilt werden. Zieht man dann den **Unterrichtsausfall** von den tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden ab, landen wir bei ungefähr 20,7 Stunden. Das sind circa zehn Stunden weniger pro Woche als im Bundesdurchschnitt. Im Bereich der Förderschulen von einer auch nur annähernd ausreichenden Unterrichtsversorgung zu sprechen, grenzt schon an Zynismus.

(Beifall bei der CDU - Frauke Tengler [CDU]: Richtig!)

Integrative Maßnahmen sind die Maßnahmen, in denen die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden, wenn die personellen und sächlichen Voraussetzungen stimmen.

(Glocke des Präsidenten)

Über die sächlichen Voraussetzungen wird im Bericht im Grunde nichts gesagt. Über die personellen Voraussetzungen finden wir allerdings einiges. Dann stellt sich sehr schnell heraus - Herr Präsident, ich muss dann ja wohl zum Schluss kommen -,

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja!

(Heiterkeit)

Sylvia Eisenberg [CDU]:

- dass uns nicht nur im Verhältnis zu anderen Ländern, sondern hier in Schleswig-Holstein ungefähr ein Anteil von 47 Lehrerplanstellen nur allein für die integrativen Fördermaßnahmen fehlt. Ich frage Sie ernsthaft, Frau Erdsiek-Rave, ob Ihre Politik der sonderpädagogischen Förderung bei aller Anerkennung der Arbeit der Son-

(Sylvia Eisenberg)

derschullehrerinnen und -lehrer - ich glaube, da sind wir uns einig -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nur darin!)

letztlich noch so weitergeführt werden darf.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz aller vorsorglichen vorschulischen Maßnahmen der Frühförderung wird auch in Zukunft jedes zwanzigste einzuschulende Kind sonderpädagogischen Förderbedarf benötigen. In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler an **Förderschulen** nahezu konstant geblieben. Das gilt auch für die Schulen für Körperbehinderte und Hörgeschädigte. Unsere besondere Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung der Schülerzahlen in den Schulen für geistig Behinderte, deren Anzahl sich seit 1991 um rund 50 % erhöht hat. Als Beispiel hierfür mag der benachbarte Kreis Plön dienen. Bis Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahren gab es einen relativ konstanten Anteil von 0,6 % eines Einschulungsjahrganges, der in die geistig Behindertenschule des Kreises aufgenommen wurde. Das hat sich in den folgenden Jahren dahin gehend entwickelt, dass bis zu 1,57 % eines Einschulungsjahrganges in diese Schule aufgenommen werden musste.

Der Bericht bringt auf den Seiten 17 und 18 Ursachen für diese Entwicklung. Sie liegen einerseits in den Fortschritten der prä- und postnatalen Medizin, zum anderen darin, dass Schleswig-Holstein ein Bundesland ist, in dem Heimträger aus anderen Bundesländern Heime und andere Wohneinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung eingerichtet haben. Das spricht für die Standortqualitäten unseres Landes, stellt aber die Träger der Sonderschulen für geistig Behinderte, die **Kreise**, zunehmend vor Kapazitätsprobleme.

Der Bereich der Sonderschulen für geistig Behinderte verdient unser besonderes Augenmerk auch deshalb, weil aufgrund der erkennbaren Entwicklung stärker über Maßnahmen nachgedacht werden muss, die diesen Menschen für die Zeit nach dem Schulleben eine angemessene Lebens- und Beschäftigungsperspektive sichern können. Was für die G-Schulen an Kapazitätsproblemen zu bewältigen sein wird, wird auch für die Behinderteneinrichtungen der unterschiedlichen Träger zukünftig verstärkt aktuell werden.

Zu den bemerkenswerten Statistiken zählt die zahlenmäßig positive Entwicklung der **Integrationsmaßnahmen**, die sich seit dem Schuljahr 1992/93 von 2.042 Maßnahmen auf über 4.585 Maßnahmen im Schuljahr 2000/01 mehr als verdoppelt haben. Die schulische Integration von behinderten und förderbedürftigen Kindern ist zentraler Bestandteil des Fragenkataloges der CDU, Frau Eisenberg. Immerhin zehn von 20 Fragen betreffen diesen Bereich. Wenn ich an unsere Diskussion über die **Sprachheilpädagogik** in der letzten Ausschusssitzung denke und heute Ihre Ausführungen höre, muss ich feststellen, dass die CDU leider immer noch Berührungsängste gegenüber diesen vom Gedanken der Integration getragenen Strukturen hat, trotz aller Erfolge, die nachgewiesen werden können.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Ich bin daher - wie meine Fraktion - dankbar, dass die Aspekte der Integration in den Antworten des Berichtes der Landesregierung so ausführlich dargelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf muss nach unserer Auffassung das vorrangige Ziel der Sonderpädagogik sein.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD])

Der prozentuale Anteil der **integrativen Beschulung** von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist in Schleswig-Holstein mit 23,5 % im Bundesvergleich sehr hoch, ähnlich wie in den Stadtstaaten Berlin und Bremen. Ich finde es erstaunlich, dass das Bundesland Baden-Württemberg mit ebenfalls 23 % integrativ beschulten Förderkindern einen ähnlich hohen Anteil wie Schleswig-Holstein hat. Das ist bemerkenswert, weil uns die Opposition doch immer das bildungspolitische Vorbildland Baden-Württemberg vorhält.

(Jost de Jager [CDU]: Die statten die Maßnahmen aber auch aus!)

Die Erfolge und die Sinnhaftigkeit der integrativen Maßnahmen zeigen sich in den ausgesprochen geringen Anteilen der Zuführung oder Zurückführung von integrativ beschulten Kindern in das **gegliederte Sonderschulwesen**. Es werden weniger als 5 % der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler in eine Sonderschule überwiesen oder zurücküberwiesen.

(Dr. Henning Höppner)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein hat das richtige Konzept in der Sonderpädagogik.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir verfügen über ein engmaschiges Netz der sonderpädagogischen Förderung, nämlich über die Sonderschule, die Förderzentren und die Kooperation der Sonderschulen mit anderen Schularten im Zusammenhang integrativer Maßnahmen. Ich möchte hiermit deutlich machen, dass es in der sonderpädagogischen Förderung nicht zwei unterschiedliche Konzepte gibt, einerseits die Sonder- und Förderschulen und andererseits die integrativen Maßnahmen, sondern es gibt in Schleswig-Holstein nur ein sonderpädagogisches Konzept, nämlich die Vernetzung von Schulen und Förderzentren einschließlich der integrativen Maßnahmen.

Integrative Maßnahmen beschreiben nicht nur eine pädagogische Dimension. Sie sichern auch das Recht behinderter und förderungsbedürftiger junger Menschen auf Teilhabe an dem, was wir normales Schulleben nennen, wenn es für diese Menschen sinnvoll und machbar ist.

Ich habe im Rahmen der Diskussion über den Bericht der Landesregierung zur Sprachheilpädagogik an dieser Stelle festgehalten, dass uns die Landesregierung seinerzeit einen ausgesprochen qualitätsvollen Bericht gegeben hat, den wir in der vergangenen Woche im Bildungsausschuss in aller Ausführlichkeit erörtert haben.

Ich möchte - verbunden mit einem Dank an die Ministerin - ein gleich lautendes Qualitätsurteil für den vorgelegten Bericht über die Sonderschulen und den Förderunterricht abgeben. Man kann feststellen, dass die Verfasserinnen und Verfasser viel Herzblut und fachliche Kompetenz in diesen Bericht gesteckt haben. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im breiten Spektrum der Schulpolitik hat der Teilbereich der Sonderpädagogik es oft nicht leicht, genügend Gehör zu finden. Deshalb ist es gut, dass wir heute nach längerer Zeit wieder einmal die Gelegenheit haben, umfassend - nicht nur in einem engeren Teilgebiet - über die sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern zu diskutieren, und zwar in allen ihren vielfältigen Formen.

Ich möchte mit einem kurzen Blick zurück in das letzte Jahrzehnt beginnen. Zu Beginn der 90er-Jahre, zum Beispiel auf Lehrerverbandstagen, wurde über die Alternative Sonderschule und Integration oft noch im Sinne eines Entweder-oder diskutiert. Die zu Beginn der 90er-Jahre in schulpolitischen Diskussionen verschiedentlich zu hörende Auffassung, Integration könnte Sonderschulen eines Tages weitgehend überflüssig machen, ist inzwischen von einer viel realistischeren Sicht abgelöst worden.

Heute werden in **Sonderschulen** in Schleswig-Holstein rund 12.000 Schüler unterrichtet, mehr als vor einem Jahrzehnt. Gleichzeitig erhalten rund 4.600 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf Unterricht in **Integrationsmaßnahmen**. Auch das sind wesentlich mehr als vor zehn Jahren. Rechnet man beide Bereiche zusammen, zeigt sich insgesamt ein beträchtlicher Zuwachs an Schülern, die verschiedene Formen sonderpädagogischer Förderung erhalten. Besonders massiv ist der Anstieg der Schülerzahlen bei den Sonderschulen für geistig Behinderte - ein Zuwachs von rund 50 % im Verlauf des letzten Jahrzehnts, von knapp 1.600 auf jetzt knapp 2.400.

Ich finde es sehr erfreulich, dass sich in der Frage Sonderschule oder Integration in den letzten Jahren ein gewisses Maß an Entideologisierung durchgesetzt hat. Ich finde, wir sollten im Landtag weiter dazu beitragen, dass sich diese gute Entwicklung so fortsetzt.

(Beifall bei FDP und CDU, vereinzelt bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Das liegt ganz und gar im Interesse einer bestmöglichen Förderung der betroffenen Schüler.

Unter Eltern und Lehrern gibt es in der Frage Integration oder Sonderschule im Übrigen - das wissen wir alle - sehr unterschiedliche Ansichten und sehr unterschiedliche Erfahrungen. Auch deshalb ist es richtig, wenn die Landesregierung in der vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage feststellt, dass die Entscheidung darüber, ob der Besuch einer Sonderschule oder die Integration in eine Regelschule erfolgen soll, im Einzelfall getroffen werden soll, abhängig von dem Willen der Eltern, den Aussagen des sonderpädagogischen Gutachtens und den Vorgaben des Schulgesetzes. Eine solche pragmatische, auf den Einzelfall abgestellte Herangehensweise ist sehr vernünftig.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und SPD)

Ich möchte hinzufügen: Die Vorgabe, dass in beiden Fällen ein gleiches Maß an sonderpädagogischen Förderstunden vorzusehen ist, halten wir ebenfalls für richtig. Von diesen Punkten ausgehend, besteht zwi-

(Dr. Ekkehard Klug)

schen der Grundposition der FDP und den Vorstellungen der Landesregierung Übereinstimmung.

Die von der Landesregierung vorgelegten Zahlen machen allerdings auch ein weiteres Mal deutlich, dass Schleswig-Holstein bei der Ausstattung seiner sonderpädagogischen Fördereinrichtungen Nachholbedarf hat. Im Bereich der Förderschulen erhalten schleswig-holsteinische Sonderschüler pro Woche zum Beispiel rund fünfeneinhalb Wochenstunden weniger Unterricht, als das im Bundesdurchschnitt der Fall ist - und das bei einer nahezu dem Bundesdurchschnitt entsprechenden Anzahl der Schüler je Klasse.

Enormen Nachholbedarf gibt es auch bei der **Ganztagsbetreuung** für Schüler und Schulen für geistig Behinderte und Körperbehinderte. Über dieses Thema haben wir vor der Sommerpause bereits aufgrund eines Antrages der FDP eine gesonderte Beratung hier im Landtag gehabt. Wir werden im Rahmen der anstehenden Diskussion über das Konzept der Landesregierung zum Thema Ganztagschulen sicher in nächster Zeit noch einmal darauf zurückkommen. Für die FDP-Fraktion ist und bleibt es ein wichtiges Ziel, gerade in diesem Bereich - bei den Sonderschulen für geistig Behinderte und Körperbehinderte - Verbesserungen im Bereich der Ganztagsbetreuung zu erreichen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Wir werden im Bildungsausschuss mit Sicherheit über die Antwort auf die Große Anfrage eine umfassende Detailberatung führen. Ich meine, wir sollten hier auch Punkte einbeziehen, die in den Fragen der Großen Anfrage nicht enthalten sind, aber zum Gesamtkomplex gehören. Das ist zum einen das Stichwort der Sonderschullehrerausbildung, nämlich die Frage, wie die Strukturen dort sind und wie diese sich entwickeln sollen, damit wir in diesem Bereich auch genügend Lehrernachwuchs haben.

Zum anderen nenne ich den zurzeit in der Anhörung bei den Verbänden befindlichen Entwurf für eine neue Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung. Die ist sehr viel dünner und kürzer als die aus dem Jahre 1992 stammende Ordnung für Sonderpädagogik. Ich denke, wir werden uns sehr genau ansehen müssen, ob die Steigerung an Übersichtlichkeit, die damit erreicht wird, nicht möglicherweise durch einen Verlust an einforderbaren Ansprüchen auf sonderpädagogische Förderung erkauft wird.

In der vergangenen Woche wurde im Bildungsausschuss darauf hingewiesen, dass die Sprachheilgrundschulen in diesem neuen Entwurf überhaupt nicht auftauchen. Das Ministerium hat durch die zuständige

Referentin mitgeteilt, dass dies nachgebessert werden soll. Dies ist nach Auffassung der FDP - gerade für die in diesem Bereich betroffenen sprachbehinderten Kinder - dringend erforderlich. Über alles Weitere werden wir im Ausschuss diskutieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das auf der letzten Seite des Berichts zu finden ist. Es stammt aus der staatlichen Schule für Sehgeschädigte.

„Es gibt keine Schülerinnen und Schüler, die nicht integrationsfähig sind. Es gibt bisweilen Rahmenbedingungen, die sich nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit mit den jeweils bereitgestellten Ressourcen so gestalten lassen, dass sie den Bedürfnissen einer Schülerin oder eines Schülers mit besonderen Lernvoraussetzungen genügen.“

Ich bin für dieses Zitat sehr dankbar. Ich denke, es trägt der augenblicklichen Diskussion, die von Eutiologisierung geprägt ist, Rechnung. Es geht nicht um eine Eigenschaft der Schülerin oder des Schülers, es geht um die Rahmenbedingungen, die wir zu setzen haben, und um die Ressourcen, die wir dazu zur Verfügung stellen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin der FDP sehr dankbar, dass sie dies - zusammen mit der Mehrheit dieses Hauses - ähnlich sieht.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben einen sehr ausführlichen und mit vielen Zahlen gespickten Bericht vorliegen. Das reicht der CDU nicht. Ich möchte Frau Eisenberg fragen: Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Soll in der Sommerferienzeit eine große Anfrage an alle Eltern erfolgen, die innerhalb weniger Wochen abgeschlossen werden soll? Dies mit den Ressourcen, die uns angesichts einer Verwaltung mit knappen Haushalten zur Verfügung stehen? Ich glaube, das wäre nicht der richtige Weg, mit einem solchen Anliegen umzugehen. Wenn es gewünscht wird, werden wir im Ausschuss darüber beraten und fragen, auf welche Möglichkeiten wir uns stützen können, um in gewissen Abständen eine Rückmeldung aus der Elternschaft zu erhalten. Es ist natürlich richtig: Wenn es tatsächlich große Diffe-

(Angelika Birk)

renzen zwischen Elternwunsch und Möglichkeiten gibt, dann müssen wir dem nachgehen. Bevor wir solche Anhaltspunkte aber nicht haben, einfach zu sagen, man macht eine riesige Bevölkerungsumfrage, halten wir für nicht angemessen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich denke, wir werden im Ausschuss über alternative und realistische Möglichkeiten sprechen können.

Herr Höppner hat es dankenswerterweise deutlich dargelegt: Wir haben im Bericht sehr beeindruckende Zahlen über den politischen Willen dieser Landesregierung, Behinderte zu integrieren. Offensichtlich besteht dieser auch bei den Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Land, ganz unabhängig von der Regierung. Der Ausbau dieser Zentren wäre nicht möglich, wenn hierzu nicht auch der pädagogische Wille vor Ort vorhanden wäre. Beides gilt es sehr zu loben und zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Frau Eisenberg, Sie mahnen zu Recht, wenn Sie fragen, was dies in Bezug auf Unterrichtsstunden und Unterrichtsausfall heißt. Das ist ein Thema, das uns über alle Schulen hinweg begleitet.

Wenn es trotz dieses zugegebenermaßen nicht gerade rosigen Bildes in Bezug auf die Anzahl der Unterrichtsstunden gelingt, fast alle Kinder zu einem Schulabschluss zu bringen, der ihrer Schulform Rechnung trägt, und nur 2 bis 3 % aller Kinder zu einer Beschulung geleitet werden, die ursprünglich nicht für sie vorgesehen war, dann ist das im Vergleich zu dem sonstigen Wechsel von Schülerinnen und Schülern von einer Schulform zur anderen ein hervorragendes Ergebnis. Wir müssen uns immer um Verbesserungen bemühen. Wir sind dankbar, dass der einstimmige Beschluss erfolgte, an den Förderschulen der Heilpädagogischen Schulen endlich auch die Ganztagsbeschulung einzuführen. Das ist zum Beispiel eine wichtige Verbesserung. Auch wenn wir um Verbesserungen ringen müssen, so möchte ich dies dennoch als eine gute Ausgangsbilanz bezeichnen.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ein wichtiges Thema, das nicht zur Sprache gekommen ist, weil es auch nicht gefragt war, ist die **Geschlechterdifferenz** im Bereich der **Förderschulpädagogik**. Es ist immer noch auffällig, dass sehr viel mehr Jungen als Kinder mit besonderem Lernbedarf wahrgenommen werden. Es ist sicher auch interessant zu erfahren, ob wir vielleicht aufgrund von unzureichenden Lernbedingungen

(Unruhe)

mehr Kinder mit Migrationshintergrund in Förderschulen haben, als es eigentlich richtig wäre. Das sind Aufgaben, denen man natürlich nicht allein mit Zahlenerhebungen begegnen kann. Hier sind auch qualitative Erhebungen notwendig.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das IPTS und seine Umgestaltung sowie die Sonderrolle, die die Förderschulpädagogik seit langem zusammen mit ihrer großen Reputation einnimmt, sind von Herrn Dr. Klug schon erwähnt worden. Herr Dr. Klug, wir sind uns hier einig. Es muss eine gute Lösung gefunden werden. Ich finde, es ist glücklich, dass gleichzeitig mit dieser Umgestaltung auch die inhaltlichen Grundlagen der Pädagogik in der öffentlichen Diskussion stehen und Thema der Anhörung sind. Beides zusammen sollten wir uns im Ergebnis anschauen und im Ausschuss darüber sprechen, was dies für die Zukunft der Sonder- und Förderschulpädagogik bedeutet. Ich gehe davon aus, dass es gut ist, eine Lösung aus einem Guss zu machen, die es ermöglicht, die hohe Qualität, die wir hier bisher haben, zu bewahren und auszubauen.

Ein letztes Wort an Frau Eisenberg: Ich finde es wichtig, bei allen Berechnungen, die dieser Anfrage zugrunde liegen, immer die Frage zu stellen: Reisen die Schüler oder reisen die Lehrer? Sie können mit Ihren Fragen nicht verbergen, dass es Ihnen eigentlich lieber wäre, wenn die Schüler reisen würden und wir mehr Sonderschulen der alten Prägung hätten. Ich glaube, wir sollten uns von diesem Leitziel verabschieden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Frau Birk, Sie müssen zuhören! - Sylvia Eisenberg [CDU]: Die Interpretation überlassen Sie mir! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es wurde so nicht gesagt. Wenn man aber die Fragestellung liest und penibel nach Reisezeiten und Reisekilometern gefragt wird, dann drängt sich schon ein gewisser Eindruck auf. Wenn dem nicht so ist, ist das umso besser. Wir sind uns dann hoffentlich alle in

(Angelika Birk)

diesem Haus darin einig, dass Förderzentren- und Integrationskonzept nicht auseinander dividiert werden sollen, sondern dass sie in ihrer Gesamtheit so wahrzunehmen und zu fördern sind, wie es die Kinder brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Birk, ich glaube nicht, dass wir uns in diesem Haus alle einig sind in Sachen Sonderschul- und Förderunterricht. Das glaube ich ganz einfach nicht, denn wenn ich mir den Beitrag der Kollegin Eisenberg noch einmal durch den Kopf gehen lasse, so hatte ich zeitweise den Eindruck, dass Sie einen ganz anderen Bericht gelesen hat als ich.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Zumindest haben Sie die Antworten anders interpretiert. Das ist Ihr gutes Recht. Das weiß ich. Aus unserer Sicht haben wir es mit einer Antwort auf eine Große Anfrage der CDU zu tun, woraus hervorgeht, dass redlich und mit großer Kompetenz und großer Offenheit auf alle Fragen eingegangen wird. Dafür möchte ich mich bei der Ministerin und auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihres Hause bedanken.

In Ihrer Antwort auf die Große Anfrage zum Thema „Sonderschulen und Förderunterricht in Schleswig-Holstein“ kommt die Landesregierung schon im ersten Satz auf den Kernpunkt der Problematik zu sprechen, nämlich: „Unterricht und Erziehung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung ist Aufgabe aller Schulen.“ Punkt, fertig aus, vorbei!

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist also nicht nur die Aufgabe der Sonderschulen. Ich denke, das muss so stehen bleiben, denn es ist ganz wichtig, dass man sich das so vor Augen führt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Für Menschen mit Behinderung sollte also die Normalität das oberste Ziel sein. Sie sollen so weit wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können. Für den SSW heißt dies wiederum, dass die Bildungspolitik für behinderte Menschen so ausgestaltet werden sollte, dass so viele wie möglich in normalen Schulen,

sprich in Regelschulen, mit Nichtbehinderten integriert werden, anstatt sie in Sonderschulen zu schicken.

In der Beantwortung der Großen Anfrage weist die Landesregierung dann auch darauf hin, dass es eine gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis ist, dass die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung in **integrativen Maßnahmen** in der Regel mehr lernen als vergleichsweise Schülerinnen und Schüler in den Sonderschulen. Integration sollte also Vorrang vor gesonderter Beschulung haben. Dabei ist natürlich klar, dass Integration nicht in jedem Fall möglich, wünschenswert oder erwünscht ist.

In den letzten 20 Jahren ist in diesem Bereich gerade auch in Schleswig-Holstein viel passiert, wie die Landesregierung richtigerweise darlegt. So besuchen in Schleswig-Holstein über ein Viertel der Schülerinnen und Schüler mit **sonderpädagogischem Förderbedarf** allgemein bildende oder berufsbildende Schulen, drei Viertel besuchen Sonderschulen. Damit liegt Schleswig-Holstein zwar im Bundesdurchschnitt ganz gut, aber in den meisten europäischen Ländern hat sich dieser Prozess hin zu mehr Prävention und Integration schon viel weiter entwickelt als in der Bundesrepublik. Auch das muss man vielleicht noch einmal anmerken.

In der Beantwortung der Großen Anfrage wird immer wieder der Vergleich mit dem Freistaat Bayern gesucht; das haben wir schon vorhin gehört. Ich denke, es scheint langsam eine Besonderheit der bildungspolitischen Debatte hier im Hause zu sein, sich immer wieder im Guten wie im Schlechten auf Bayern zu beziehen. Darum kann ich nur sagen: Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute so nahe ist? Liebe Kollegin Eisenberg, ich hoffe, dass wir mit unserem nördlichen Nachbarland mehr gemeinsam haben als mit Bayern, wo es doch nur Berge gibt, die den Horizont einengen, und wo die Sprache viel schwieriger zu verstehen ist als in Dänemark.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ich verstehe Bayern besser als Dänen!)

Ich weise vorsorglich noch einmal darauf hin, dass es nicht nur in Dänemark, sondern auch in anderen europäischen Ländern so ist, dass die Integration der behinderten Schülerinnen und Schüler Vorrang hat. Um noch einmal auf das dänische Beispiel zu sprechen zu kommen: Ich weiß ganz genau, dass man nicht sagen kann, das ist besser als das andere. Aber ich denke, es ist wichtig zu sagen, dass es auch anders laufen kann. Dort hat man kein so großes Sonderschulwesen, wie man es in der Bundesrepublik kennt. Für den SSW heißt das, dass wir uns dadurch in unserer Bildungspolitik für Behinderte inspirieren lassen. Mit anderen Worten: Aus unserer Sicht kommt es auf die Entwick-

(Anke Spoorendonk)

lungsmöglichkeiten der einzelnen Kinder an und nicht auf die Weiterführung aller Sonderschularten, nicht die Schulart ist entscheidend, sondern das, was für das Kind am besten ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Haltung haben wir bereits bei der Debatte um die Zukunft der **Sprachheilschulen** im Lande vertreten; das wissen Sie. Damit ich hier nicht missverstanden werde: In Sonderschulen des Landes wird unzweifelhaft gute pädagogische Arbeit geleistet, nur darf uns dies nicht dazu verleiten, eine Bestandsgarantie für alle Sonderschulen auszusprechen. Damit meine ich nicht, dass die vielen kleinen Schulen zu größeren Sonderschulen zusammengefasst werden sollen. Auch in diesem Bereich ist es erwiesen, dass der Grundsatz „small ist beautiful“ zum Wohle vieler behinderter Schülerinnen und Schüler beiträgt.

Letzter Satz: Der SSW fordert die Landesregierung auf, weiterhin zielstrebig daran zu arbeiten, das Gesamtkonzept der sonderpädagogischen Förderung so auszurichten, dass der Anteil der behinderten Schülerinnen und Schüler in integrativen Maßnahmen an den Regelschulen weiter ansteigt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Den beiden Dreiergesprächsrunden hinten links und hinten rechts will ich nur einmal sagen: Sie können noch so erregt diskutieren, Skatblätter werden während der Sitzung nicht verteilt!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind exzessiv ausgeschöpft. Ich muss deswegen auf die Geschäftsordnung zurückgreifen und erteile der Abgeordneten Frau Eisenberg nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Damit hier nicht irgendetwas Falsches in unsere Worte hineininterpretiert wird, muss ich einiges richtig stellen.

Wir haben, Frau Birk, Frau Spoorendonk oder Frau Erdsiek-Rave, überhaupt keine Berührungspunkte bei der Integration.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir möchten nur - das will ich hier betonen -, dass die **Integrationsmaßnahmen** auch wirklich zugunsten der Kinder durchgeführt werden. Das ist unser Anliegen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will dies auch noch einmal begründen. Wenn ich mir die Zahlen insgesamt ansehe, so finden wir im Schuljahr 2000/2001 4.585 Schüler, die integrativ in **Regelschulen** beschult werden, davon 221 Schülerinnen und Schüler mit geistigen Behinderungen. Folgt man der Richtschnur der Landesregierung bezogen auf die Lehrerwochenstunden insgesamt, so ergibt sich ein Gesamtbedarf von ungefähr 9.833 Lehrerwochenstunden. Gegeben werden tatsächlich aber nur 8.590. Das ist ein Fehlbedarf allein für die integrativen Maßnahmen von 1.242 Lehrerwochenstunden.

Ich möchte Ihnen einmal raten, in die kleinen Grundschulen zu gehen, wo Sie in der Regel ein Kind in der Klasse haben, das integrativ beschult wird, und zwar mit einer oder 1,8 bis 2 Stunden pro Woche - pro Woche! Darum geht es uns. Wir halten das für nicht ausreichend.

Ich habe mit Lehrerinnen und Lehrern in unserem Wahlkreis - Frau Erdsiek-Rave, das ist genauso Ihr wie mein Wahlkreis - gesprochen. Ich habe in den letzten Wochen acht Grund- und Hauptschulen besucht. In jeder Schule ist mir immer wieder gesagt worden: Die Anzahl der **Lehrerwochenstunden** bei den Kindern mit Behinderung in der Grundschule - in der Regel ist in einer Klasse nur eines - ist zu gering. Das ist der Punkt, um den es mir hier geht. Dies findet sich, wenn man das richtig rechnet, unter anderem auch in Tabelle 7 wieder.

Ich möchte Sie wirklich bitten, diese Fehlentwicklung zu korrigieren und darauf hinzuwirken, dass diese integrativen Maßnahmen auch so durchgeführt werden, dass sie den Kindern wirklich nützen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Zur Abstimmung schlage ich vor, dass wir dem Fach-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

ausschuss, dem Bildungsausschuss, die Antwort zur abschließenden Beratung überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir das so beschlossen.

Jetzt darf ich Ihnen nur noch einen guten Feierabend wünschen und Sie bitten, morgen früh um 10 Uhr wieder hier zu sein

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:09 Uhr